



16. Heft | 17. August 1916

## HEINRICH PEUS · FÜR DIE EINHEIT UND DIE SICHERUNG DER NATION

**I**DEALE haben, große, hohe und schöne Ideale, das dünkt noch sehr vielen Sozialdemokraten als der allein wertvolle Teil aller Parteitätigkeit. Wirkliche Politik, nämlich in jedem Augenblick das tun, was jenen Idealen näherbringt, das ist ihnen noch etwas ganz Fremdes. Und werden sie sich des Widerspruchs zwischen ihrem Denken und der Wirklichkeit bewußt, dann klagen sie die Wirklichkeit an, ohne zu bedenken, daß sie selbst ja nichts taten, um sie zu ändern. Ihre Meinung leiten noch allzu viele aus der Betrachtung eines kleinen Kreises der sie umgebenden Welt ab, und dann wundern sie sich darüber, daß die Welt nicht so will wie sie möchten. Nichts tut uns mehr not als wirklich erschöpfende *Sachlichkeit*, die Fähigkeit die Begriffe aus den Dingen herzuleiten, nicht umgekehrt die Dinge an willkürlich oder einseitig konstruierten Begriffen zu messen. Vor allem wird nur zu leicht übersehen, daß in der Politik wie in der Ökonomie alles begriffliche Denken nur Mittel zum Zweck ist: zu dem Zweck die Dinge zu beherrschen und zu gestalten. Die Begriffe trennen die Menschen, aber das wirkliche Leben hält sie immer eng bei einander. Für die praktische Ausgestaltung unseres Lebens hat auch die Meinung der Andersdenkenden jeden Augenblick Bedeutung. Das ist im Leben der Völker und der Gesellschaft Politik, daß man zwischen den verschiedenen auf unser Leben einwirkenden Dingen diejenige Handlungsweise findet, die das Leben am meisten im Sinn unserer Auffassung von der Wahrheit und der Gerechtigkeit gestalten kann. Eine solche Politik des Lebens richtet sich auf das *Volksganze* und ist in ihrer Wirksamkeit um so bedeutender, je mehr sie von dem Volksganzen selber getragen wird. Ihre wichtigste Voraussetzung ist also das Dasein und die Sicherung der Nation selbst. Nur aus der Nation kommen die lebendigen Kräfte, die dann über sie hinaus wirken und die Höherentwicklung der gesamten Menschheit fördern. Nur im Rahmen der Nation kann daher unmittelbar Politik getrieben werden.

Ein hervorragendes Beispiel solcher wirklichen Politik hat jetzt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gegeben, indem sie den Aufruf des Kriegsernährungsamts, der als erneute Bekräftigung des Burgfriedens zum Beginn des dritten Kriegsjahrs erlassen wurde, mit unterzeichnete. Es

ist ein Aufruf, den die Vertretung der freien Gewerkschaften neben dem Zentralverband deutscher Industrieller, dem Bund der Landwirte, dem Hansabund, dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Handelstag, den christlichen und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und anderen Verbänden mehr an das deutsche Volk gerichtet hat. Die deutsche Arbeiterklasse steht in Reih und Glied mit den übrigen Klassen des deutschen Volkes, und gerade auch mit der Organisation, die ihr im Frieden als der eigentliche Gegner ihrer Klassenbestrebungen galt. Hier hat eben die Macht des Lebens zusammengeführt, was dem bloßen Begriff nach ewig getrennt schien. Die Not hat uns gelehrt: Der Kampf der Klassen kann erst aufgenommen werden, wenn die Solidarität der Klassen den Bestand der übergeordneten Gemeinschaft gesichert hat.

Ebenso wichtig wie die Tatsache dieser Kooperation an sich ist auch die weitere Tatsache, daß es sich gerade um die Maßnahmen des Kriegsernährungsamts handelte, deren Grundsätzen die Generalkommission mit ihrer Unterschrift beigetreten ist. Heißt es doch in dem Aufruf:

»Das Kriegsernährungsamt wird alles daran setzen, daß die Nahrungsmittel gerecht und gleichmäßig verteilt werden, und daß die Preise nicht über die durch die Kriegsverhältnisse gebotenen Grenzen hinausgehen. Soweit sich ohne Gefährdung der Bedarfsicherung eine Senkung des Preisstandes der Nahrungsmittel ermöglichen läßt, wird darauf hingewirkt werden. Auch bei Durchführung dieser Grundsätze muß sich das deutsche Volk Beschränkungen auferlegen; sie sind aber gering anzuschlagen gegenüber den Entbehrungen und Opfern, die unser Heer seit 2 Jahren willig trägt. Unermeßlichen Dank schulden wir in der Heimat den Tapferen da draußen, die unsere Grenzen schützen. Ihr Vorbild soll uns leiten bei der Anpassung an die Kriegsernährungsverhältnisse. So erfüllen wir einen Teil unserer Dankspflicht und bekunden den unerschütterlichen Siegeswillen des deutschen Volkes durch die Tat.«

Nach der Meinung unserer radikalen Parteigenossen ist freilich nicht die Mitwirkung an solchen Maßnahmen sondern nur die Kritik unsere Sache. Wir hätten nur Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen und dürften nichts mit dem Kriegsernährungsamt zu tun haben. Bedenken denn diejenigen, die so räteln, gar nicht, daß das Kriegsernährungsamt selber schon eine Wirkung des Volkswillens darstellt? Und kommt nicht jetzt alles darauf an den Aushungerungswillen der englischen Regierung dem deutschen Volk gegenüber zunichte zu machen? Ist jetzt die Erregung von Unzufriedenheit das Wichtigste? Darf man denn in solcher Zeit annehmen, daß die den Krieg führende Regierung gleichgültig dagegen sei, ob das Volk durch Mangel und Teuerung in die schwerste Not gebracht wird? Die radikalisierenden Parteigenossen, die doch sonst nicht müde werden die der Natur der kapitalistischen Gesellschaft immanenten ökonomischen Grundgesetze zu betonen, sollten doch zu allerletzt über subjektiven bösen Willen klagen, statt die objektiven Schwierigkeiten zu erkennen. Im Grunde genommen leiden wir heute an zweierlei: an nicht genügendem Sozialismus und an nicht genügend freiem Kapitalismus. Es ist wirklich nicht so leicht, zumal mitten im Krieg, durch Fesselung des Kapitalismus den Sozialismus zu verwirklichen. Die staatssozialistischen Maßnahmen, zu denen die Regierung genötigt war, liegen ihrem Wesen nach wohl auf dem Weg zum Sozialismus, haben aber auch alle Nachteile des Unfertigen und Zwieschlächtigen. Gleichwohl hat die sozialdemokratische Partei sofort nach Ausbruch des Krieges diesen Staatssozialismus verlangt. In den

Forderungen, die der Parteivorstand im Verein mit der Generalkommission Mitte August 1914 an die Reichsregierung richtete, hieß es wie folgt:

»Es wird dringend nötig, daß die öffentliche Gewalt in den Produktionsprozeß selbst eingreift, sowohl verbotend wie positiv zwingend. Es muß verboten werden, daß Produkte, die der Ernährung der Menschen oder des Nutztviehs dienen könnten, anderen, weniger wichtigen oder ganz überflüssigen Zwecken zugeführt werden, wie etwa der Produktion von Branntwein. Selbst die Produktion von Zucker könnte eingeschränkt werden. Deutschland führt in normalen Zeiten für etwa 200 Millionen Mark Zucker aus. Ist nicht eine gewaltige Konsumsteigerung im Inland durch Preisherabsetzung zu erreichen, dann müßten die überflüssigen Zuckerrüben der Verfütterung für Milch- und Fleischvieh zugeführt werden, nicht etwa für die Produktion zukünftiger Ausfuhr verwertet werden. Die Milchproduktion ist ausschließlich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht nach den Profitinteressen der Besitzer der Milchkühe einzurichten. Daher müßte jede ungerechtfertigte Schlachtung solcher Kühe verhindert werden. Zu diesen Verboten hätten sich positive Maßregeln zu gesellen, vor allem die Verpflichtung die Brachfelder sofort mit rasch wachsenden Futterkräutern und Gemüsen zu bestellen, die noch im Laufe dieses Herbstes zum Konsum geeignet werden. Endlich müßte man trachten die Produktivkräfte zu vermehren, die der Landwirtschaft zur Verfügung stehen.«

Das alles hat der Parteivorstand sofort nach Kriegsbeginn gefordert. Und doch zeigt schon die Äußerung über den Zucker, wie schwer das Urteil über solche Dinge ist. Der Überfluß an Zucker ist durch den Mangel an anderen Nahrungsmitteln, zumal an Fett, ferner auch aus anderen Ursachen so zusammengeschmolzen wie der Parteivorstand wohl nie geglaubt hätte annehmen zu dürfen. Es ist sehr zu bedauern, daß man nicht sofort im ganzen Reich oben und unten überall auch Sozialdemokraten mit der praktischen Durchführung der getroffenen Maßnahmen betraut hat. Diese Parteigenossen hätten ganz gewiß, neben Erfolgen, die sie erzielt haben würden, auch sehr nützliche Erfahrungen darüber gemacht, daß theoretisch Fordern und praktisch Durchführen zweierlei ist. Das Bessermachen ist eben stets erheblich schwerer als das Kritisieren, und es taugt nicht, wenn die, die da kritisieren, nie in die Lage kommen es selber besser zu machen. Hätte die Regierung in Erkenntnis dieser Wahrheit die Mitarbeit der Sozialdemokraten verlangt, hätte sie an den trennenden Begriffen ebenfalls weniger Anstoß genommen, dann hätte sich in der ganzen Sozialdemokratie schon weit mehr der Geist der zweckmäßigen Arbeit verbreitet. Ein mir nahe stehender Parteigenosse, der seit einiger Zeit in der Armenverwaltung mit tätig ist, hat auf Grund seiner Erfahrungen auch schon erkannt, daß von draußen Urteilen leicht ist, von drinnen Schaffen aber ein erheblich abgeändertes Urteil erzeugt. Nicht bloß für jetzt, auch für die Zukunft kommt alles darauf an die Kluft zwischen Kritik und Schaffen zu überbrücken. Eben darum ist eine ausgedehnte Demokratie nicht nur im Parlament sondern mehr noch in der Verwaltung das einzig nützliche Element für die Förderung der gesamtnationalen Interessen.



UCH nach dem Krieg bleibt die gesamte Volksernährung, zum mindesten für eine Reihe von Jahren, Sache der Organisation durch Reich, Staat und Gemeinde. Man wird nicht daran denken können sie einfach den privaten Interessen auszuliefern. Andererseits ist dabei aber auch nicht nur an den Konsumenten zu denken. Wenn wir konsumieren wollen, müssen wir vor allem die Bedingungen der Produktion genau kennen und berücksichtigen. Die Sozialdemokratie war bisher die Partei der Arbeiter, sie muß nun auch die Partei der Arbeit werden. Im Jahr 1891 ist der

Name Sozialdemokratische Arbeiterpartei ausdrücklich abgelehnt worden. Gleichwohl hat die Sozialdemokratie sich bisher im wesentlichen als Arbeiterpartei geriert, speziell als Partei der Industriearbeiter, und als solche erstrebte sie in erster Linie hohe Löhne und niedrige Preise. Das Interesse des Sozialismus erheischt indessen solche Einseitigkeit in keiner Weise. Der Sozialismus will die Produktion für das Volk durch das Volk. Der Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit, verkörpert in Staat, Gemeinde und Genossenschaft, kann aber nur das Ergebnis einer langsamen Entwicklung sein, die sich nicht von heute auf morgen erzwingen läßt. Solange die Produktionsmittel im Privatbesitz sind, muß auch dafür gesorgt werden, daß das Privatkapital Verzinsung findet. Die Bauern machen kein Schwein fett, wenn sie dabei zusetzen oder auch nur ihre Arbeit umsonst machen sollen. Das gilt auch vom Landarbeiter, der neben dem Schwein für sich noch eins oder mehrere für den Verkauf aufzieht. Ich glaube 1907 bei der Reichstagswahl deshalb mit wenigen Stimmen durchgefallen zu sein, weil man den Landarbeitern sagte, ich wollte, daß die Schweine möglichst billig werden sollten, billiger als sie sie auffüttern könnten. Gerade wir Sozialisten, die wir von uns behaupten, daß wir den wirtschaftlichen Zusammenhang der Dinge besser verstehen als andere, dürfen die wirtschaftlichen Tatsachen, die in dem Produktionsprozeß zur Geltung kommen, nicht übersehen. Das besagt natürlich nicht, daß wir jeden wirtschaftlichen Egoismus gerechtfertigt finden sollen. Man muß aber mit ihm rechnen, da er ja für das Leben unentbehrlich ist, und man muß ihm in denjenigen Grenzen Spielraum geben, in denen er mit dem Volkwohl vereinbar ist. Man ziehe nur die Lehre daraus, daß die Geltendmachung der eigenen Interessen bis zu einem bestimmten Grad für jedermann berechtigt sei, auch für die Arbeiter, und für sie als die eigentlich produzierende Schicht des Volkes erst recht.

Von hohem Wert wird es sein, daß die Arbeiterklasse durch landwirtschaftliche Eigenbetriebe ihrer großen Konsumvereine landwirtschaftliche Sachverständige in ihren eigenen Reihen gewinnt. Jüngst war ich in Schwanheide, dem Gut der Hamburger Produktion, das bei 1127 Morgen Acker- und Wiesenland, 70 Morgen Wald und 300 Morgen Fichtenanpflanzung schon ein recht angemessenes Versuchsfeld darbietet. Die Molkerei verarbeitete schon 1 105 430 Liter Milch. Über den Gesamterfolg sagt der Bericht für 1915 unter anderem:

»Die geringen Niederschläge [des Jahres 1915] mußten auf den leichten Sandböden des Gutes zur Wirkung kommen und zu einer Mißernte führen. Wenn es trotzdem gelang die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, so ist dies zum Teil auf die günstigere Verwertung der aus dem Vorjahr übernommenen Erntebestände und die erzielten Überschüsse aus der Schweinemast zurückzuführen.«

Im ganzen spiegelt der Bericht recht deutlich die großen Schwierigkeiten wider, mit denen die Führung eines landwirtschaftlichen Betriebs zu kämpfen hat, und die daher auch eine ganz andere Bewertung der landwirtschaftlichen Arbeit notwendig machen als der Industriearbeiter sie von seiner Fabrik her gewöhnt ist. Bei dem Besuch in Schwanheide habe ich nicht wer weiß welche landwirtschaftlichen Kenntnisse mir angeeignet, wohl aber so viel begriffen, daß die Verwaltung eines großen Gutes zur Förderung eines sachgemäßen Urteils berufener Instanzen der Arbeiterbewegung über landwirtschaftliche Dinge sehr geeignet sein wird. Ich sehne

deshalb (von dem unmittelbaren Erfolg, der mir natürlich noch wichtiger ist, ganz zu schweigen) die Zeit herbei, wo jeder größere Konsumverein über eigene landwirtschaftliche Betriebe verfügt. Es ist ja bekannt, daß die praktischen Genossenschafter ganz allgemein über den Kapitalismus und seine Entwicklung eine etwas andere Meinung haben als die bloßen Klub- und Entrüstungssozialisten. Sie haben deshalb nicht aufgehört Sozialisten zu sein, sind es im Gegenteil mehr als die anderen, die sich Wunder wie radikal dünken.

Wir müssen ganz allgemein von der Predigt von Grundsätzen zur praktischen Tat übergehen. Die Notwendigkeit im Reich möglichst viel Nahrungsmittel zu erzeugen wird uns zu dieser praktischen Arbeit zwingen. Und es besteht kein Anlaß damit auch nur einen Tag zu warten. Doch nicht allein im Reich. Deutschland kann nicht ausschließlich von dem Ertrag seines Heimatbodens leben, und erst recht muß es die Rohstoffe für seine Industrie sich aus anderen Erdstrichen holen. Wir haben Anspruch darauf vom Reichtum der übrigen Erde unsern Teil zu bekommen, und wir wollen auch die Möglichkeit haben für die übrige Erde mit zu arbeiten. Gegen eine Macht, die uns darin einschränken will, müssen wir uns durch eigene Machtentfaltung wehren. Der Krieg zeigt uns, daß die Völker darauf bedacht sind die Erde für sich zu gewinnen. Wo daher ein Stück Erde ist, das durch unsere Arbeit in seinem Reichtum erschlossen werden kann, da haben wir das Recht darauf, daß man uns zu solcher Arbeit zuläßt, ja die Pflicht dies zu verlangen. Unser holländischer Genosse van Kol sagt in seiner Schrift *Der kommende Frieden und die Sozialdemokratie*, die er jetzt der Haager Konferenz der neutralen Sozialisten Anfang August vorgelegt hat:

»So werden die Besten von uns ihre Aufmerksamkeit der Kolonialpolitik widmen müssen, einem der am tiefsten eingreifenden Faktoren in der Weltgeschichte der nächsten Zukunft. Die kapitalistische Produktionsweise breitet sich ja mit immer schnellerer Bewegung über den ganzen Erdball aus. Die Negation der Kolonien, die auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart so stark zum Ausdruck kam, kann also nicht länger aufrechterhalten werden. Die deutschen Parteigenossen, die sich damals gegen jeden Kolonialbesitz wandten, können jetzt zufrieden sein. Ihr Wunsch ist für Deutschland schon so gut wie erfüllt. Werden sie es also dabei bewenden lassen?«

Ich denke: das werden sie nicht tun. Daß uns die Kolonialprodukte fehlen, merkt jetzt ein jeder. Und daß es nicht gleichgültig ist, ob über die Kolonialprodukte eine fremde Staatsmacht allein die Entscheidung hat, das merken jetzt wohl auch die Parteigenossen. Kürzlich hat ein von der englischen Regierung berufener Ausschuß beschlossen nach dem Krieg einen Zoll von 40 Mark auf alle von englischen Kolonien nach nichtenglischen Gebieten ausgeführten Palmkerne zu legen. Was Produkte wie Palmin, Palmona usw. in unserm Hausstand bedeuten, das ist uns, wie Dr. Karstedt in der Korrespondenz der Deutschen Kolonialgesellschaft vom 4. August 1916 mit Recht bemerkt, jetzt, wo sie uns fehlen, besonders klar geworden. Die Gesamtproduktion der heimischen Palmkernindustrie beläuft sich auf 146½ Millionen Mark. Der geplante englische Zoll würde diese unsere Industrie erdrosseln, wenn es uns nicht gelingt Ersatz aus anderen Gebieten, am besten aus eigenen Kolonien, zu schaffen. Selbst wenn wir annehmen, daß in normalen Zeiten die wirtschaftlichen Dinge im wesentlichen von Angebot und Nachfrage entschieden würden, können wir den Zu-

stand nicht bestehen lassen, daß eine fremde Macht jeden Augenblick zur Erreichung bestimmter Zwecke über das Geschick unserer Industrie entscheiden kann. Will die Sozialdemokratie sich nicht zur Bedeutungslosigkeit herabdrücken lassen, so muß sie zur Kolonialpolitik positiv Stellung nehmen, indem sie nicht bloß von allgemeinen Prinzipien reiner Menschlichkeit aus die Dinge beurteilt sondern auch die besonderen Interessen des deutschen Volkes mit in Berücksichtigung zieht (die mit den allgemeinen Menschheitsinteressen doch durchaus zusammenbestehen). Das bedeutet natürlich noch nicht die Zustimmung zu jedem beliebigen phantastischen Plan, noch nicht die Sucht Kolonien in aller Welt zu haben. Die positive Behandlung der Materie wird in Wirklichkeit die koloniale Betätigung viel stärker auf ein zusammenhängendes Gebiet beschränken, statt sie über die ganze Erde hin zerstreuen zu lassen. Eine systematische Kolonialpolitik wird es zum Beispiel ablehnen am oder im Stillen Ozean, im Machtbereich der Japaner, Kolonien zu erwerben. Daß wir uns aber für berufen halten dürfen an der Erschließung Afrikas zu einem erheblichen Teil mitzuwirken, scheint mir nicht zu viel verlangt.



UNSERE ganze auswärtige Politik muß aus dem Bereich himmlischer Theorien in die Praxis der Erde hinabsteigen, die die Dinge nimmt, wie sie sind, ohne daß wir darum als Zielpunkt unser Ideal der Gleichberechtigung aller Völker vergessen. Wir müssen erkennen, daß man Grundsätze hat, um sie durchzusetzen, nicht nur um sie zu predigen. Wir aber haben in betender Erstarrung vor den Grundsätzen das Handeln nur zu oft vergessen. Von der Kinderei internationale Politik in der Gestalt treiben zu wollen, daß wir auf internationalen Kongressen zum Beispiel die japanische Macht nach den Ansichten eines einzigen japanischen Intellektuellen abschätzen und seine Abstimmung wohl gar dafür ausschlaggebend sein lassen, wie wir in unseren einzelstaatlichen Parlamenten über die wichtigsten Lebensfragen entscheiden sollen, muß endlich abgelassen werden. Wir bilden uns manchmal ein, seit Marx und Lassalle hätten wir die Utopisterei hinter uns. Jawohl, mit Worten; aber beileibe nicht mit der Tat.

Wir müssen in der auswärtigen Politik (es ist beinahe beschämend diese Trivialität aussprechen zu müssen) mit den bestehenden Machtverhältnissen rechnen. Wir haben in erster Linie das britische Weltreich vor uns, das an Amerika noch eine Stütze findet; jetzt im Krieg ist das zweifellos der Fall. Diese beiden angelsächsischen Imperien bleiben die wichtigsten Faktoren der nächsten Zukunft. Wir sehen ferner zwei andere Imperien: das bereits bestehende russische und das werdende ostasiatische, dieses vorläufig unter Japans Führung. Beide haben sich soeben in einem Vertrag geeinigt; wohl in Hinblick auf einen spätern Konflikt mit England und Amerika. Zwischen diesen gewaltigen Weltreichen kann das deutsche Volk isoliert seine Selbständigkeit nicht aufrechterhalten. Deutschland muß, wie dies hier in den Sozialistischen Monatsheften immer wieder ausgeführt wurde, ein Teil eines kontinentaleuropäischen Wirtschaftskomplexes werden. England wird das äußerste daran setzen dieses Kontinentaleuropa nicht zustande kommen zu lassen. Das war seine Politik, solange es eine Großmacht ist; es wird sie fortsetzen, solange es kann. Es ist möglich, daß das Schwergewicht des Völkerverkehrs sich in Zukunft nicht mehr nach Westen

sondern nach Asien zu über den Balkan wälzt. Das wird Deutschland begünstigen und noch mehr veranlassen sein Bündnis mit der Türkei zu kräftigen, Vorderasien mit Kontinentaleuropa enger zu verbinden. Und das afrikanische Kolonialreich, dessen dieses Wirtschaftsgebilde zur Sicherung seiner wesentlichen Eigenversorgung bedarf, wird das System vervollständigen, das uns von angelsächsischer Willkür unabhängig macht.

Von den Reichen, mit denen wir jetzt im Krieg liegen, wird Frankreich, das hoffen wir trotz allem, auf die Dauer nicht unser Feind bleiben können. In Deutschland fehlt es an jedem Haß gegen Frankreich. Ob auch die Franzosen den Einwirkungen der Vernunft folgen werden, wird sich erweisen. Ist das der Fall, dann könnten das deutsche und das französische Volk, die geistig einander so nahe stehen und wirtschaftlich sich ergänzen, im Sinn der freiheitlichen und Kulturentwicklung Europas zusammenwirken. Unzutreffende Vorstellungen herrschen vielfach bei uns über Rußland. Daß wir das zaristische System verabscheuen, ist selbstverständlich. Aber als Sozialdemokraten wissen wir, daß die alles revolutionierende ökonomische Entwicklung auch vor den russischen Grenzen nicht haltmacht. Seit 10 Jahren hat Rußland ein Parlament. Eine kurze Spanne Zeit. Nach abermals 10 Jahren wird die Duma schon etwas anderes sein als heute. Ein gewaltiges Eisenbahnprogramm ist in Rußland in Aussicht genommen. Auch die Schule geht, trotz Zar und Tschin, einer Reform entgegen: weil die wirtschaftlichen Anforderungen dazu zwingen. Wir haben im Lauf der nächsten Jahrzehnte mit einem ganz andern Rußland zu rechnen. Je größere Kolonisationsaufgaben dieses gewaltige Reich aber in seinem Innern vorfindet und in Angriff nimmt, um so geringer wird der Anreiz für mechanische Ausdehnung, die ihm doch keinen Gewinn bringen kann; um so geringer wird auch die *russische Gefahr* für uns. Das russisch-japanische Bündnis hat uns vorbildlich gezeigt, wie dem Ausdehnungsdrang durch Verständigung ein Ziel gesetzt wird. Notwendige Voraussetzung ist dabei, daß beide Teile ihre gegenseitigen Lebensinteressen erkennen und achten. Rußland hat das berechtigte Streben zur See. Nach dem Persischen Golf steht ihm der Ausweg offen. Es hat aber auch ein erhebliches Interesse an dem Ausgang aus dem Schwarzen Meer. Kein deutsches und kein kontinentaleuropäisches Interesse steht dem im Weg, daß dem russischen Reich, wie den Randstaaten des Schwarzen Meers überhaupt, der Durchgang durch die Dardanellen für Handels- und auch für Kriegsschiffe gewährt wird, wenn und solange Rußland mit dem übrigen festländischen Europa und mit der Türkei in Frieden lebt. Ein solcher Vertrag würde, wie hier in den Sozialistischen Monatsheften bereits ausgeführt worden ist, wohl den englischen, nicht aber den deutschen Interessen zuwiderlaufen. Er würde die Koalition, die jetzt von England gegen das Deutsche Reich geschmiedet worden ist, in Zukunft nicht mehr bestehen lassen.

Von der allgemeinen Theorie zur schaffenden Praxis: das gilt auch für unsere zukünftige auswärtige Politik. Wir sollen unser höchstes Ziel im Auge behalten, aber gerade darum auch die Wirklichkeit sehen. Wenn wir sie ignorieren, so verschwindet sie darum doch nicht; wohl aber gehen wir dann selbst in die Irre.

Die wirtschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse hat durch ihren Anteil an dem Aufruf des Kriegsernährungsamts den Willen bekundet

die Einheit der Nation aufrechtzuerhalten, an der Förderung der nationalen Produktion, an der Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft überhaupt den ihr gebührenden Anteil zu nehmen. Die politische Vertretung der Arbeiter darf hinter der wirtschaftlichen nicht zurückbleiben. Sie muß sich von dem Gesetz des positiven Schaffens leiten lassen. Das Weltschachbrett kann sich auf viele Weise abspielen. Alles Prophezeien ist da mißlich. Am wenigsten gut und sicher wird man es aber mit starren Dogmen spielen.  
 XXX

## MAX SCHIPPEL · DEUTSCHE POLITIK, ENGLAND UND RUSSLAND



UCH darin hat sich für Deutschland der Krieg als wirksamer Lehrmeister der öffentlichen Meinung erwiesen, daß er über den einschneidenden Gegensatz zwischen Deutschland und England immer größere Klarheit in immer weiteren Kreisen schuf. Vor allem die äußerste deutsche Linke sah noch im Anfang des Völkerzusammenstoßes als letztes Endziel nur die eine gewaltige, womöglich *seit langem fällige* Auseinandersetzung mit Rußland. Sie vermochte sich sogar, in altersgeheiligten, vermeintlich gut *revolutionären* Überlieferungen befangen, an diesem Ausblick nach dem Osten, trotz allen prinzipiellen Friedensprogrammen, einigermaßen zu beruhigen und unter Umständen sogar zu berauschen. War sie doch in der Außenpolitik seit jeher ein seltsam weltfremdes Gemisch von zweifelhaften internationalen Rechtsgrundsätzen und rein gefühlsmäßigen Völkerbefreiungsneigungen gewesen, und dazu noch, ganz im Gegensatz zum hierin stets viel weiterblickenden Großbürgertum, seit jeher ohne jede engere Verbindung mit allen tiefergehenden Wirtschaftsströmungen geblieben, die mehr und mehr über Annäherung und Zusammengehen, über Entfremdung und Gegeneinanderprall der Völker und Völkerguppen in letzter und maßgebendster Instanz tatsächlich entscheiden oder doch vernünftigerweise entscheiden sollten.

Der deutsche Demokrat mehr ältern Schlages ist in seinem Grundwesen nach wie vor teils Mittel- und Kleinbürger, mit einer außergewöhnlich starken Neigung zum Pfahl- und Schildbürgertum, teils reiner, in Literatur, Ethik und allgemeinen, oft recht verschwommenen Kulturidealen lebender und webender Intellektueller. Kirchtumspolitik und Kleinstaaterei, dazu die unumschränkt theoretisierende Welt der Bücher und Lehrstühle waren seine Eltern und Erzieher. Die jüngere Arbeiterdemokratie Deutschlands hängt wohl durch Arbeit und Lohn bereits unlösbar mit den modernen Großgewerben zusammen. Sie gewinnt jedoch erst ganz allmählich die erste geistige und politische Fühlungnahme mit den wirklich durchschlagenden großen nationalen Produktions- und Handelsinteressen, auf denen heute das Gedeihen und Schicksal jedes Volkes beruht. Aus dieser Absonderung und Fernhaltung von dem letzten und stärksten Urquell aller umwälzenden Wandlungen in den realen Völkerbeziehungen (die sich leider mit den Kundgebungen auf internationalen Kongressen noch immer sehr wenig decken) erklärt sich zu einem guten Teil jenes unbewegliche, konservativ zähe Kleben an geschichtlich tiefer eingepprägten, aber längst sehr unzeitgemäß gewordenen Lieblingsvorstellungen, das die deutsche Demokratie so unliebsam auszeichnet. Sie wurde niemals von der Vollflut der Wirt-



schafts- und Großstaatsgeschichte vorwärtsgetragen und entdeckte deshalb den *Sinn* der wichtigsten historischen Vorgänge eigentlich immer erst hinterher: 1866, 1870, 1914.

Seit den Tagen der Heiligen Allianz, und noch mehr seitdem russische Truppen sich hervorragend an der Niederwerfung der ungarischen Revolution und Unabhängigkeitsbewegung beteiligt hatten, bildete Rußland für die Außenpolitik der äußersten deutschen Linken unabänderlich nur einen Gegenstand des Abscheus, womöglich ein Ziel der Vernichtung, und bis zur Verwirklichung dieses nächsten unumgänglichen Endziels war mancher gute Demokrat bereit sein allgemeines Friedensideal vollkommen zu verleugnen oder doch zu vertagen.<sup>1)</sup> Dieses ständig an den Pranger geschlagene Rußland mochte sich, in seinen kolonialisatorischen, in vielen Beziehungen England übertreffenden Leistungen gegen Sibirien, Zentral- und Ostasien, in seinem innern Produktionsaufschwung noch so erstaunlich entfalten, es blieb, nicht bloß für die radikalen Dichter, weiter nichts als das Reich der europa- und zivilisationsfeindlichen *Tartaren* und des freimordenden *Zarismus*: etwa so, wie die westeuropäische Demokratie, aber meist erst neuerdings, in Deutschland nur das zivilisationsschändende Hunnentum und den knechtenden und prügelnden Korporalstock und Polizeiknüppel sehen möchte. Erhob gelegentlich einmal ein Blatt entschiedener Verwahrung gegen solche Zerrbildvorstellungen von einem großen, hochbegabten Volk und gegen eine solche Gleichsetzung Gesamt-rußlands mit dem einen abstoßenden Auswuchs *Zarismus*, so geschah es, wie in einigen unserer überradikalen Blätter während der ersten Monate des Krieges<sup>2)</sup>, in der Hauptsache nur, um gegen die Politik des 4. August und ihre parlamentarischen und journalistischen Vertreter versteckt oder offen zu demonstrieren.

Unaufhaltsam hat sich mit dem Fortgang des Krieges dieses ungeklärte Massengefühl des tiefsten und unveröhnlichsten Gegensatzes ziemlich stark von der Richtung gegen Rußland abgewendet und sich dafür um so mehr gegen den wirklichen Chorführer der antideutschen Koalition, gegen England, zu kehren begonnen. Zuweilen wird bereits die schüchterne Zweifelsfrage aufgeworfen: ob denn die russische und die deutsche Gesamtentwicklung, als Ganzes und von einer höhern geschichtlichen Warte gesehen, unbedingt so zusammenstoßschwanger gegen einander laufen und laufen müssen, ob nicht bestimmte weltpolitische Gemeinsamkeitsinteressen, am Persischen Meer, in Ostasien sich ziemlich deutlich abzeichnen, ob ein

<sup>1)</sup> Siehe meinen Artikel *Balkanwirren und Demokratie einst und heute*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1908, 3. Band, pag. 1315 ff.

<sup>2)</sup> Bei Gelegenheit sei auf diese Zwischen- und Unterströmungen in radikalsten Blättern, die vor den angekündigten *Abrechnungen mit Rußland* warnten, ausführlicher zurückgekommen. Gerade jetzt schreibt übrigens ein Deutscher, der mehr als 3 Jahrzehnte in Rußland weilte, in der Hilfe vom 3. August 1916: »Warum sollen wir dem Lande keinen Ausgang ans Meer geben? Nichts hindert uns Rußland dabei zu unterstützen, daß es an den Stillen Ozean oder den Indischen Ozean gelangen kann. Das darf man auch jetzt schon aussprechen . . . Rußland kann ohne deutsche Arbeitshilfe überhaupt nicht existieren. Das ist bei mir das Ergebnis einer 33jährigen geschäftlichen Erfahrung und darauf gegründeter genauesten Kenntnis russischer Verhältnisse. Und daß diese Ansicht wohlbegründet ist, beweisen verschiedene russische Zeitungsartikel, darunter sogar des wütenden Deutschenfressers *Mentschikow* in dem *Nowoje Wremja*, die einen im Sinne Englands nach dem Kriege zu führenden Handelskrieg mit Deutschland als einen vollkommenen Unsinn hinstellen, ja sogar in letzter Zeit darauf hindeuten, daß dieser ganze Krieg mit Deutschland ein Irrtum sei und die eigentliche Aufgabe Rußlands in Asien läge. Europäische Erfolge hängen zu hoch für Rußland. Die Erkenntnis, daß das Feld russischen Tatendranges nur ostwärts zu suchen ist, können wir in Deutschland mit freudiger Genugtuung begründen.«

engeres wirtschaftliches Zusammenarbeiten in beiden, schon durch die geographische Lage so innig auf einander angewiesenen Nachbarreichen nicht stattliche Erträge in der Zukunft genau so verspreche wie sie in der Vergangenheit unbestreitbar festzustellen waren.<sup>3)</sup> In diese Überlegung mischt sich natürlich, je mehr der viel tiefere Gegensatz zu England zum Bewußtsein kommt, die weitere Frage, ob nicht durch ein Loslösen und Herausbrechen Rußlands aus dem ehernen Ring der antideutschen Koalition die Übermacht Englands, augenblicklich und dauernd, die beste Einschränkung erfahre: nicht zur Anstachelung und gewaltsamen Austragung neuer schwerer Konflikte, wohl aber zur Anbahnung eines allein haltbaren Friedenszustandes, bei dem England wohl oder übel verpflichtet sein würde die gegen mündige und gleichberechtigte Nationen geübte Rücksichtnahme auch auf Deutschland und deutsche Entwicklungsinteressen auszudehnen. Englands Übermacht und die daraus entspringende herausfordernde Anmaßung steigt und sinkt, wie die letzten Jahre zur Genüge erwiesen haben, mit der Zahl und Verlässlichkeit seiner Bundesgenossen. Ist die Abtrennung und Herüberziehung von ehemaligen Partnern der englischen Politik, von den hieraus unmittelbar folgenden Vorteilen abgesehen, nicht mittelbar zugleich die beste Sicherung gegen fernere englische Übergriffe und damit zugleich die sicherste Friedensgewähr für die Zukunft?

Solche Gedanken tauchen nicht mehr bloß gelegentlich auf, sogar in der äußersten deutschen Linken.<sup>4)</sup> Sie weiter ins einzelne zu verfolgen verbietet sich gegenwärtig noch. Dafür sei heute, in erster Linie an der Hand der Bülow'schen Deutschen Politik<sup>5)</sup>, kurz geschildert, wie Deutschland bisher, trotz möglichster Wahrung seiner Lebens- und Entwicklungsinteressen, der offenen englischen Feindschaft zu entgehen strebte, und wie schon früher tastende Versuche einer Verständigung mit Rußland das Gewebe der englischen antideutschen Koalition zeitweise zu lockern vermochten, ohne

<sup>3)</sup> Auch in Naumanns *Mitteleuropa* /Berlin 1915/, pag. 175, heißt es <im Anfang kaum ganz im Einklang mit der übertriebenen Betonung der wirtschaftlichen Donau- und Balkaninteressen Deutschlands>: »Nehmen wir [als zu erörternden Fall] den dauernden Vertrag mit Rußland. Er ist wirtschaftlich voll glänzender Aussichten, denn er eröffnet unserer Industrie einen Absatzmarkt allerersten Ranges . . . So wie die Dinge heute liegen, ergänzen sich die russische und deutsche Wirtschaft fabelhaft gut. Wir können durch Getreidevorratswirtschaft unsere Landwirtschaft vor Überflutung schützen und im übrigen Rußland zur Hauptquelle unserer Futter- und Rohstoffe machen, soweit es der dortige Landescharakter und Entwicklungszustand zuläßt. Unsere Kapitalien beleben dann den weitem Aufstieg der russischen Agrarwirtschaft und die sehr aussichtsreiche Steigerung von Bergbau, Verkehr und Gewerbe. Rein wirtschaftlich betrachtet, ist dieses System für uns das ertragreichste von allen, wenn es Dauercharakter trägt — nur dann!« In kaum sehr glücklicher Begründung, mit starker Anlehnung an alte demokratische Befürchtungen und Vorurteile lehnt alsdann Naumann ab: »Denn bei diesem Bündnis wächst zwar unser Reichtum, aber [auch] Rußlands Kraft, bis schließlich einmal Rußland uns abschüttelt, weil es uns nicht mehr braucht. Wir werden westliches Anhangsvolk der östlichen Macht, sicher kein unbeachtliches, aber auch kein führendes. Wir decken mit unserm guten Namen die russische üble Wirtschaft und heben und bessern mit unserer Technik und unserm Kapital den Boden, auf dem Millionen von russischen und halbrussischen Menschen geboren werden, die nie uns gleich und nie uns vertraut sein werden. Für den russischen Weltmachtverband werden wir dann die Ingenieure des militärischen und wirtschaftlichen Sieges sein. So etwas tut ein großes Volk nicht, das einen Aufstieg hinter sich hat wie das Deutsche Reich im letzten Jahrhundert. Unsere Kulturgefühle sträuben sich dagegen, und unsere Herzen werden nie ganz bei der Sache sein. Nie! Lieber klein und allein als russisch!« Ähnlich redet und schreibt nun unsere Demokratie, ewig vom russischen Alp geängstigt, seit der Heiligen Allianz und seit 1848, und es ist ein wahres Glück für Deutschland gewesen, daß wenigstens die wirtschaftlich und politisch führenden Kreise fortschrittlich und vorurteillos genug waren herzhafte sich an die Arbeit zu machen und zuzugreifen. Gegen den *Koloß* verschwunden sind wir dabei wirklich nicht, und *russisch* sind wir auch nicht geworden.

<sup>4)</sup> Siehe meine Artikel *Deutschland, England und Rußland und Deutschiatische Weltpolitik, England und Rußland*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 380 ff., und 3. Band, pag. 1278 ff.

<sup>5)</sup> Siehe Fürst von Bülow *Deutsche Politik* /Berlin 1915/; die zitierten Stellen pag. 22, 20, 36 ff., 129 ff., 32 ff.

freilich, bei der gärenden Veränderlichkeit der ganzen Lage und bei der Unschlüssigkeit der deutschen politischen Führung, eine schärfere, bleibende Kursänderung der internationalen Weltpolitik durchsetzen zu können.



ALS die deutsche Politik Ende der neunziger Jahre erkannte, wie alle unsere überseeischen und weltpolitischen Interessen mangels einer ansehnlichen Flotte den Winden und Wellen des Zufalls haltlos preisgegeben waren, und als es ihr dann weiter glückte die Flottenbauten und Ergänzungen von dem kümmerlichen Boden zielloser Einzelbewilligungen auf die feste, tragfähige Grundlage eines wirklichen zielklaren Bauprogramms emporzuheben, da war sie sich sofort bewußt, daß »diese folgenschwere Verstärkung unserer nationalen Macht in England Unbehagen und Mißtrauen hervorrufen würde«. Die Hauptschwierigkeit für Deutschland, wie Fürst Bülow sie in seinem Buch darstellt, bestand nunmehr darin sich zwar der, mit dem deutschen Flottenausbau und der deutschen Seegeltung anschwellenden englischen Feindschaft vorsorgend bewußt zu bleiben, aber dennoch über die heikle Übergangszeit der noch immer nicht überwundenen Schwäche, ohne ernstere Auseinandersetzungen, glücklich hinüberzugelangen, die in ihren unvermeidlichen und unberechenbaren Folgewirkungen sich leicht zu einer seekriegerischen und wirtschaftlichen Katastrophe für Deutschland auszuwachsen drohten. »Vor England lagen wir 1897, wie sich in jenem Jahre ein kompetenter Beurteiler einmal ausdrückte, zur See da wie Butter vor dem Messer.«

Ein Bündnis mit England zum Zweck des ungestörten Flottenausbaus zu suchen schien damals ein Widerspruch in sich. England würde den Verzicht auf eine ernstlich starke Flotte zur Bedingung jedes deutsch-englischen Bündnisses gemacht haben, und damit zugleich den Verzicht auf einen eigenen weltpolitischen Willen Deutschlands, der doch nur so lange als ein wirklich selbständiger Wille angesehen werden durfte, als er sich im Notfall auch einmal gegen die englischen Ansprüche und Interessen unwiderstehlich hätte durchsetzen können. Sonst würde es sich, wie man es heute gern ausdrückt, bei allen kolonialen Erwerbungen und überseeischen Betätigungen Deutschlands immer nur um ein Zurmietewohnen bei England und mit möglicher täglicher Kündigung seitens Englands gehandelt haben. Bestenfalls erhielt Deutschland (vorläufig) für die Erweiterung der Seegeltung etwas freiere Laufbahn, um desto nachdrücklicher Pflichten bedenkenschwerster Art gegen die Nebenbuhler Englands übernehmen zu müssen. Die Argumentation des Fürsten von Bülow erscheint hier durchaus natürlich und nicht erst nachträglich zur Rechtfertigung des damaligen Verhaltens zurechtgestutzt:

»Die Weltlage war, als um die Jahrhundertwende die Allianzfrage ventiliert wurde, in vieler Hinsicht eine andere als 12 Jahre später . . . Um die Jahrhundertwende war Rußland noch nicht durch den japanischen Krieg geschwächt sondern gewillt seine eben gewonnene Stellung an der asiatischen Ostküste und speziell im Golf von Petschili zu befestigen und auszubauen. Die Beziehungen zwischen England und Rußland waren gerade wegen der zwischen beiden Reichen schwebenden asiatischen Fragen damals recht gespannte. Die Gefahr lag nahe, daß einem mit England verbündeten Deutschland die Rolle gegen Rußland zu fallen würde, die später Japan allein übernommen hat . . . Der Krieg gegen Deutschland wäre unter solchen Umständen in Rußland nicht unpopulär gewesen, er wäre von russischer Seite mit nationalem Elan geführt worden. Für Frankreich hätte der Casus foederis vorgelegen. Frankreich hätte seinen Revanchekrieg

unter nicht ungünstigen Bedingungen führen können. England stand damals vor dem Burenkrieg. Seine Lage würde erleichtert worden sein, wenn diese schwierige kolonialpolitische Unternehmung unterstützt und begleitet worden wäre von einer großen europäischen Konflagration, wie solche England in der Mitte des 18. und im 1. Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts gute Dienste geleistet haben . . . Wir hätten unsere Haut gegen Rußland für England zu Markte getragen, dem es, als uns Chamberlain, übrigens ohne Rückendeckung durch den Premierminister Lord Salisbury, seine Offerten machte, natürlich nicht unerwünscht gewesen wäre, wenn wir als englischer Landsknecht ihm die in Ostasien unbequemen Russen vom Halse geschafft hätten . . . Während des ersten Dezenniums nach Einbringung der Flottenvorlage von 1897 hatten wir eine Gefahrzone erster Ordnung in unserer auswärtigen Politik zu durchschreiten, denn wir sollten uns eine ausreichende Seemacht und eine wirksame Vertretung unserer Seeinteressen schaffen, ohne noch zur See genügende Verteidigungsstärke zu besitzen. Unbeschädigt und ohne Einbuße an Würde und Prestige ist Deutschland aus dieser kritischen Periode hervorgegangen . . . Von 1897 bis 1909 hatte sich eine bedeutsame Entwicklung vollzogen, die den Mitlebenden nicht immer zum Bewußtsein gekommen ist, die aber die Nachwelt erkennen und würdigen wird.«

Weniger überzeugend wird jedoch die Frage beantwortet, ob in der gleichen Periode Deutschland alles getan hat, um auf der nichtbritischen Gegenseite Bundesgenossen zu gewinnen oder doch die in Frage kommenden Staaten von der Angliederung an England fernzuhalten. Nur das eine wird man kaum bestreiten können, daß zur Zeit des Burenkriegs ein haltgebietendes vereintes Einschreiten Rußlands, Frankreichs und Deutschlands zwar augenblicklich England vielleicht gedemütigt und Frankreich, kaum 2 Jahre nach Faschoda, mit Genugtuung erfüllt hätte, daß aber für Deutschland ein handgreiflicher Gewinn damals kaum in Aussicht stand, um so mehr jedoch hinterher die schlimmste und gefährlichste Verfeindung mit England, wogegen Deutschland nicht in ausreichender Weise geschützt war:

»Der Versuch unter dem Eindruck der damaligen burenfrendlichen Stimmung zu Taten zu schreiten hätte bald eine Ernüchterung zur Folge gehabt. In der französischen Nation hätte der tiefstehende nationale Groll gegen das Deutsche Reich die momentane Verstimmung gegen England rasch und elementar verdrängt, sobald wir uns gegen England festgelegt hätten und ein grundsätzlicher Frontwechsel der französischen Politik in greifbare Nähe gerückt worden wäre. Mochte die frische Erinnerung an Faschoda für den französischen Stolz noch so ärgerlich sein, gegen die Erinnerung an Sedan wog sie federleicht. Der ägyptische Sudan und der weiße Nil hatten den Gedanken an Metz und Straßburg nicht aus dem französischen Herzen verdrängt . . . Aber selbst wenn es gelang Englands südafrikanische Politik durch eine europäische Aktion zu durchkreuzen, so war für unsere nächsten nationalen Interessen damit nichts gewonnen. Unsere Beziehungen zu England wären selbstredend von Stund an und für lange Zeit gründlich vergiftet worden. Der passive Widerstand Englands gegen die Weltpolitik des neuen Deutschland hätte sich in eine sehr aktive Gegnerschaft verwandelt. Wir gingen gerade in jenen Jahren an die Begründung der deutschen Seemacht durch den Bau unserer Kriegsflotte, England aber hatte, auch unbeschadet eines etwaigen Mißerfolges im südafrikanischen Kriege, damals die Macht unsere Entwicklung zur Seemacht im Keim zu ersticken. Unsere neutrale Haltung während des Burenkrieges entsprang gewichtigen nationalen Interessen des Deutschen Reiches. Uns den Weg zur Erringung zureichender Seemacht über die Interessen Englands hinweg gewaltsam zu bahnen waren wir zur See noch nicht stark genug.«

**I**N dem weitem langjährigen Kampf um die Stellung Rußlands innerhalb der neuen Mächtegruppierung kam alsdann England zu statten: einmal, daß der russisch-japanische Krieg den russischen Vorstößen nach dem Stillen Ozean und der russischen Umklammerung Chinas von Norden her auf lange hinaus ein Ziel setzte, ferner daß der Zusammenbruch des alten türkischen Regierungssystems

und der auflodernde letzte Befreiungskampf der christlichen Balkanstaaten gegen die Türkenoberherrschaft mit der unvermeidlichen Wiederablenkung der russischen Interessen nach dem Balkan zugleich den russischen Gegensatz gegen Österreich-Ungarn von neuem entflamnte und damit jeder tiefenwirkenden deutschen Annäherung vorläufig unübersteigliche Hindernisse in den Weg wälzte. Die bosnische Annexionskrise, bei der Deutschland es kaum vermeiden konnte ein rasches Ende zugunsten seines Donauebundesgenossen und gegen die großserbischen Wühlereien der Belgrader Regierung herbeizuführen, verbitterte dann das Verhältnis Deutschlands nicht nur zur russischen Regierung sondern ebenso zum russischen Liberalismus, der seit seiner parlamentarischen Mitheranziehung die russische Ausdehnungspolitik nicht nur eifrig unterstützt sondern eher noch weiter zu treiben sich anschickt.

Trotzdem rissen selbst bei dieser unglückseligen Konstellation nicht alle Verbindungsfäden ab, und zur Zeit Kiderlens gelang es sogar für die Landstriche am Persischen Golf ein engeres Zusammenwirken in Aussicht zu nehmen, zur nicht geringen Enttäuschung Englands, das mit seinem russisch-persischen Abkommen auch hier den Ring gegen die deutsche Wirtschaftsbetätigung, vor allem gegen die Bagdadbahnpolitik, hinreichend geschlossen zu haben glaubte. Eine wichtige Querverbindung zwischen dem russisch-persischen und dem Bagdadbahnsystem, von Teheran nach Chanik, war im August 1911 vereinbart, und Rußland verpflichtete sich keinerlei Maßnahmen zu treffen, die den Bau der Bagdadbahn hindern könnten:

»Den Eindruck dieses Abkommens gab Daily Graphic am 21. August 1911 mit den Worten zu erkennen, Deutschland sei berechtigt es als einen Triumph seiner Diplomatie zu beanspruchen. Denn das Übereinkommen löse Rußland von der Kombination der Mächte ab, die bisher die Bagdadbahn bekämpften, und sichere Deutschlands Stellung in Nordpersien.«<sup>6)</sup>

Ob der Krieg Rußland von seinen alten Balkanhoffnungen endgültig abdrängen wird, die früher schon so ziemlich gescheitert und eingeschlummert waren und die erst durch die letzten Balkankrisen und durch die künstliche Anstachelung seitens Englands wieder mit der Kraft eines Johannestriebes erwachten? Dann wäre die große Konfliktsursache, die über Österreich-Ungarn jedesmal auch Deutschland betraf, ausgeschieden, ähnlich wie Rußland in Nordostasien sich nach dem unumstößlichen Urteil der Waffen gegenüber den japanischen Interessen bescheiden lernte. Die Entwicklungslinien der russischen Politik würden alsdann wieder stärker gegen Innerchina und gegen die Vorländer Indiens am Persischen Golf und am Golf von Oman laufen, in beiden Fällen also von neuem stärker gegen England. Nach China hin hat das Bündnis mit dem einstigen Gegner Japan eine festere Operationsbasis, sehr zum Mißvergnügen Englands, hergestellt.<sup>7)</sup> In dem Streben nach dem Persischen Golf liegen die gleichgerichteten Interessen Rußlands mit Deutschland, gegen Englands willkürliche Einspruchs- und Vormachtsforderungen, geradezu auf der flachen Hand.

Vielleicht schließt auf diese Weise der Krieg mit einer Mächtegruppierung ab, die der unnatürlichen Verstärkung des englischen Übergewichts, durch die

<sup>6)</sup> Siehe Mehrmann *Der diplomatische Krieg in Vorderasien*, unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Bagdadbahn /Dresden 1916/, pag. 128. Eine ungewöhnlich reichhaltige Materialienverarbeitung.

<sup>7)</sup> Siehe Queassel *Der russisch-japanische Vertrag*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 797 ff.

russische Unterstützung, ein wohlverdientes Ende bereitet, und die es Deutschland gestattet mit seinem, nach Österreich-Ungarn wichtigsten Nachbar, einem großen und zukunftsreichen Volk besser als in der letzten Zeit, in den Jahren der Tripelentente, auszukommen, vielleicht sogar auf wertvollen Betätigungsgebieten zusammenzuarbeiten.

XX  
**EDMUND FISCHER · GEIST UND FORM DES  
SOZIALISMUS**



**W**ELCHE großen Umwälzungen sich in den letzten Jahrzehnten im wirtschaftlichen und politischen Leben und in den Anschauungen der Menschen vollzogen haben, das kommt durch nichts so deutlich zum Ausdruck wie durch die Tatsache, daß nach einer langen Geschichte der sozialistischen Bewegung und der sozialistischen Wissenschaft nun von neuem die Frage aufgeworfen und lebhaft erörtert wird, was eigentlich Sozialismus sei. Der sozialistische Gedanke begann sich durchzusetzen, er rief die Anfänge einer sozialistischen Entwicklung, sozialistischer Gebilde hervor: staatliche, kommunale, genossenschaftliche Produktion; gesetzlich gewährleistetes und geregeltes Recht auf Existenz in Fällen der Arbeitsunfähigkeit, der Krankheit und des Alters; staatliche, kommunale und genossenschaftliche Organisation der Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, die zum Teil sogar in gleichen Quantitäten verteilt werden. Je länger der Krieg dauert, desto mehr gesellschaftliche Regelungen dieser Art machen sich notwendig, zum Teil nur als vorübergehende Notbehelfe, zweifellos zum Teil aber auch, um nicht wieder zu verschwinden. Das sei der Sozialismus, sagen Vertreter des kapitalistischen Prinzips, des freien Spiels der Kräfte, um an den selbstverständlichen Unvollkommenheiten und Mängeln der über Nacht geschaffenen und unter der Kriegsnot leidenden Einrichtungen zu zeigen, daß der Sozialismus nicht das bringe, was von ihm verkündet worden war. Sozialisten *marxistischer* Richtung dagegen bestreiten es ganz und gar, daß diese Einrichtungen überhaupt einen sozialistischen Charakter haben. Was ist aber dann Sozialismus?

Dem Staatsmann, der immer nur nach der Zweckmäßigkeit sieht, kann es gleichgültig sein, wie man die staatlichen Einrichtungen nennt. Als man seinerzeit im Reichstag die Arbeiterversicherungspläne als sozialistisch diskreditieren wollte, sagte Bismarck gelassen: »Nennen Sie das Sozialismus oder nicht, es ist mir das ziemlich gleichgültig.« Entscheidend ist ja auch nur der Erfolg. Wer aber für ein bestimmtes Prinzip kämpft, für die Verwirklichung einer Idee, muß eine Vorstellung von dem haben, was er erstrebt, um sein Wirken danach einrichten zu können. Dabei handelt es sich keineswegs um die Ausmalung eines phantastischen Zukunftsstaates, wie es die Utopisten getan haben, sondern um die Bewertung des eigenen praktischen Wirkens in der Gegenwart. Die sozialistische Bewegung muß nicht erst noch geschaffen werden, sie ist vorhanden, aber auch keine Sekte mehr sondern groß, mächtig und einflußreich in der Gesetzgebung wie mit ihren Organisationen. Die Arbeit, die von den Sozialdemokraten in den Kommunen, den Parlamenten und Organisationen geleistet wird, wäre sinn- und zwecklos, wenn sie keine praktischen Erfolge zeitigte. Da man von Sozial-

demokraten aber annehmen muß, daß sie stets im sozialistischen Geist wirken, so müssen sich ihre praktischen Erfolge auf der Richtlinie zum Sozialismus bewegen. Man muß sich auch klar darüber sein, welche Formen die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gebilde erhalten müssen, die man mit Bewußtsein im sozialistischen Geist gestalten will. Selbst jene Pseudomarxisten, die der naiven Anschauung immer noch nicht entsagen konnten, daß ein praktisches sozialistisches Wirken erst möglich sei, nachdem die Sozialisten durch eine siegreiche Revolution die politische Macht errungen haben, müssen sich Klarheit darüber verschaffen, was sie zu tun gedenken, wie sie die Sozialisierung anfangen wollen, sobald sie die Macht in Händen haben, zumal sie doch auch der Ansicht sind, die Gesellschaft sei bereits reif für den Sozialismus, und der *Tag* des endgültigen Sieges sei nicht mehr fern. Nur wer nicht weiß, was er will, oder seiner Sache selbst nicht traut, kann dieser Frage ausweichen. Wer sich aber ernstlich mit ihr beschäftigt, kann, sofern er kein Phantast ist, zu keinem andern Ergebnis kommen als dem: daß mit der Sozialisierung der Gesellschaft nicht wesentlich anders begonnen werden kann als es zurzeit bereits mit der staatlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Produktion, mit den sozialen Versicherungseinrichtungen, den Arbeiterschutzgesetzen und der Organisation der Lebensmittelversorgung in die Erscheinung tritt.

Die äußere Form allein macht eine Einrichtung allerdings noch nicht zu einer sozialistischen Einrichtung. Nicht ein jeder staatliche, kommunale oder genossenschaftliche Betrieb ist sozialistischen Charakters. Im Geist, nicht in der Form, ist die Wesensart des Sozialismus zu suchen. In der biblischen Ethik liegt vielleicht mehr Sozialismus als in Platons *politiká*. Aber das sozialistische Ideal schwebt in so hoher Höhe, daß es von der Wirklichkeit wohl niemals vollkommen erreicht werden kann. Es läßt deshalb auch einen großen Spielraum zu. Wenn Karl Marx (im Bürgerkrieg in Frankreich) davon spricht, daß die Arbeiterklasse keine Ideale zu verwirklichen sondern nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen habe, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt hatten, so bezieht sich das nur auf die zu schaffenden Formen. Das sozialistische Ideal, der sozialistische Geist, ist sich durch alle Jahrhunderte und Jahrtausende im wesentlichen gleich geblieben. Aus dem Schafhirten und Tagelöhner Amos sprach im Jahr 765 vor Christus, 2 Jahre vor einem Erdbeben und einer Sonnenfinsternis, wie die Legende berichtet, der selbe Geist, der auch die heutigen Sozialisten beseelt, indem er also gegen die Herrschenden aufrief: »Sie zertreten das Haupt des Geringen, und den Bedrückten stoßen sie in den Abgrund. Sie pfänden ihm das letzte Gewand ab und schmücken damit die Altäre. Sie nehmen ihm seinen Wein als Gerichtsbuße und verschlemmen ihn im Tempel Jahwes. Sie häufen Schätze aus Frevel und Gewalttat in ihren Palästen. . . Sie verkehren in Wermut das Recht, und die Gerechtigkeit werfen sie zu Boden.« Recht und Gerechtigkeit und Unterdrückung aller Gewalt verlangte Amos. Dieser Geist beherrscht die großen israelitischen Propheten<sup>1)</sup>, die das Gottesreich

<sup>1)</sup> Siehe darüber auch Maurenbrecher Die Bedeutung des Klassengegengesatzes für den israelitischen Monotheismus, in den Sozialistischen Monatsheften, 1909, I. Band, pag. 218 ff. × Es braucht wohl nicht erst noch besonders bemerkt zu werden, daß diese sozialen Postulate jener großen Menschheitsführer nur der konkrete Ausdruck ihrer auf das Innerlich-Sittliche zielenden Bestrebungen waren. Die prophetische Religion gründet ihre Forderungen ja nicht auf Zweckmäßigkeitserwägungen oder auf das Glücksstreben der Menschen sondern auf das göttliche Gebot, das den überpersönlichen Geist im Menschen wachruft.

auf Erden aufrichten wollten, er beherrschte dann die Gründer der christlichen Bewegung. Dieser Geist, nun allerdings ganz auf das Diesseits gerichtet und den Menschen mit seinen Bedürfnissen und seinem Verlangen nach Glück als das Ziel nehmend, beherrschte die Utopisten des 18. und 19. Jahrhunderts. Cabet gab in den vierziger Jahren auf dem Titelblatt seiner Reise nach Ikarien die folgende bildliche Darstellung seines Ziels:

## FRATERNITÉ.

—  
Tous pour chacun.

—  
SOLIDARITÉ  
ÉGALITÉ—LIBERTÉ  
ÉLIGIBILITÉ  
UNITÉ  
PAIX.  
—

Premier droit,  
Divrc.

—  
A chacun  
suivant ses besoins.

—  
Chacun pour tous.

①  
AMOUR  
JUSTICE  
SECOURS MUTUEL  
ASSURANCE UNIVERSELLE  
ORGANISATION DU TRAVAIL  
MACHINES AU PROFIT DE TOUS  
AUGMENTATION DE LA PRODUCTION  
RÉPARTITION ÉQUITABLE DES PRODUITS  
SUPPRESSION DE LA MISÈRE  
AMÉLIORATIONS CROISSANTES  
MARIAGE ET FAMILLE  
PROGRES CONTINUEL  
ABONDANCE  
ARTS.  
②

—  
ÉDUCATION  
INTELLIGENCE—RAISON  
MORALITÉ  
ORDRE  
UNION.  
—

Premier devoir,  
Travailler.

—  
De chacun  
suivant ses forces.

## BONHEUR COMMUN.

In unserer Jugend hörten wir alle diese Schlagworte in den sozialdemokratischen Versammlungen, und wir hören sie noch heute, als Ausdrücke des Geistes, der die Redner und die Zuhörer beherrscht. Die sozialistische Wissenschaft hat zu allen Zeiten immer nur zu erforschen gesucht, unter welchen Formen und auf welchem Weg sich die sittlichen Ideale des Sozialismus verwirklichen lassen. Fourier baute sein System auf die Psyche des Menschen auf, Karl Marx suchte die Tendenzen in der ökonomischen Entwicklung, aus denen sich auf eine sozialistische Zukunft schließen ließ. Auch Marx ist nicht auf Grund seiner wissenschaftlichen Forschungen zum Sozialismus gekommen sondern umgekehrt: er ging bei seinen wissenschaftlichen Arbeiten von seinem sozialistischen Ideal aus, das er auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen suchte. Die materialistische Geschichtsauffassung könnte auch zu einer konservativen Parteistellung führen. Und wer nicht von den sittlichen Idealen des Sozialismus beseelt ist, wird durch das Studium theoretischer Schriften kaum dazu veranlaßt werden sich der sozialistischen Bewegung anzuschließen.

Das sittliche Ideal des Sozialismus ist eben doch mehr als nur »eine Kraft oder eine Waffe im gesellschaftlichen Kampf ums Dasein«. Deshalb »bricht auch zum Beispiel in einem Marx mitunter bei seiner wissenschaftlichen Forschung das Wirken eines sittlichen Ideals durch.«<sup>2)</sup> Marx hätte nicht im sozialistischen Geist schreiben können, wenn das nicht der Fall gewesen wäre. Denn der sozialistische Geist ist schließlich nichts anderes als die sozialistische Ethik, aus der sich im wesentlichen die Forderungen der Freiheit, der wirtschaftlichen, sozialen, politischen Gleichheit, des Rechtsschutzes, der Fürsorge für die Kranken, Schwachen, Witwen, Waisen, die

<sup>2)</sup> Siehe Kautsky Ethik und materialistische Geschichtsauffassung / Stuttgart 1906/, pag. 141.



Stellung zum Krieg und Frieden, »die Befreiung nicht bloß des Proletariats sondern des gesamten Menschengeschlechts«, die gleichen »Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung, also Bekämpfung nicht bloß der Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter sondern jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse« (wie es im Programm der deutschen Sozialdemokratie heißt) ableiten. Die ökonomischen und hygienischen Argumente reichen nicht aus zur Begründung aller dieser Forderungen. Zur Selbsterhaltung des deutschen Volkes und dessen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstiegs wäre es nicht unbedingt notwendig die Ausbeutung anderer Völker zu bekämpfen, für die kranken, schwächlichen, verkrüppelten Kinder die größten Aufwendungen und Anstrengungen zu machen, um sie am Leben zu erhalten, oder eine noch kürzere Arbeitszeit zu erstreben, als die Gesunderhaltung der Arbeiter sie erfordert, usw. Daß viele dieser Forderungen (nicht alle!) nur durch den unaufhörlichen Kampf der an ihnen interessierten Klassen verwirklicht werden, ändert nichts daran, daß sie ein sittliches Ideal darstellen. Das *ökonomische Ideal* hat zum Ziel nur äußerliche Formen, die erst dadurch eine sozialistische Wesensart erhalten, daß sie mit der sittlichen Idee erfüllt werden.

Das wesentlichste Kennzeichen einer sozialistischen Einrichtung ist also nicht die äußere ökonomische Form sondern der Geist, der in ihr lebendig ist. Aber um diesen Sozialismus wirklich ins Leben zu rufen, müssen zuvor bestimmte ökonomische Formen geschaffen werden. In seiner Erläuterung des Erfurter Programms zeigt K. Kautsky, wie nach seiner Auffassung diese Formen sich gestalten müßten. Die Art, wie produziert wird und wie sich die Verteilung der Produkte vollzieht, entscheide darüber, ob eine Gesellschaftsordnung kapitalistisch oder sozialistisch sei. Unter der Herrschaft der Warenproduktion nehme der Großbetrieb notwendigerweise die kapitalistische Form an. Die Aufhebung der Warenproduktion heiße Ersetzung der Produktion für den Verkauf durch Produktion für den Selbstbedarf. Die genossenschaftliche Produktion für den Selbstbedarf sei eine sozialistische Produktion. Die sozialistische Produktionsweise verlange aber die Zusammenfassung aller der Betriebe, die nach dem gegebenen Stand der Produktion zur Befriedigung der wesentlichen Bedürfnisse einer Gesellschaft benötigt sind, zu einer einzigen großen Genossenschaft. Von den heute bestehenden gesellschaftlichen Organisationen gebe es nur eine, die den nötigen Umfang besitzt, daß man sie als Rahmen benutzen könnte, um darin die sozialistische Genossenschaft zu entwickeln: das sei der moderne Staat. Die sozialistische Form der Gütererzeugung und der Güterverteilung ist demnach die Genossenschaft, die für den eigenen Bedarf, das heißt für den Bedarf ihrer Mitglieder arbeitet.

Ein festes Schema für diese sozialistischen Produktionsformen gibt es aber nicht; diese ändern sich je nach dem Stand der Produktion und der sozialen Verhältnisse und werden nicht künstlich geschaffen, sondern sie entwickeln sich aus der alten Welt heraus. Deshalb begnügte sich Karl Marx damit die »alte Welt vollkommen an das Tageslicht« zu ziehen und die Keime der neuen zukünftigen Gesellschaft zu entwickeln, die die Gegenwart in ihrem Schoß trage. Nach Marx stellt sich die Gesellschaft auch immer nur Auf-

gaben, die sie lösen kann, »denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.«<sup>3)</sup> Ein jeder Sozialist kann aber auch »nur aus seiner Zeit verstanden werden«, also auch Karl Marx und der heutige Sozialist, und wie das »Proletariat von heute . . . sich bereits in wesentlichen Punkten verschieden von dem von 1848« zeigt<sup>4)</sup>, so ist auch der Stand der ökonomischen Entwicklung sehr verschieden von dem, wie ihn Marx kennen gelernt hat. Deshalb ist es ja auch unmarxistisch heute noch auf die einzelnen Sätze des Meisters zu schwören. Wer aber im Geist der Marxschen Wissenschaft am Aufbau des Sozialismus wirken will, muß den Prozeß des heutigen ökonomischen Werdens erforschen. Er wird dann Keime der neuen Gesellschaft entdecken, die Marx noch nicht beachten konnte, weil sie zu seiner Zeit zwar in ihren ersten Anfängen sich zeigten, aber als eine Tendenz der Entwicklung nicht zu erkennen waren: die staatliche, kommunale und freigewerkschaftliche Gütererzeugung und -verteilung.

Daß die Sozialisierung der Produktion und Konsumtion nur so vor sich gehen kann, daß Staat, Gemeinden und freie Genossenschaften die Erzeugung und Verteilung der Güter organisieren, vielleicht unter einer einheitlichen Oberleitung, wird wohl kaum bestritten werden. Dann stellen die heutigen Staats-, Gemeinde- und Genossenschaftsbetriebe aber auch, mindestens äußerlich, die Formen dar, in denen sich die sozialistische Gütererzeugung und -distribution einmal vollziehen muß. Und für die Sozialisten steht die Aufgabe fest diese Produktionsformen heute schon entwickeln zu helfen. So nur kann die Entwicklung zum Sozialismus sein. Da die Übernahme der Produktion durch die Gesellschaft sich aber auch nicht auf einmal sondern nur im Verlauf von Generationen und Jahrhunderten vollziehen kann, werden auf unabsehbare Zeit hinaus sozialistische und kapitalistische Produktionsformen neben einander bestehen, und man wird von einer sozialistischen Gesellschaft erst reden können, sobald die sozialistische Produktion das Übergewicht bekommen hat und der Gesellschaft ihren Charakter verleiht. Und auch die »Verteilung der Güter in einer sozialistischen Gesellschaft dürfte in absehbarer Zeit nur in Formen vor sich gehen, welche eine Fortentwicklung der heute bestehenden Lohnformen darstellen.«<sup>5)</sup> Der Unterschied zwischen den heutigen Staats-, Gemeinde- und Genossenschaftsbetrieben sowie der zur Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln geschaffenen Einrichtungen und den zukünftigen sozialistischen Formen der Gütererzeugung und -verteilung kann aus allen diesen Gründen aber auch nur graduell sein, was so viel bedeutet, wie daß die heutigen staatlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Wirtschaftseinrichtungen auf jeden Fall die Anfänge der sozialistischen Wirtschaft darstellen.

Inwieweit die heutigen staatlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Betriebe schon mit sozialistischem Geist durchtränkt, also sozialistischer Wesensart sind, ist in den Sozialistischen Monatsheften schon oft genug gezeigt worden. Es kommt hier lediglich darauf an festzustellen, was die Sozialisten zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft praktisch

<sup>3)</sup> Siehe Marx Zur Kritik der politischen Ökonomie, 2. Auflage /Stuttgart 1903/, pag. XII.

<sup>4)</sup> Siehe Kautsky Thomas More und seine Utopie /Stuttgart 1890/, pag. 4 und 3.

<sup>5)</sup> Siehe Kautsky Das Erfurter Programm /Stuttgart 1892/, pag. 158.

tun können und müssen. Das ist die fortgesetzte Vermehrung der öffentlichrechtlichen und freigewerkschaftlichen Wirtschaftseinrichtungen und deren Ausgestaltung in wahrhaft kollektivistischem Sinn. Solange von *marxistischer* Seite nicht gezeigt wird, wie es anders gemacht werden kann, gibt es nur diesen einen Weg. Und es muß dann auch dabei bleiben, daß die in der Kriegsnot geschaffenen Einrichtungen ein Stück Sozialismus im Kapitalismus, Zellen eines sozialistischen Gemeinwesens im heutigen Staat geschaffen haben. Wer freilich in diesen Erscheinungen schon den Sozialismus selber erblickt, der geht sehr irre. Der Sozialismus kann eben nicht durch eine Katastrophe, auch nicht durch den Weltkrieg, fix und fertig erstehen, und eine modernisierte Katastrophentheorie, die sich auf den Krieg gründet, ist ebenso abzulehnen wie ihre ältere Schwester. Der Sozialismus ist nur das Ergebnis organischen Werdens. Dieses vollzieht sich vor unseren Augen. Wir erleben jetzt eine wichtige Phase der Entwicklung zum Sozialismus, wobei wir uns der Hemmungen, ja der Gegentendenzen und auch der Möglichkeit kommender Rückschläge wohl bewußt bleiben. Wir werden diese um so eher überwinden, je mehr unser eigenes Wirken auf das Ganze gerichtet ist.

XX  
**WALT WHITMAN · AN IHN, DER GEKREUZIGT  
 WARD · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK**



EIN Geist dem deinen, teurer Bruder,  
 Nicht laß dich bekümmern, weil viele, die deinen Namen nennen,  
 dich nicht verstehen.

Ich nenne deinen Namen nicht, aber ich verstehe dich.

Mit Freude grüße ich dich im besondern, o Kamerad, und jene,  
 die mit dir sind, vorher und seither, und alle Künftigen,

Daß wir mit einander arbeiten und die selbe Aufgabe und Nachfolge über-  
 liefern,

Wir wenigen Gleichen, Länder- und Zeitlose,

Wir, Umschließer aller Kontinente, aller Klassen, Anerkenner aller  
 Theologien,

Mitleidvolle, Wahrnehmer, Verbinder der Menschheit,

Wir schreiten schweigend über Wortstreite und Behauptungen, aber ver-  
 werfen die Streitenden nicht noch eine Behauptung;

Wir hören das Schreien und Lärmen, Spaltungen erreichen uns, Eifersüchte,  
 Anschuldigungen von jeder Seite,

Sie dringen dicht auf uns ein, hartnäckig, um uns zu umgeben, mein  
 Kamerad,

Doch wir wandern unbehindert, frei, über die ganze Erde, wandern hinauf  
 und hinab, bis wir unser unverlöschliches Zeichen der Zeit und den  
 verschiedenen Zeitaltern aufgeprägt haben,

Bis wir Zeit und Zeitalter gesättigt haben, damit die Männer und Frauen  
 aller Rassen in künftigen Zeitaltern als Brüder und Liebende sich er-  
 weisen gleich uns.

XX

## FRIEDRICH KLEIS · DIE TARIFVERTRÄGE UND IHRE FÖRDERUNG IN DER KRIEGSZEIT



ATURGEMÄSS hat der Krieg, der den ganzen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt umwälzte, auch eine einschneidende Wirkung auf die zwischen den Unternehmern und Arbeitern abgeschlossenen Tarifgemeinschaften ausgeübt. Das ist von größter Bedeutung für die Arbeitsbedingungen. Von Jahr zu Jahr sind Zahl, Umfang und Einrichtung der Tarifverträge gewachsen. Seit 1908 hat sich die Zahl der von ihnen erfaßten Arbeiter mehr als verdoppelt. Nach der amtlichen Statistik wurden am Ende des letzten Friedensjahres 13 446 Tarifverträge gezählt. Sie erstreckten sich auf rund 170 000 Betriebe und 2 072 456 Beschäftigte, und sie umfaßten 16,5 % der Gehilfen und Arbeiter, die nach der gewerblichen Betriebsstatistik vom Jahr 1907 in Beschäftigung standen; zieht man nach dieser Statistik nur die männlichen Beschäftigten in Betracht, so waren 20,6 % von diesen tariflich gebunden. In einigen Gewerben beherrscht der Tarifvertrag die gesamten Arbeitsbedingungen. Das ist vor allem im Baugewerbe der Fall, sodann im polygraphischen Gewerbe, in dem die Zahl der von Tarifverträgen erfaßten Personen 70 % der überhaupt Beschäftigten beträgt, und im Bekleidungs-gewerbe, in dem ungefähr die Hälfte der beschäftigten männlichen Arbeiter tariflich gebunden ist. Nach und nach wurden in vielen Berufszweigen, unter Mitwirkung einer dem Tarifgedanken günstigeren gewerblichen Rechtsprechung, die tariflichen Abmachungen richtunggebend für die Arbeitsverhältnisse überhaupt. Hieraus erhellt, welche Wirkung eine Erschütterung des Tarifvertragswesens für die Arbeitsbedingungen aller Arbeiter hätte.

Unmittelbar nach Kriegsausbruch entstand eine gewaltige Arbeitslosigkeit. Die drückte auf den Stand der Löhne, und es war zu fürchten, daß viele Tarifschränken über den Haufen geworfen werden könnten. Und zwar um so mehr als bei der Mehrzahl der Tarifverträge keine rechtsverbindlichen Obligationen vorliegen, weil die Parteien bei den Abschlußverhandlungen bewußt die Klagbarkeit der Tarifverträge ausgeschlossen und gegenseitig alles auf Treu und Glauben aufgebaut hatten.<sup>1)</sup> Dazu kommt, daß die Auslegung der Tarifverträge einen großen Spielraum läßt. Einige Unternehmerorganisationen, wie der Verein der Holzhändler und Sägemühlenbesitzer, stellten sich ernstlich auf den Standpunkt, der Tarifvertrag habe während der Kriegsdauer überhaupt keine Geltung. Diese Zeiten der Krise waren also sehr gefährvoll für das Tarifvertragswesen, und nicht mit Unrecht sagte man damals: das Wort Solidarität müsse jetzt die Probe aufs Exempel bestehen. Gerade für Zeiten der Krise sind Tarifnormen gesundheitssichernde Notwendigkeiten. Organisation gewährleistet Ordnung, und Ordnung ist das, was das Wirtschaftsleben und der Arbeitsmarkt brauchen. Die Stellen, die über die Durchführung der Tarifgemeinschaften zu wachen haben, erließen vielfach Aufrufe, in denen sie zum Festhalten an den Abmachungen, nötigenfalls zur Anpassung an die außergewöhnlichen Verhältnisse aufforderten.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Die Entwicklung ist mittlerweile allerdings über diesen ursprünglichen Charakter des Tarifvertrags hinausgegangen und hat ihn mehr und mehr zu zwingendem Recht erweitert. Anfang 1915 hat das Reichsgericht jede Verletzung der Tariftreue für unvereinbar mit dem Wesen des Tarifvertrags erklärt: siehe die Rundschau Rechtswissenschaft, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 418 f.

<sup>2)</sup> Siehe hierüber auch Stühmer Die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 690 ff.

Auch von Behörden ergingen Mahnungen an die Unternehmer das Überangebot von Arbeitskräften nicht zu benutzen, um die Löhne in übertriebener Weise herabzudrücken.

Glücklicherweise hielt die Stockung des Arbeitsmarkts nicht lange an. Das Wirtschaftsleben richtete sich auf die neuen Bedürfnisse ein. In einigen Gewerben, namentlich jenen, die mit Lieferungen für den Heeresbedarf beschäftigt waren, entstand sogar Arbeitermangel. Langsam verkehrte sich hier und da das Bild in sein Gegenteil. Gleichzeitig machte sich aber auch in unserm Wirtschaftsleben eine andere Erscheinung geltend, die für das Tarifvertragswesen von großer Bedeutung ist: eine starke Verteuerung aller Bedarfsgegenstände und damit zugleich eine starke Entwertung des Geldes. Für die Arbeiter wurde es unmöglich mit den in Friedenszeiten und für Friedensverhältnisse festgesetzten Löhnen auszukommen. So kamen die Arbeiter zu dem natürlichen Bestreben eine Erhöhung der Löhne, insbesondere durch Teuerungszulagen, herbeizuführen.

Um diese Zeit mußten, da die meist nicht allzu langfristigen Verträge abgelaufen waren, neue Tarifverträge abgeschlossen werden. Namentlich in jenen Gewerben, die vom zentralen Tarifvertrag beherrscht werden, das heißt, wo er von Unternehmer- und Arbeiterverbänden für das ganze Reich abgeschlossen war. In einigen Unternehmervverbänden kam die alte Abneigung gegen die Tarifgemeinschaften überhaupt wieder zum Ausdruck, und vereinzelt wurden Stimmen laut, daß man die Gelegenheit zur Beseitigung der ganzen Einrichtung benutzen solle. Im ganzen aber vertraten die Unternehmer die Auffassung, daß ihnen ein tarifloser Zustand unangenehmer werden könne als den Arbeitern. »Vorläufig«, so hieß es in einem Artikel der Deutschen Arbeitgeberzeitung vom 21. November 1915, »hat man noch kein geeignetes Ersatzmittel, und für tariflose Zeiten sind unsere wirtschaftlichen Organisationen noch nicht reif.« Und an einer andern Stelle wurde ausgeführt, die Arbeiter des Baugewerbes beispielsweise könnten es als einen Erfolg buchen, wenn es ihnen gelänge »die Löhne auf der bisherigen tariflichen Höhe zu erhalten, obwohl in dieser Zeit den Arbeitgebern nichts leichter wäre als die Löhne wesentlich herabzumindern«.

Die Lohntarifbewegung während des Krieges drehte sich also um folgende Punkte: möglichste Forterhaltung des frühern Bestands der Tarifgemeinschaften und der damit in Zusammenhang stehenden Einrichtungen, daneben Erwirkung von Teuerungszulagen, wenigstens für die Kriegszeit. Diese Notwendigkeiten gaben der ganzen Bewegung Richtung und Ziel. Aber noch ein weiteres Moment trat hinzu, das den Unterhandlungen einen eigenartigen Stempel aufdrückte: der Burgfrieden. Aus den Zeitumständen (Beschränkung der Versammlungsfreiheit usw.) ergab sich von selbst, daß den Parteien in der Anwendung der Mittel zur Erreichung ihrer Ziele gewisse Zügel angelegt waren. Dazu kommt, daß auch den Vertretern der Arbeiterorganisationen das Wort Burgfrieden kein leerer Schall ist, daß auch sie das ehrliche Bestreben haben ihn zu halten. In Wirklichkeit ist es auch zu offenen Kämpfen, namentlich zu Arbeitseinstellungen, nur ganz vereinzelt gekommen. Die Kunst der gewerkschaftlichen Aktion hat immer darin bestanden in jeder Lage das Erreichbare zu erzielen und das Erzielte zu erhalten. Im Gegensatz zum Parteileben hat sich das Gewerkschaftsleben stets auf die Erfüllung praktischer Aufgaben beschränkt und immer das Greifbare in Be-

rechnung gezogen. In der Frage der Teuerungszulagen, die sich bald als die wichtigste herausstellte, entstanden vielfache Schwierigkeiten, besonders in den Tarifvertragsgewerben, die nicht von der *Kriegskonjunktur* wirtschaftlich befruchtet worden sind. Nahezu in allen Gewerben, in denen für größere Gruppen des Unternehmertums die Geschäfte wenig gewinnbringend waren, stellten sich die Arbeitgeberverbände auf den Standpunkt, daß der Tarifvertrag die Arbeiter an den Tariflohn binde und es auch den einzelnen Arbeitern untersage Mehrforderungen zu erheben. Diese Auffassung entsprach aber nicht dem bisherigen deutschen Tarifvertragswesen. Die Möglichkeit Teuerungszulagen zu verlangen war immer gegeben, sofern nicht in einem Tarifvertrag die Lohnsätze ausdrücklich als Höchstlöhne erklärt und der Verzicht auf höhere Lohnforderungen nicht nur der Gewerkschaft sondern auch dem einzelnen Arbeiter auferlegt war. Aus der neuen Auffassung der Arbeitgeberverbände erwachsen vielfältige grundsätzliche Widersprüche: allgemeine Teuerungszulagen konnten danach während der Geltungsdauer der alten Tarifverträge nicht gewährt werden, und das führte zu eigenartigen kritischen Tarifbewegungen während des Krieges, wie sie die Friedenszeit mit ihren normalen Lebensunterhaltungskosten nicht gekannt hatte.

Die geschilderte Einengung des *freien Spiels der Kräfte* wurde indessen durch eine andere Neuerung auf dem Gebiet der Tarifgemeinschaften ausgeglichen: durch deren erhöhte Förderung durch die Behörden. Zunächst bemühte sich das Reichsamt des Innern mit ersichtlich starkem Interesse darum die bedeutungsvollen zentralen Tarifverträge, die während der Kriegszeit abliefen, weiter zu erhalten. In einem Schreiben des Staatssekretärs des Innern vom 15. November 1915 an die Tarifvertragsparteien des Baugewerbes heißt es, die Vermeidung einer tariflosen Zeit liege im öffentlichen Interesse; er selbst wolle sich bemühen einem solchen mißlichen Zustand vorzubeugen. Dieser Vorsatz ist auch in die Tat umgesetzt worden. So versprach das Reichsamt des Innern »bei den Reichs- und Staatsbehörden dafür eintreten zu wollen, daß die in der Vereinbarung vorgesehenen Kriegsteuerungszulagen der Bauarbeiter den bauausführenden Mitgliedern des Arbeitgeberbundes in allen Fällen zurückerstattet werden, in denen der Bauvertrag vor dem Zustandekommen der Vereinbarung abgeschlossen ist«. Sodann aber, und das ist besonders bemerkenswert, griffen vielfach die Militärbehörden schaffend ein und förderten das Tarifvertragswesen teils durch Abschlüsse neuer Tarifgemeinschaften teils durch Einrichtung neuer Tarifvertragsinstitutionen. Es sei an die Verfügung des Oberkommandos in den Marken vom 21. Dezember 1915 erinnert, die allen Schneidermeistern und Zwischenunternehmern zwingend, unter Androhung von Strafe, die Anerkennung der Tarifvertragslöhne auferlegte, eine Verfügung, die in der Geschichte des deutschen Tarifvertrags eine klassische Berühmtheit behalten dürfte, auch wenn sie längst durch ein allgemeines Tarifvertragsgesetz überholt sein wird, das unter Umständen die Zwangsgeltung von Tarifen festsetzen kann. Durch eine Verordnung des preußischen Kriegsministeriums vom 22. Februar 1916 wurde der zunächst bis zum 31. März 1918 abgeschlossene Arbeitstarifvertrag im Sattler- und Lederausrüstungsgewerbe als »maßgebend« bezeichnet; Arbeitgeber, die ihn nicht anerkennen, dürfen Aufträge nicht mehr erhalten. Das sächsische Kriegsministerium verfügte, daß bei der Vergabung von Geschoßkorblieferungen die Arbeitgeber auf die Zahlung

der vom Holzarbeiterverband festgestellten Mindestlöhne verpflichtet werden. In mehreren Zweigen der Heimarbeit wurden erst auf Anregung und unter Mitwirkung der Militärbehörden Arbeitstarife eingeführt. Die preussische Heeresverwaltung förderte auch die Einsetzung von Schlichtungsausschüssen aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter zur praktischen Durchführung und Überwachung der Tariflohnsätze. Diese Ausschüsse sind mittlerweile zu hohem Ansehen und Erfolg gelangt.

Nachstehend eine kleine Übersicht, wie sich in den wesentlichsten Industriezweigen die Tarifverhandlungen gestalteten:

Im Baugewerbe haben die tariflichen Vereinbarungen eine ganz besondere Bedeutung, schon wegen der straffen Organisation, die hier sowohl bei Unternehmern wie bei Arbeitern besteht. Die Verhandlungen in diesem Gewerbe waren daher von hervorragendem Interesse. Mehrfach drohte eine tariflose Zeit. Es kam aber auch hier zu einem befriedigenden Ergebnis. Am 3. Mai wurde vereinbart, daß die Tarife bis zum 31. März 1917 verlängert werden sollten. Um ein weiteres Jahr sollten sie verlängert werden, wenn am 31. Dezember 1916 noch nicht mit einer der feindlichen europäischen Großmächte der Friede geschlossen sei. Zu den bisherigen tariflichen Stundenlöhnen sollten Kriegszulagen gewährt werden, die im ganzen auf 7,10 und 11 Pfennig pro Stunde steigen.

Bei den Buchdruckern wurde der mit Ende des Jahres 1916 ablaufende Tarif um 1 Jahr, also bis zum 31. Dezember 1917 verlängert. Der Tarifausschuß, in dem Unternehmer und Arbeiter vertreten sind, richtete an alle Arbeitgeber die dringende Bitte durch Gewährung besonderer Teuerungszulagen den Gehilfen entgegenzukommen.

Im Holzgewerbe einigte man sich im Herbst 1915 auf eine Verlängerung der ablaufenden Verträge, indem man beiderseits von einer Kündigung Abstand nahm. Die Vertragsbestimmungen einschließlich der Lohnsätze blieben unverändert, soweit nicht örtlich Teuerungszulagen vereinbart waren.

Für das Malergewerbe fanden im Januar Verhandlungen statt, die ebenfalls zur Verlängerung der bestehenden Verträge führten, hier aber unter Festsetzung von Teuerungszulagen im Betrag von 5 und 6 Pfennig pro Stunde.

Im Stuckgewerbe liefen die Verträge wie alle anderen im Baugewerbe am 31. März 1916 ab. Nach kurzen Verhandlungen kam man überein sie unverändert bis zum 31. März 1917 bestehen zu lassen. Nach verschiedenen Zeitabschnitten werden je nach der Größe der Orte 4 bis 11 Pfennig Zulage für die Stunde gewährt. Im Buchbindergewerbe wurde die schon ausgesprochene Kündigung aufgehoben und der Vertrag bis zum Friedensschluß, mindestens aber bis zum 1. Juli 1917 verlängert. Je nach der Höhe der bisherigen Löhne wurden Teuerungszulagen von 1 bis 6 Pfennig pro Stunde gewährt. Daneben wurde noch eine Reihe besonderer Bestimmungen getroffen; zum Beispiel wurde für verheiratete Gehilfen eine besondere Kinderzulage von 2 Mark monatlich, eine Zulage für Akkordarbeiter, die nicht 65 Pfennig pro Stunde erreichen usw., festgesetzt.

Das Tarifamt für Chemigraphen und Kupferdrucker empfahl bis zur Beendigung des Kriegszustandes neben den bisherigen Löhnen Zulagen bis zu 5 Mark für Gehilfen und 3 Mark für Hilfsarbeiter im Monat auszuzahlen.

Das Transportgewerbe ist wegen der außerordentlich verschiedenen Verhältnisse, namentlich auch wegen des Mangels einer zentralen Unternehmerorganisation, für Tarifgemeinschaften nicht recht geeignet. Die Tarife sind meist mit einzelnen Unternehmern abgeschlossen. Immerhin existiert auch eine Anzahl Tarife mit größerer Ausdehnung. Die bedeutungsvollste Tarifgemeinschaft ist wohl die in den Unterweserhäfen. Sie wurde mit Bewilligung von Teuerungszulagen, unter Verzicht auf irgendwelche Kündigung, auf 12 Monate über den Friedensschluß hinaus verlängert.

Die Steinsetzer verlangten Teuerungszulagen zu den tariflichen Lohnsätzen und erzielten eine Kriegszulage von 10% (oder im Durchschnitt von 7½ Pfennig pro Stunde), soweit der Reichsverband der Unternehmer dieses Gewerbes in Frage kommt. Die Abmachung hat Geltung bis 6 Monate nach Kriegsbeendigung.

Die Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter haben mit den Arbeitgebervereinigungen im Buchdruckgewerbe eine Anzahl von Tarifen abgeschlossen,

die bis Ende 1917 verlängert wurden. Daneben wurden Teuerungszulagen eingeführt, die für weibliche Hilfsarbeiter 5 bis 6 Mark pro Monat betragen. Im Korbmachergerwerbe kam im Jahr 1916 ein Reichstarif zustande. Es wurden ein Mindeststundenlohn von 50 Pfennig und eine Höchstarbeitszeit von 56 Stunden in der Woche, daneben viele Akkordlohnsätze usw. vereinbart. Im Portefeuille- und Reisewarengerwerbe wurden die Verträge, die am 30. Juni 1915 abliefen, um 1 Jahr verlängert. Die Löhne wurden erhöht. Im Dachdeckergerwerbe wurden die Verträge wie im Baugewerbe verlängert. Der Stundenlohn wurde um 11 Pfennig erhöht und beträgt nun 1 Mark. Im Schneidergerwerbe ist die allgemeine Neuordnung des Reichstarifvertrags, die im Jahr 1916 zu erfolgen hätte, verschoben worden. Inzwischen werden Lohnzulagen gewährt.

Die Tarife des Metallarbeiterverbandes mit den Klempner- und Installateurinnungen wurden um 1 Jahr verlängert. Die Gewährung örtlich festzusetzender Teuerungszulagen wurde empfohlen.

Die Tarifvertragsentwicklung ist also durch den Krieg nicht unterbrochen worden, hat vielmehr erst in ihm recht eigentlich die offizielle Anerkennung ihrer Bedeutung für die Förderung der Produktion überhaupt und damit für das Leben der gesamten Nation gefunden. In der Tat ist das Tarifvertragswesen wie keine andere Institution geeignet die wirtschaftliche Einheit der Nation zum Ausdruck zu bringen. Daß auch die Regierungen und die militärischen Instanzen diese seine Bedeutung erfaßt und sich daher um seine Erweiterung und Kräftigung bemüht haben, berechtigt zu der Hoffnung, daß auch nach Friedensschluß, wenn es gilt das Wirtschaftsleben der Nation neu zu formen, dem Tarifvertrag eine besondere Rolle zufallen wird. Die Idee, die ihm zugrunde liegt, ist über die Förderung des Klasseninteresses, so ausschlaggebend dieses auch als Beweggrund beim Abschluß der Verträge ist, hinausgewachsen; sie erweist sich mehr und mehr als grundlegend auch für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Volksganzen: in der Sicherstellung der Arbeit, in ihrer Intensivierung wie in ihrer Höherentwicklung zur Qualitätsleistung.<sup>3)</sup> Es ist deshalb zu verlangen, daß auch diejenigen Gewerbe in das Tarifvertragssystem einbezogen werden, die sich bis jetzt von ihm ferngehalten haben. Vor allem aber wird die Arbeiterklasse darauf Bedacht nehmen, daß die Gewerkschaften als Träger dieses Systems an Stärke und Stoßkraft ständig zunehmen. Auch dazu gehört in erster Linie, daß die Arbeiterklasse nicht durch eine unfruchtbare Politik der Negation ihre eigene Kraft lahmlegt. Sie muß mit Energie und ohne Scheu den Weg einer schaffenden Politik betreten.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Gewerkschaftsbewegung/Paul Kampffmeyer

**Internationale** In seiner Broschüre Internationale Verbindung der Gewerkschaften/Tübingen, Mohr/ beschreibt Genosse Dr. Adolf Braun die vielgestaltigen internationalen Beziehungen der Gewerkschaften zu einander. In dieser Hinsicht sind besonders wertvoll die Kapitel: Die

Reiseunterstützung, Die Arbeitsvermittlung, Streikprobleme, Unterstützung auswärtiger Streiks, Internationale Agitation, Gewerkschaftliche Anpassung, Die Schwierigkeiten der internationalen Gewerkschaften, Gegenseitige Beeinflussung der Gewerkschaften, Internationale gewerkschaftliche Freizügigkeit, Die gewerkschaftliche Internationale während des Kriegs. Aus der Beschreibung Brauns erfaßt man wohl die

<sup>3)</sup> Siehe auch Leipart Qualitätsarbeit und Arbeiterklasse, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 803 ff.



vielen gewerkschaftlichen Fäden, die sich von Nation zu Nation spannen, aber man erkennt nicht recht aus ihr deren Stärke und verbindende Kraft. Es waren doch vielfach recht dünne Spinnfäden, die leider bisher von den Gewerkschaften Deutschlands zu den Trade Unions Englands und zu den gewerkschaftlichen Syndikaten Frankreichs hinüberspielen. Im Weltkrieg zerflatterten sie daher leicht. Und das ist wirklich kein ruckweises katastrophales Zerreißen eines vielmaschigen stählernen Netzes zu nennen. Wohl waren im Jahr 1912 7 334 900 Gewerkschaftsmitglieder zu einer Internationale äußerlich zusammengereiht; aber diese hohe Ziffer darf uns nicht über die Geringfügigkeit der Gesamtleistungen dieser Internationale täuschen. Die internationalen Sekretariate waren im wesentlichen deutsche Produkte, von 32 Sekretariaten betätigten sich allein 27 in Deutschland. Die Berichterstattung der Sekretariate selbst war sehr bruchstückartig, weil die Gewerkschaften Englands und Frankreichs vielfach nur dürftige Mitteilungen über ihre Tätigkeit lieferten. In dem Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben der internationalen Berufssekretariate für 1912 fehlt bei 13 Sekretariaten jede Angabe über deren finanzielle Verhältnisse. Nicht einmal die Hälfte dieser Sekretariate buchte regelmäßige Jahresbeiträge. Für internationale Streiks und Aussperrungen flossen nicht einmal 80 000 Mark zusammen. Das ganze Ausgabebudget der Sekretariate bezifferte sich nur auf 168 203 Mark. Sehr betrübend waren die Erfahrungen, die die deutschen Gewerkschaften mit dem Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen mit den Trade Unions machten, die zur Begründung einer internationalen gewerkschaftlichen Freizügigkeit von ausschlaggebender Bedeutung sind. Man ziehe in diesem Punkt die Erfahrungen der deutschen Metallarbeiter und deutschen Buchdrucker heran (siehe auch meinen Artikel Die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 3. Band, pag. 1185 ff.). Braun spricht mit Recht von den außerordentlichen Leistungen der deutschen Gewerkschaften für die Lohnkämpfe der Internationale, und er fügt hinzu: »Vielfach wird dabei mit einer starken Dosis von Tadel bemerkt, daß die deutschen Gewerkschaften ganz unverhältnismäßig große Summen für internationale Zwecke geleistet haben, wäh-

rend die anderen Gewerkschaften sich mehr mit billigen Sympathiekundgebungen als mit in die Augen fallenden und praktisch noch wirksameren materiellen Leistungen bemerkbar gemacht haben. Die tatsächliche Feststellung ist durchaus richtig, und wer an moralischen Wertungen besonders Gefallen findet, wird hieraus naheliegende Schlüsse ziehen.« Braun will sich nun zwar in der ökonomischen Betrachtung stets von Werturteilen ferngehalten haben, aber er prägt doch hier gerade selbst Werturteile über diese Leistungen der deutschen Gewerkschaften; denn er sieht in ihnen ein Zeichen ihres Entwicklungsgangs zur Reife, ihrer finanziellen Kraft und ihrer höhern Einsicht wie der besseren Durchbildung. Und diesem moralischen, die Qualitäten der deutschen Gewerkschaften abschätzenden Urteil schließt er noch ein weiteres an: An Stärke und finanzieller Kraft waren in Europa mit den deutschen Gewerkschaften bloß die Trade Unions vergleichbar, aber sie haben noch einen weiten Weg zu machen, bis sie zu der Zentralisation der deutschen Gewerkschaften gelangen werden. Wie weit die geistige Beeinflussung ihrer Mitglieder von denen der deutschen Gewerkschaften entfernt ist, zeigt ein Vergleich des Inhalts und der Art der gewerkschaftlichen Fachorgane in deutscher und in englischer Sprache. Das Verständnis für die Verhältnisse des Auslands und für die wirtschaftlichen Zusammenhänge der eigenen Arbeiterklasse mit der Lage und mit den Entwicklungstendenzen der Arbeiterklasse anderer Länder ist in Deutschland, wenn auch absolut sicherlich nicht genügend, so relativ sehr gut in den Gewerkschaften entwickelt, während es in der englischen Arbeiterschaft, deren geistiges Leben zuletzt infolge des Sports sehr ungenügend geweckt ist, nur spurenhaft zu finden ist.« Das ist ein sehr richtiges Urteil, wenn es nun auch schon ein Werturteil ist. Die Tendenz der Braunschen Schrift ist durchaus zu billigen. Wir alle wollen die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften zielklar gefördert wissen. Die alte Internationale ist in der Tat keineswegs »ausgerottet«; nur einige, bisher recht dünne Verbindungsfäden sind gelockert oder auch vorläufig gelöst. Mit der Rückkehr des Friedens jedoch wird, da ist dem Genossen Braun völlig beizustimmen, »die Möglichkeit gegeben sein die Internationale der Gewerkschaften anzuknüpfen an die unzer-

störbaren und im Frieden zu neuer Wirksamkeit gedeihenden internationalen Einrichtungen der Gewerkschaften«. Wir müssen aber zum weitem Ausbau des gewerkschaftlichen Internationalismus vor allem eine gewisse internationale Übereinstimmung in der Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen suchen.

X

**Verfassung**

X

Die Verfassung der deutschen Gewerkschaften baut sich durchweg auf breiter demokratischer Grundlage auf. Und diese Basis ist vielfach in letzter Zeit aus übertriebenen Bedenken gegen den Einfluß eines fest angestellten Beamten-tums noch beträchtlich erweitert worden. Da wurde in den Mitgliederversammlungen das Recht der Mitglieder die Aktiven der Gewerkschaften selbständig, ohne Zwischeninstanzen, zu bestimmen mit besonderm Nachdruck betont, da wurde die Forderung auf Einführung von Urabstimmungen erhoben und die Vermehrung der Mitgliedervertreter in den Verbandsinstanzen sehr entschieden verlangt. Nun ist es aber ein höchst charakteristisches Merkmal der Gewerkschaftsdemokratie, daß die den Mitgliedern zustehenden Verfassungsrechte von diesen in völlig unzureichender Weise zur Wahrung wichtiger Verbandsinteressen benutzt werden. So erfolgten jüngst in dem Schuhmacherverband die Delegiertenwahlen zu der Generalversammlung unter direkt erschreckend geringer Beteiligung. Der Verband hat zur Vornahme der Wahl 8 Bezirke mit 17 Wahlkreisen ins Leben gerufen. Auf je 500 Mitglieder entfällt 1 Delegierter. Von 15 800 Beitragsmitgliedern wählten nur 2850 oder 18 % der Wahlberechtigten. In Nürnberg (dem Sitz des Verbandes) wählten von 759 wahlberechtigten Mitgliedern nur 59, im Weißenfelder Bezirk von 1144 Mitgliedern nur 54. Zu diesen betrübenden Resultaten der Wahlbeteiligung bemerkt mit Recht der Lederarbeiter vom 12. Mai 1916: »Es ist unerfreulich sehen zu müssen, wie wenig Interesse die Gewerkschaftsmitglieder ihren wichtigsten Angelegenheiten, ihren heiligsten Rechten und Pflichten entgegenbringen. Aber es ist notwendig den Finger in diese Wunde zu legen und immer wieder zu ermahnen die demokratischen Rechte nicht nur als ein leicht Funken fangendes Gesprächs- und Debatthema zu behandeln sondern auf deren Betätigung, auf die Erfüllung der demokratischen Rechte und Pflichten

hinzuweisen. Es ist jedenfalls kein Fehler jetzt, wo das starke Wort in manchen Arbeiterkreisen eine so große Rolle spielt, an Beispielen zu zeigen, wie es um die Welt in Wirklichkeit aussieht, und wieviel noch zu tun übrigbleibt, bis alle diejenigen wahre Demokraten sind, denen das Wort Demokratie so leicht von der Zunge fließt. Und immer noch bleibt es wahr, daß, wer die Welt revolutionieren und bessern will, den Hebel zunächst bei sich selbst anzusetzen hat.«

X

**Berufsberatung**

X

Im April dieses Jahres erließ die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an die Zentralvorstände der Verbände und an die Arbeitersekretariate eine Rundfrage darüber, ob die Gewerkschaften bereits allein oder gemeinsam mit den Unternehmern Veranstaltungen zur Berufsberatung getroffen hätten. Ferner ersuchte sie um die Beantwortung der Frage, ob die Gewerkschaften eine Mitarbeit auf diesem Gebiet für möglich und nützlich hielten. Das Resultat dieser interessanten und wichtigen Rundfrage beleuchtet nun Johann Sassenbach im Korrespondenzblatt der Generalkommission vom 24. Juni 1916. Er stellt zunächst fest, daß keine einzige Stelle sich grundsätzlich gegen die Schaffung von Berufsberatungsstellen für Schulentlassene gewandt hat. Man betont zwar teilweise die Schwierigkeit, erklärt sich aber zur Mitarbeit bereit und macht auch vielfach praktische Vorschläge. Nur Essen verneint die Möglichkeit und Zweckdienlichkeit einer gewerkschaftlichen Betätigung auf diesem Gebiet. Die Ausführungen der verschiedenen Instanzen der deutschen Gewerkschaftsbewegung über die Frage der Berufsberatung bringt Sassenbach schließlich auf folgende Formel: »Die Berufsberatung hat vor der Schulentlassung zu erfolgen. Sie ist eine Einrichtung der Schule, doch sind ärztliche Berater und Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen heranzuziehen. Ein Zwang zur Benutzung der Berufsberatung ist abzulehnen. Die freien Gewerkschaften erklären sich zur Mitarbeit bereit.«

X

**Ausländische Arbeiter**

X

Der Grundstein gibt an leitender Stelle eine Einsendung aus Mitgliederkreisen wieder, die sich mit der Zuwanderung ausländischer Arbeiter befaßt. Mit dem Friedensschluß werden massenhaft ita-

liensische Bauarbeiter wieder Deutschland überfluten. Die Organisationsarbeit unter den Italienern sei vielfach erfolglos gewesen. Italienische Arbeiter aus der Romagna gehören wohl den Organisationen der republikanischen Partei Italiens an, nicht aber den gewerkschaftlichen Verbänden. Die Einsender bekennen sich zu dem Grundsatz: »Zuerst und vor allen Dingen kommt der einheimische Arbeiter, der beschäftigt werden muß. Erst wenn keine deutschen Arbeiter mehr zu haben sind, dürfen nach vorheriger Verständigung mit dem Verband Ausländer eingestellt werden.« Schließlich stellen die Einsender für die Gewerkschaftspolitik in der Ausländerfrage folgende leitenden Sätze auf: »Die deutschen Gewerkschaften müssen ihre bisherige Haltung in der Ausländerfrage von Grund aus ändern. Sie müssen einmal ihren Einfluß bei der Regierung geltend machen zur Erreichung von gesetzlichen Maßnahmen, die die Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte so regeln, daß den Einheimischen kein Schaden erwächst. Sodann müssen die Tarifverträge zur Lösung der schwierigen Frage herangezogen werden, indem in ihnen das selbstverständliche Recht der deutschen Arbeiterschaft auf Bevorzugung bei Besetzung der Arbeitsplätze festgelegt wird. Und endlich müssen die deutschen Gewerkschaften dazu übergehen der Ausländerfrage, oder besser gesagt -plage, ohne die herkömmliche Sentimentalität gegenüberzutreten. Wir wollen in Zukunft jeden Ausländer, der mit dem Verbandsbuch seiner heimatlichen Organisation zu uns kommt, wie bisher mit offenen Armen aufnehmen. Aber die unorganisierte Masse der Ausländer wollen wir als das betrachten, was sie in Wirklichkeit ist, als Gegner, denen wir überall und bei jeder Gelegenheit rücksichtslos entgegenzutreten wollen. Wir werden damit nur das tun, was in anderen Ländern (in England, Frankreich und Amerika) schon lange von den Gewerkschaften geübt worden ist.« Zu diesen leitenden Sätzen erklärt die Redaktion des Grundsteins, sie könne sich nicht mit jedem Wort des Verfassers einverstanden erklären. Eine ähnliche Auffassung vertritt das Korrespondenzblatt der Generalkommission, das die Grundtendenz dieser Ausführungen der Beachtung wert findet.

In der Gewerkschaftlichen Rundschau, dem Publikationsorgan des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, be-

zeichnet Z. den Ruf nach gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Einwanderung von ausländischen Arbeitern als einseitig und reaktionär. Die Regierungen der anderen Länder würden überdies auch mit den gleichen Maßnahmen gegen die Einwanderung von deutschen Arbeitern antworten. Der Gedanke an gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Masseneinwanderung sei »utopisch«, weil der kapitalistische Klassenstaat nie den Zufluß der ausländischen Elemente der Reservearmee sperren würde. Nur die proletarische internationale Agitations- und Organisationsarbeit könne auf diesem Gebiet erfolgreich wirken (siehe dazu auch die Rundschau Sozialpolitik, 1916, 1. Band, pag. 341).

Metallarbeiter- Am 1. August feierte der  
 jubiläum Deutsche Metallarbeiter-  
 verband sein 25jähriges  
 Verbandsjubiläum. Bis zum Fall des Sozialistengesetzes blieben die Organisationen der Metallarbeiter in den günstigen Anfängen stecken. Dem Industrieverband gingen voraus die 1868 gegründete Allgemeine Deutsche Metallarbeiter-schaft und die 1869 ins Leben gerufene Gewerksgenossenschaft deutscher Metallarbeiter von Nürnberg. Beide Gewerkschaften verbanden sich zur Internationalen Metallarbeiterschaft, der spätern Metallarbeitergewerksgenossenschaft. Eine wichtige Phase der Entwicklung der Metallarbeiterorganisationen leitete die von Grillenberger und Scherm 1883 geschaffene Metallarbeiterzeitung ein. Eine 1884 gegründete Zentralorganisation wurde durch das Sozialistengesetz erdrosselt. Am 4. Juni 1891 entschied sich der Metallarbeiterkongreß mit 104 gegen 20 Stimmen für die Errichtung eines Industrieverbandes auf zentraler Basis. 180 Fachvereine lösten sich auf und traten dem Deutschen Metallarbeiterverband bei. Am Schluß des Gründungsjahrs 1891 vereinigte dieser Verband in sich 23 205 Mitglieder. Von 1896 an setzte der rapide Aufstieg des Verbandes ein: 1900 zählte er über 100 000 Mitglieder, 1905 259 692, 1910 424 016 und 1911 überschritt er eine halbe Million. Mit berechtigtem Stolz kann der Deutsche Metallarbeiterverband bei seiner Vierteljahrhundertfeier auf seine grandiosen Leistungen hinweisen. In dieser Zeit nahm er rund 145,1 Millionen Mark ein und verausgabte über 102,2 Millionen Mark. Seit 1891 flossen für Streikunterstützung 30 Millionen, für Reise-

und Umzugsunterstützung 5,6, für Arbeitslosen- und Erwerbslosenunterstützung mehr als 52 Millionen Mark. Ungeheure Blutopfer brachte der Metallarbeiterverband im Weltkrieg. Über 13 000 Verbandsmitglieder fielen, und 300 000 sind bisher ins Feld gerückt. Seit 1891 liegt die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbands in den Händen des bewährten Vorsitzenden Alexander Schlicke.

× Vorstandskonferenz ×  
 Am 15. und 16. Juni berieten die Vertreter der gewerkschaftlichen Verbandsvorstände eine Reihe wichtiger organisatorischer, sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Fragen. Die Konferenz begrüßte die vom Reichstag am 5. Juni dieses Jahres beschlossene Novelle zum Reichsvereinsgesetz, die nach ihrem Wortlaut und den von der Regierung beigegebenen Begründungen den Gewerkschaften eine größere Bewegungsfreiheit gewährleistet. Die Konferenz billigte das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei Beratung und Verabschiedung dieser Novelle. Eingehend wurden die Fragen der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und der Regelung des Lehrlingswesens diskutiert. Über die Volksernährung im Krieg berichtete Robert Schmidt. Zur Beseitigung der Mißstände wurden folgende Forderungen von der Konferenz erhoben: »1. Aufhebung aller Sonderbestimmungen von Bundesstaaten, Kreisen und Gemeinden, namentlich der Ausfuhrverbote. 2. Gezielte Preisfestsetzung für Produzenten, Groß- und Kleinhandel für das ganze Reich, Preise, die auch für die Minderbemittelten erschwinglich sind. 3. Beschlagnahme und öffentliche Verteilung der in nicht genügenden Mengen verfügbaren Lebensmittel, ohne Rücksicht auf Erzeuger, Händler oder ungebührlich versorgte Privathaushaltungen. 4. Verteilung nach einheitlichen Grundsätzen, wobei die Ernährung der schwerarbeitenden Berufskreise besonders berücksichtigt werden muß. 5. Die Schädlinge an der Volksernährung (Spekulation, Kettenhandel, Nahrungsmittelverfälschung) müssen rücksichtslos ausgeschaltet und der Hamsterei mit allem Nachdruck entgegengetreten werden. 6. Vertrieb der wichtigsten Nahrungsmittel durch gemeinnützige Gesellschaften und Gemeinden. Einrichtungen für Massen-speisung.«

**Kurze Chronik** Am 25. Juli erließen der sozialdemokratische Parteivorstand und die General-kommission der Gewerkschaften Deutschlands einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen, in dem sie vor dem Treiben der im Dunkel der Anonymität wirkenden Generalstreik apostelwarnten. Der Aufruf schloß mit den Worten: »Arbeiter, steht treu zu Euren Organisationen und weist alle Zersplitterungsversuche zurück!« × Eine außerordentliche Konferenz der Vertreter der englischen Gewerkschaften am 18. Juli beschloß auf alle allgemeinen und lokalen Feiertage, die eine Unterbrechung der Geschloßerzeugung mit sich bringen, zu verzichten, bis die Zeit gekommen sei, wo die militärische Lage es gestatten wird die Feiertage zu begehen.

× **Literatur** ×  
 In dem Schriftchen Kriegsinvaliden und Gewerkschaften /Berlin, Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften/ hat Theodor Leipart ein treffliches Informationsmaterial für die in der praktischen Organisation der Kriegsinvalidenfürsorge tätigen Vertreter der Gewerkschaften zusammengestellt. In erster Linie sind in der Leipartschen Broschüre die Interessen der dem Arbeiterstand angehörigen Kriegsinvaliden berücksichtigt. Aber die Frage der Kriegsinvalidität greift ja in die deutsche Volkswirtschaft ganz allgemein hinüber. Die deutschen Gewerkschaften haben weit über eine Million ihrer Mitglieder für den Heeresdienst gestellt, und indem sie (das ist eine unerläßlich sozialgewerkschaftliche Ehrenpflicht) für die als Invaliden heimkehrenden Mitglieder sorgen, erfüllen sie zugleich eine große volkswirtschaftliche und soziale Aufgabe. Die gewerkschaftliche Fürsorge für die Kriegsinvaliden, schreibt Leipart, »muß mindestens da beginnen, wo diejenige der staatlichen Organe und der Wohltätigkeit aufhört, das heißt in dem Augenblick, wo der geheilte Soldat seine Uniform mit dem Arbeiterrock vertauscht und dem Unternehmer seine Arbeitskraft verkaufen muß. Besonders beachtenswert sind in der Leipartschen Schrift die Kapitel Die Organisation der Fürsorge und Interesse und Aufgaben der Gewerkschaften. In einem Anhang sind die Richtlinien für die zweckmäßigen Einrichtungen der Organisation klar in den Vorschlägen gezogen, die von den Vertre-

tern der Angestellten- und Arbeiterorganisationen unter Mitwirkung der Generalkommission der Gewerkschaften an den Landesdirektor der Provinz Brandenburg eingereicht worden sind.

### Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

**Internationale** Der 18. Bericht des Internationalen Genossenschaftsbundes, der die Zeit von Januar 1913 bis Dezember 1915 umfaßt, ist kürzlich vom Leitenden Ausschuß veröffentlicht worden. Anderthalb Jahre von den dreien, über die sich der Bericht erstreckt, standen im Zeichen des Weltkriegs, dessen prinzipielle Bekämpfung der Bund als eine seiner idealsten Aufgaben betrachtet. Noch auf dem Glasgower Genossenschaftskongreß des Jahres 1913 wurde einstimmig eine begeisterte Friedensresolution angenommen, die leider so bald durch die Tatsachen überrannt werden sollte. Das hat indessen die Leitung des Bundes nicht verhindert weiter mit allen Kräften an der Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen den Genossenschaften der einzelnen Länder zu arbeiten, und wie der Bericht mitteilen kann, ist ihr dies auch im allgemeinen gelungen. So erhielt der in England ansässige Ausschuß fortlaufend die Organe der französischen, deutschen, schweizerischen und russischen Genossenschaftsverbände, während einzig aus Österreich infolge der sehr strengen Zensur und des Ausfuhrverbots keine Zeitungen zu erlangen waren. Am ungehindertsten blieb naturgemäß der Verkehr mit Holland und Frankreich. Als eine Friedensarbeit kann man es auch betrachten, daß der Bund dem von der Gesellschaft der Freunde gegründeten Unterstützungskomitee zugunsten der durch den Krieg in Not geratenen Angehörigen von Deutschen, Österreichern und Ungarn einen Beitrag von 320 Pfund Sterling gewährte, der allerdings nur einen kleinen Bruchteil der 30 000 Pfund betragenden Gesamtausgaben des Komitees ausmacht. Ferner veranlaßte der Generalsekretär des Bundes, daß den serbischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die unter diesem Krieg und den Nachwehen der Balkankriege schwer zu leiden hatten, von dem Britischen landwirtschaftlichen Unterstützungskomitee für die Alliierten Hilfe gebracht wurde. Die Veröffentlichung des Internationalen Genossenschaftsbulletins wurde nach Ausbruch des Krieges zunächst auf die

englische Ausgabe beschränkt. Doch übernahm der deutsche Genossenschaftsverband bereits im September 1914 und der französische Anfang 1915 den Druck und die Veröffentlichung der deutschen und der französischen Ausgabe auf eigene Kosten, so daß das Bulletin seitdem wieder in der alten Form erscheint; ein Band und Bote zwischen den Genossenschaften der feindlichen Länder. Die Ausgabe eines neuen Jahrbuchs ist durch den Krieg zunächst hinausgeschoben worden.

In den Jahren 1913 und 1914 war der Bund auf den meisten europäischen Genossenschaftskongressen vertreten; 1915 mußte er sich mit einer Beschickung der britischen Tagung begnügen. Während der 3 Berichtsjahre wurden 99 Vereine und 1 Verband (der der holländischen Arbeiterkonsumgenossenschaften) in den Bund aufgenommen, während 14 Genossenschaften und 1 Verband (der der westdeutschen Konsumvereine) aus ihm ausschieden. Der Verkauf von Broschüren und Flugschriften ist naturgemäß infolge des Krieges stark zurückgegangen. Dagegen hat die Finanzlage des Bundes weniger gelitten als man hätte erwarten können. Die 3 Berichtsjahre weisen an Beiträgen und freiwilligen Zuwendungen den Betrag von 4302 Pfund Sterling auf. Deutschland ist daran mit 608 Pfund beteiligt, womit es hinter England, das 2015 Pfund leistete, an zweiter Stelle steht.

Das letzte Jahr brachte dem Bund einen traurigen Verlust durch den Tod Shillitos, der Mitglied des Zentralkomitees war.

Der vom Vorsitzenden Aneurin Williams und dem Generalsekretär Henry J. May unterzeichnete Bericht schließt mit den hoffnungsfrohen Worten: Es ist unsere Aufgabe jetzt und nachher zusammenzuhalten, unsern Blick unverwandt auf das hohe Ideal des Friedens und der Genossenschaft unter den Nationen zu richten und nicht eher zu ruhen, als bis wir die Völker der Erde seiner Herrschaft unterstellt haben.«

Der am 19. und 20. Juni in Hannover abgehaltene 13. Genossenschaftstag des Zentralverbands deutscher Konsumvereine hielt seine Sitzungen, wenn auch in erster, so doch keineswegs in gedrückter Stimmung ab. Der Generalsekretär Heinrich Kaufmann konnte in seinem Bericht darauf hinweisen, daß die Zahl der angeschlossenen Konsum-

vereinsmitglieder von 1 718 000 auf 1 850 000 oder um 132 000 Familien gestiegen sei, und daß der Umsatz, der im Vorjahr im eigenen Geschäft rund 500 Millionen Mark betragen hatte, sich im Berichtsjahr etwa auf gleicher Höhe erhalten hätte, trotz der Abwesenheit von 1 Million der kräftigsten Konsumenten. (Allerdings entspricht, infolge der erhöhten Warenpreise, dieser Geldsumme nicht das gleiche Warenquantum.) Daß unter den Mitgliedern im allgemeinen keine Not vorhanden ist, beweist die Tatsache, daß die Spareinlagen, einschließlich der Hausanteile, sich im letzten Jahr um 5 Millionen auf 91 Millionen vermehrt haben.

Kaufmann begrüßte die Berufung Dr. Müllers in das Kriegsernährungsamt als eine offizielle Anerkennung der genossenschaftlichen Organisation und forderte die Vertreter der Konsumvereine auf Dr. Müller in seiner Tätigkeit zu unterstützen, indem sie den Vorstand des Zentralverbands über alle wichtigen Vorgänge auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung informieren. Dr. August Müller sprach sodann über die Kriegsmaßnahmen des Zentralverbands. Er legte seinen Ausführungen eine Resolution zugrunde, die die Errichtung des Kriegsernährungsamtes begrüßt und im wesentlichen die selben Grundsätze ausspricht, die bereits in der in dieser Rundschau (in diesem Band, pag. 586) wiedergegebenen Eingabe an den Reichskanzler ausgesprochen wurden. Durch ein Rundschreiben hat der Vorstand die Verbandsvereine aufgefordert Unterlagen für eine Darstellung der Preisbewegung während des Krieges zu sammeln. Im übrigen gab sich der Referent einer verhältnismäßig optimistischen Auffassung über die weitere Gestaltung unserer Nahrungsmittelversorgung hin; das Schlimmste läge jedenfalls hinter uns. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Adolph von Elm referierte sodann über die Errichtung einer Arbeitsvereinigung mit den Gewerkschaften, betreffend die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer aus den genossenschaftlichen Betrieben (siehe diese Rundschau, 1916, 1. Band, pag. 393). Die Vereinbarung, die bereits die Zustimmung der leitenden Organe des Zentralverbands sowie aller beteiligten Gewerkschaften gefunden hat, wurde auch vom Genossenschaftstag einstimmig angenommen.

Der andere Verhandlungstag brachte ein Referat Hugo Bästleins über die Rück-

vergütung und den Sparrabatt der Konsumvereine für das laufende Geschäftsjahr. Bästlein bezeichnete es als besonders erforderlich kräftige Abschreibungen vorzunehmen, die Reserven reichlich zu bedenken und die Bilanzen vorsichtig und gewissenhaft aufzustellen. Für die Überweisung eines Konsumvereins an einen andern stellte Liebmann (Mainz) eine Reihe von Grundsätzen auf, die die Zustimmung des Genossenschaftstages fanden. Mitteilungen über den internationalen Genossenschaftstag machte Heinrich Lorenz (siehe oben den Abschnitt Internationale sowie schon vorher diese Rundschau, 1915, 3. Band, pag. 1366). Nachdem anfangs auch in den Diskussionen der Genossenschaftler die nationale Leidenschaft öfter zum Durchbruch gekommen wäre, sei im letzten Jahr jede verletzende Art aus diesen Diskussionen verschwunden. Zum Schluß berichteten noch Dr. Müller über die Fortbildungskommission und die Tätigkeit des Tarifamtes, Kaufmann über die Unterstützungskasse des Zentralverbands, von Elm über den Ausschuß.

Aus den Verhandlungen der 22. Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft, die sich, wie stets, an den Genossenschaftstag schloß, ist nichts Besonderes hervorzuheben. Die wichtigsten Zahlen des Geschäftsberichts sind in dieser Rundschau (1916, 1. Band, pag. 392 f., und in diesem Band, pag. 586 f.) bereits mitgeteilt.

Am 21. Juni hielt auch die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine ihre 4. ordentliche Generalversammlung ab. Der Geschäftsführer Bästlein berichtete über das Geschäftsjahr 1915. Der Umsatz betrug 3 856 932 Mark gegen 4 222 419 Mark im Jahr 1914. Dieser erhebliche Rückgang entfällt zum größten Teil auf die Versicherungsabteilung. Da 1916 die erhöhten Tagespreise in Kraft traten, während für 1915 noch alte Schlüsse vorlagen, so ist zu hoffen, daß trotz vermindertem Bedarf an Papier und Tüten das laufende Jahr wieder den Umsatz auf die alte Höhe heben wird, besonders wenn die Konsumvereine etwas mehr genossenschaftliche Treue zeigen und ihren gesamten Bedarf an Papierwaren von der Gesellschaft beziehen würden. Die Auflage des Konsumgenossenschaftlichen Volksblatts hat sich von 700 000 bei Kriegsbeginn auf 600 000 am 1. Juni 1916 vermindert.

**Volksfürsorge** Am 22. Juni trat in Hamburg die 3. Generalversammlung der Volksfürsorge zusammen, um den vom Geschäftsführer von Elm erstatteten Geschäftsbericht entgegenzunehmen. Die Lage der Volksfürsorge ist durch den Krieg besonders schwierig geworden, um so mehr, als es sich um ein noch so junges Unternehmen handelt. Tausende von Vertrauenspersonen wurden einberufen; seit Kriegsausbruch mußten nicht weniger als 458 Rechnungsführer neu eingearbeitet werden. Auch die Werbearbeit mußte anfangs stark eingeschränkt werden; doch konnte sie im laufenden Jahr, und zwar mit bestem Erfolg, wieder in größerem Umfang aufgenommen werden. In der Volksversicherung gingen im Berichtsjahr 10 569 Anträge ein, so daß mit den aus dem Vorjahr übernommenen 516 Anträgen insgesamt 11 085 Versicherungsanträge zu erledigen waren. Von diesen Anträgen wurden 9183 Kapitalversicherungen mit einer Versicherungssumme von 2 214 716 Mark, 1499 Sparversicherungen und 19 Risikoversicherungen mit einer Versicherungssumme von 10 952 Mark, also insgesamt 10 701 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 2 225 668 Mark abgeschlossen, während 154 Anträge mit einer Versicherungssumme von 18 651 Mark abgelehnt wurden.

Der Versicherungsbestand am Ende des Jahres 1915 ergab folgendes: 105 103 Kapitalversicherungen mit einer Versicherungssumme von 22 699 419 Mark, 64 508 Sparversicherungen mit einer Summe von 1 207 354 und 1701 Risikoversicherungen mit einer Summe von 567 156 Mark, insgesamt also 171 293 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 24 473 929 Mark. Die Prämieinnahme betrug 1 924 848, die Einnahme aus Zinsen 148 934 Mark. Die Versicherungsleistungen waren gegenüber dem Vorjahr nicht unwesentlich erhöht. Die Zahl der Sterbefälle, für die Leistungen gewährt wurden, stieg von 111 auf 222, die zu leistende Zahlung infolgedessen von 14 507 auf 90 333 Mark. Trotzdem blieb ein Sterblichkeitsgewinn von 79 163 Mark. In der Kriegsversicherungskasse waren bis zum Ende des Geschäftsjahrs 44 275 Personen, mit 64 711 Anteilen, auf die 323 555 Mark eingezahlt waren, versichert. In 89 Fällen wurden an Hinterbliebene von versicherten Kriegsteilnehmern für insgesamt 196 Anteile 4885 Mark, also zunächst rund 25 Mark

pro Anteil, als Vorausbezahlung geleistet. Die endgültige Regelung kann, da es sich hier um eine reine Gegenseitigkeitsversicherung handelt, natürlich erst nach Kriegsende stattfinden. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Überschuß von 148 816 Mark ab. Davon sind 5 % dem gesetzlichen Reservefonds zuzuweisen. Die gleiche Summe entfällt statutarisch auf den Organisationsfonds, den Fonds für besondere Reserven und den Kriegsreservefonds. Da die Aktionäre wie in den Vorjahren so auch diesmal auf eine Verzinsung des Aktienkapitals verzichten, so wurden die dafür bereitstehenden 40 000 Mark gleichfalls dem Kriegsreservefonds zugeschrieben, wodurch der für die Hinterbliebenen der im Krieg gefallenen Teilnehmer zur Verfügung stehende Fonds sich auf 99 341 Mark erhöht.

Durch höchstrichterliche Entscheidung ist bestimmt worden, daß der Erwerb von Aktien der Volksfürsorge durch Genossenschaften den Genossenschaftsgesetzen widerspräche (siehe die Rundschau Rechtswissenschaft, in diesem Band, pag. 770 f.). Die Begründung des Urteils, die der Volksfürsorge einen gemeinnützigen Charakter zuerkennt, bildet immerhin ein Ehrenzeugnis für den genossenschaftlichen Geist, sowenig uns der materielle Inhalt des Urteils befriedigen kann.

× **Kurze Chronik** Besonders stark hat die französische Genossenschaftsbewegung unter dem Einfluß des Krieges zu leiden gehabt, zumal ein großer, und zwar der weitestentwickelte Teil der Bewegung in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten liegt. Der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft hat sich dadurch von 15 Millionen Francs im Jahr 1914 auf 8 bis 9 Millionen Francs im Jahr 1915 erniedrigt. Der Nationalverband der Konsumvereine hat sich mit der Partei und den Gewerkschaften zusammengesetzt, um eine Reihe von Maßnahmen zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung durchzuführen. In Paris haben die Konsumvereine die Kontrolle des Milchverkaufs übernommen; auch haben sie die Militärbehörden, die anfangs von gewissenlosen Händlern ausgebeutet wurden, mit Waren in gutem Zustand und zu angemessenen Preisen versorgt. Am 15. Dezember 1915 hat die Deputiertenkammer den Arbeiterproduktivgenossenschaften und den Arbeiterkreditgenossenschaften Darlehen

aus öffentlichen Mitteln bis zur Höhe von 2,4 Millionen Francs gewährt. × In Italien bestanden am 30. Juni 1915, der amtlichen Statistik zufolge, 2283 Konsumvereine, 2086 Arbeitsgenossenschaften, 1317 landwirtschaftliche Genossenschaften, 1020 gewerbliche Produktivgenossenschaften, 690 Baugenossenschaften, 170 Versicherungsgenossenschaften, 324 Genossenschaften verschiedener Art. Die meisten Genossenschaften, nämlich 1438, sind in der Lombardei zu finden; es folgen Emilia mit 1809 und Piemont mit 623 Genossenschaften.

### Geistige Bewegung / Herman Kranold

Krieg und Erziehung

Je länger der Krieg dauert, desto stärkern Einfluß übt er auf die

Probleme der Erziehung und besonders der künftigen Gestaltung des deutschen Schulwesens. Zahlreiche Publikationen legen Zeugnis davon ab. Aber die Stimmen, die uns aus diesem literarischen Orchester entgegenschallen, sind durchaus nicht von einheitlichem Klang. Die einen sehen im großen und ganzen in dem bisherigen Verlauf der Kriegsergebnisse eine neue Bestätigung der unübertroffenen Güte unserer öffentlichen und privaten Erziehung, besonders unserer Schulen. So schreibt der katholische Würzburger Professor Remigius Stölzle (Neudeutschland und die vaterländische Erziehung der Zukunft /Paderborn, Schöningh/): »Haltet fest an der alten Erziehung. Sie hat nächst anderen Faktoren auch zu den Siegen von Königgrätz, zu den Siegen von Sedan geführt, sie hat sich auch im großen Weltkrieg bewährt und die Probe im Kampf gegen eine Welt von Feinden bestanden.« Dagegen enthält das außerordentlich interessante, von dem Geheimen Oberregierungsrat Dr. J. Norrenberg herausgegebene Sammelwerk Die deutsche höhere Schule nach dem Weltkriege /Leipzig, Teubner/, zu dem zahlreiche Schulgeheimräte und Direktoren höherer Schulen beigetragen haben, tiefgreifende Reformvorschläge, so sehr es im ganzen die konservative Richtung unter den Schulmännern vertritt. Der eigentliche Leitaufsatz des Werks, Gedanken über die Form der deutschen höhern Schule, von dem bekannten Münchener Pädagogen Aloys Fischer, einem Schüler Theodor Lipps', ist sogar, wie wir noch sehen werden, recht radikal in seinen Neuerungsvorschlägen. Wie sehr auf der andern

Seite die pädagogische Linke Neuorientierung der Erziehung jetzt gerade erst recht fordert, kann man zum Beispiel an der von Gustav Wyneken redigierten, zum größten Teil auch geschriebenen Zeitschrift Die Freie Schulgemeinde /Jena, Diederichs/ sehen.

Jedenfalls gibt der Krieg Gelegenheit gründlicher als bisher über Wert und Unwert unserer bisherigen Erziehung nachzudenken, und man muß gestehen, daß diese auch vielfach wahrgenommen wird. Dabei kommt man freilich zu ganz verschiedenen Ergebnissen, je nach dem Standpunkt, von dem man ursprünglich ausgeht. Der ehemalige Rektor August Grünweller hat gleich 2 Flugschriften zur Verteidigung der konfessionellen Volksschule im Krieg /Elberfeld, Burchardt/ geschrieben: eine kleinere, Krieg und Ideale, und eine sehr ausführliche, Der Krieg als Volkserzieher und die Volksschule, in der er sagt: »Auch in diesem blutigen Kriege dürfen wir die heilsame und züchtigende Gnade unseres Gottes spüren. Und darum dürfen wir den Krieg als Erzieher betrachten.« Oder man sieht den Krieg als einen Erzieher zu deutscher Gesinnung an, wie Hugo Bonitz (Krieg und Volkserziehung /Leipzig, Klinkhardt/): »Der Krieg ist weit mehr als eine Probe auf die Waffentechnik und Waffenführung. Er ist eine Generalprobe auf den Generalgehalt des Menschlichen in einem Volk: Intelligenz, Sittlichkeit, Gesundheit, Wirtschaftlichkeit, Sozialgefühl usw. Er ist das Hochgericht über die Lebenswürdigkeit der Völker.« Zu dieser Literaturgattung, die nicht immer angenehm zu lesen ist, gehört auch eine Schrift aus dem sonst so feinfühlig geleiteten Furcheverlag in Kassel: Der Krieg als Erzieher von Otto Zänker. »Gibt's schon«, so heißt es darin, »keinen unnatürlicheren Dreiklang als England, Frankreich, Rußland, so bedeutet die Verbrüderung aller der ungleichen Brüder die volle Dissonanz. Noch nie hat ein Volk das eigene Nest so schändlich beschmutzt! Man sollte wirklich einmal alle diese Rassen im Gefangenenlager zusammensperren und dann ihre Frauen zur Besichtigung einladen!« Bei solchen Autoren wundert es uns nicht, wenn sie emphatisch versichern: »Wir wissen, wo echtes Germanentum steckt, und verbinden uns um so inniger mit unseren österreichischen Brüdern. Mag der Türke sich als Dritter im Bunde einfinden, wir haben ihn nicht umwor-



ben [das steht wirklich da], er mag an unserer Seite, was sein ist, von England fordern. Das deutsche Volk erhält seine Rasse rein!« Wie beschmutzte doch Schiller sein Nest? »Alle Menschen werden Brüder. . .«

Dagegen fehlt es auch auf der Seite der Zufriedenen nicht an sympathischen und würdigen Schriften. Ich nenne H. Gaudig A. D. 1915: Ausblicke in die Zukunft der deutschen Schule /Leipzig, Teubner/. »Wer aber meint, da sei doch im Bilde der Gegenwart dies und das bedenklich, dies und das nicht schön, der haftet an Kleinigkeiten und fühlt nicht die mächtigen Grundströmungen, die unser Volk durchfluten.« Geistreich und vornehm, wie alles, was von diesem rühriigen Autor kommt. Ebenso die Vorträge des Hannoveraners Hermann Hoffmann Der Krieg und die Erziehung der Deutschen /Hannover, Hahn/. Es ist eine Freude, wie hier die Zufriedenheit mit der heutigen Absicht des deutschen Schulwesens begründet, nicht bloß behauptet wird, und wie der Verfasser auf eine Vertiefung der dieser Absicht dienstbaren Arbeit hinwirkt. Unter der Flagge der Erziehung geht im übrigen so manches, was in ganz andere Gebiete gehört. So nennt Richard Seyfert, ein um das Schulwesen seiner Heimat nicht wenig verdienter Parlamentarier, seine national-liberalen Feuilletons über das, was deutsch sein sollte, Von deutschem Wesen nach dem Kriege /Leipzig, Wunderlich/ sehr zu Unrecht ebenfalls ein »Erziehungsbuch«.

So verschieden die Betrachtung nach den bisher angeführten Gesichtspunkten, so verschieden ist auch die Stellung zu der Frage der Personal- oder Sozialpädagogik. Im allgemeinen ist ein Rückschlag nach der Seite des Individualismus zu konstatieren. So sagt Professor Dr. G. Budde in einer Schrift Krieg und höhere Schule /Langensalza, Beyer/, die wohl das Extrem in den Bestrebungen zu einer stofflichen Verdeutschung der Schule darstellt: »Auch die deutsche Erziehung wird beherrscht von der deutschen Innerlichkeit. . . Sie will den jungen Menschen an erster Stelle nicht für draußen befindliche Ziele, auch nicht für die menschliche Gesellschaft bilden, sie vertritt also nicht eine Sozialpädagogik, sondern sie will ihn in erster Linie für sich selbst bilden, damit er zu einer selbständigen Persönlichkeit und einer geistigen Individualität erhoben werde, das heißt sie

vertritt eine Persönlichkeitspädagogik.« Kann man beim Lesen solcher Sätze zweifeln, ob sich der Verfasser darüber klar ist, wie weit Sozial- und Personalpädagogik überhaupt kontradiktorische Gegensätze bilden, so wirkt ein Aufsatz von P. Lorentz Das Trugbild der Allgemeinbildung (in dem schon erwähnten Norrenbergischen Sammelwerk) völlig konfus. »Das Betonen der Rechte bei den einzelnen Schichten und Klassen ist plötzlich verstummt, das Gefühl der Pflicht und des Wertes ist im einzelnen wie in Klassen und Ständen lebendig geworden.« Das ist richtig und falsch zugleich.

Diesem mehr *vermittelnden* Standpunkt treten zunächst alle die Autoren entgegen, die sich für die Militarisierung der Jugend einsetzen. Ebenso die Publikationen zweier Parteigenossen. Diese sind freilich, wenn sie auch beide in gleicher Weise nach einem sozialpädagogischen Ideal orientiert sind, von sehr ungleichem Wert. Das Heftchen Krieg und Schule von Anna Bloss /Berlin, Internationale Korrespondenz/ bleibt zum Teil an Äußerlichkeiten haften. Zum Beispiel wird dem »rückschrittlichen Geist, der vielfach noch [an den Volksschulen] im Geschichtsunterricht gelehrt wird«, die in Preußen angeordnete Reform des Geschichtsunterrichts an den höheren Schulen, die doch voller Fragezeichen steckt (siehe diese Rundschau, 1915, 3. Band, pag. 1373 ff.), gegenübergestellt, und unbesehen wird ihre Übertragung auf die Volksschule gefordert. Aber auch diese Schrift spricht sich in höchst bemerkenswerter Weise für eine Erneuerung des deutschen Schulwesens nach dem Krieg nach sozialpädagogischen Grundsätzen aus: »Was wir von dieser Neuregelung erhoffen, das wird vor allem die Beseitigung der verhängnisvollen Kluft zwischen Volks- und höheren Schulen sein, die Schaffung einer gemeinsamen Bildungsgrundlage für die gesamte Volkjugend, eine Schulorganisation, für die als oberster Grundsatz die Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens gilt.« Die zweite parteigenössische Schrift, Robert Seidels Arbeit Das Ziel der Erziehung vom Standpunkt der Sozialpädagogik /Zürich, Orell Füßli/ ist nicht im Hinblick auf den Krieg entstanden. Sie ist sehr zu loben. Denn sie spricht mit vollkommener Klarheit die Überzeugung von der sozialen Bedingtheit des Wertes aller Erziehung aus: »Alles Wissen und Können, alle

Fähigkeiten und Tugenden des Menschen haben nicht Wert an sich sondern nur Wert, insofern sie der Gesellschaft und dem Staate dienen.« Das Erziehungsideal definiert Seidel so: »Die harmonische Bildung ist das Erziehungsziel der echten Sozialpädagogik.« Eine Definition, die allerdings nicht tragfähig genug ist.

Jedenfalls sind durch den Krieg die sozialpädagogischen Probleme dem öffentlichen Bewußtsein nähergebracht worden, so daß sie nun ihrer Lösung entgegenzudrängen.

×  
Schulzweck Da, wie wir sahen, die Absichten und Wünsche auch unter den pädagogisch wesentlich gleichgerichteten, mehr auf der reformerischen oder mehr auf der konservativen Seite Stehenden, in weitestem Maß auseinandergehen, macht sich immer häufiger das Bedürfnis geltend sich erst einmal über die elementarsten Grundsätze der Pädagogik klar zu werden und zu einigen. Da ist vor allem hervorzuheben, daß den Vertretern der verschiedenen Richtungen der Sozialpädagogik gewisse Überzeugungen gemeinsam sind, die in den neueren Publikationen häufiger wiederkehren. Ferdinand Jakob Schmidt, der Berliner Universitätslehrer für Pädagogik und Nachfolger Ludwig Kellers im Vorsitz der Comeniusgesellschaft, schließt aus der Tatsache, daß in neuerer Zeit im Gegensatz zu früher der Staat der eigentliche Träger der Erziehung geworden ist, daß soziale Zweckmäßigkeitserwägungen dieser die Richtung geben sollten; darin wird er, der ebenso wie Wyneken sehr stark von Hegel beeinflußt ist, bei extremen Positivisten, wie dem Münchener Soziologen Müller-Lyer, bei Kantianern, wie Natorp, und Anhängern des historischen Materialismus, wie Seidel, Zustimmung finden. Auch der Schulpraktiker J. Tews, der schon so manches Jahr als mutiger und temperamentvoller Vorkämpfer der Hebung des Volksbildungswesens und der Besserstellung der Lehrer hervorgetreten ist, bekennt sich in seiner ausgezeichneten Arbeit Ein Jahrhundert preußischer Schulgeschichte /Leipzig, Quelle & Meyer/ zu dem gleichen Grundsatz. Und wenn er immer wieder, in wirkungsvoller und keineswegs fanatischer Weise, die Bedeutung der gesellschaftlichen Stellung der Volksschullehrer und ihrer materiellen Versorgung hervorhebt, so geschieht dies

ebenfalls stets im Hinblick auf die Erreichung der Schulzwecke. Größer sind schon die Differenzen, wenn es sich darum handelt die Folgerungen aus dieser allgemeinen Überzeugung abzuleiten. Die beiden Autoren zum Beispiel, die prinzipiell den Standpunkt der Einheitsschule vertreten: Wilhelm Rein (Die nationale Einheitsschule /Osterwieck, Zickfeldt/) und Aloys Fischer (in dem oben erwähnten Leitaufsatz), statuieren humane Bildung als Aufgabe der höheren Schulen und wollen die fachliche Vorbildung der Studenten den Hochschulen selber zuweisen; dagegen vertreten insbesondere die Altphilologen, auch soweit sie Anhänger der Einheitsschule sind, die Ansicht, daß das Gymnasium die Fachvorbildung für das Studium der alten Philologie geben müsse (freilich verweisen sich bei ihnen in dieser Forderung leicht die Grenzen zwischen dem Fachzweck und dem allgemeinen Bildungszweck der antiken Stoffe). Manche Vertreter humanistischer Bildung, zum Beispiel Budde, behaupten, die Antike sei nicht der geeignete Stoff humaner Bildung. Andere halten daran fest, daß Latein und vor allem Griechisch als die unbedingt notwendigen Elemente für dieses Bildungsziel zu betrachten sind. Von Autoren, die mit unbeirrbarem Eifer für das vom Realismus in allen Kreisen jetzt so angefeindete humanistische Gymnasium auf dieser Grundlage eintreten, seien nur genannt: Albert von Berzeviczy (Humanismus und Weltkrieg) und Paul Shorey (Nationale Kultur und klassische Bildung), deren Schriften im Verlag von Carl Fromme in Wien herauskamen. Zu ihnen gehört auch unstrittig Paul Cauer, dessen Büchlein Das Altertum im Leben der Gegenwart in 2. Auflage erschien /Leipzig, Teubner/. Die Kapitel über Homer, die Tragödie, über Hellenistisch und Klassisch sind lebensvolle Darstellungen, die in dem Leser alle Erinnerungen wach werden lassen und ihn vollkommen gefangen nehmen. Es bedarf einer direkten Anstrengung, um sich vor dem Trugschluß zu wahren, dem der Verfasser verfallen ist: daß humanistische Bildung sich ausschließlich auf dem Bildungstoff der griechischen Antike aufbauen kann; eine Anschauung, die durch die Erweiterung unseres Gesichtskreises, namentlich auch durch die sich vertiefende Kenntnis der altorientalischen Kulturen, die den Hellenismus erst bedingen, hinfällig geworden ist.

Dadurch wird aber nur die gegenwärtige Gestalt der humanistischen Bildung verändert, nicht ihr Geist, der, der praktischen Nützlichkeit abgewandt, der reinen Sachlichkeit dient und durch die Erweiterung unseres Horizonts, das Umgreifen noch entlegenerer Zeiten, sich erst recht bewährt.

In diesem Abschnitt können Wesen und Materie der humanistischen Erziehung nicht behandelt werden. Dazu bedarf es einer besonderen Untersuchung, die auch, ihrer Bedeutung entsprechend, ein andermal gesondert vorgenommen werden muß. Es hat, das sei nur noch erwähnt, den Anschein, als ob sich auch in dieser Frage zwischen radikalen Reformern, Konservativen und Vermittlern, etwa zwischen Kerschensteiner, Cauer und Fischer, allmählich gemeinsame Richtlinien herausbilden.

Und wie hier so auch auf den anderen Gebieten, auf denen der Kampf der Richtungen geführt wird. Für das umstrittene Problem der werdenden Einheitsschule ist es von Interesse, daß von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus verschiedene Autoren in irgendeiner Form die Zulassung der Volksschullehrer zum Hochschulstudium verlangen. Tews fordert in dem genannten Buch »die pädagogische Hochschule oder die pädagogische Fakultät der Universität«, und der elsässische Landlehrer E. Heywang, der ein höchst nachdenkliches und zum Nachdenken anregendes Buch Landschulprobleme und Landlehrerfragen /Prag, Haase/ schrieb, erhebt Forderungen für die Weiterbildung des Landlehrers, die, zwar ohne ausdrücklichen Hinweis darauf, doch unbedingt auf das gleiche Ziel lossteuern.

Eine allmähliche Annäherung der Meinungen ist besonders auch auf gewissen Gebieten der Problematik der Charakterbildung zu verfolgen. Noch vor nicht langer Zeit war die Parole der staatsbürgerlichen Bildung nur der Schlachtruf von Männern, die den Wissensstoff mehren wollten. Davon ist man heute weit entfernt. So allgemein der Ruf nach Vertiefung der geschichtlichen Bildung und zwar zum kulturgeschichtlichen wie zum staatsbürgerlichen Unterricht hin ist, so sind sich doch alle darin einig, daß sie damit nicht neuen Bildungsstoff sondern erweiterte und dadurch vertiefte Bildung erstreben. Sehr klar wird dies, wenn man etwa die kurze Schrift des leider allzu früh gefallenen Albert Klein Der staatsbür-

gerliche Unterricht /Langensalza, Beyer/ mit Max Reinigers Welche Verpflichtungen erwachsen der heutigen Schule aus dem Weltkriege? /Langensalza, Beltz/ vergleicht. Klein sagt: »Am schwierigsten ist es nun für die Schule bei ihrer heutigen Organisation als Wissens- und Lernschule etwas für die Gestaltung des Willens und der Gesinnung, für die staatsbürgerliche Gewöhnung . . ., für die Erziehung zum Staatsbürger im eigentlichen Sinne zu tun.« Und in welchem Geist er sich diese Wirksamkeit der Schule denkt, verrät er sehr deutlich in folgender Fußnote: »Den staatswissenschaftlichen Lesestücken allerdings, die für die Lesebücher eigens geschrieben sind, messen wir wegen ihres trockenen Lehrtones lediglich Informationswert bei. . . Und um Gotteswillen stelle man nicht als Aufsatzthema: Warum zahlen wir Steuern?« Und er zeigt dann, wie sorgfältigste Durchbildung des ganzen Schullebens nach dieser Seite auch bei den gegenwärtigen, ganz anders gerichteten Lehrplänen schon eine gute Arbeit der Schule ermögliche (siehe über Staatsbürgerkunde auch die Rundschau Sozialwissenschaften, in diesem Band, pag. 716 f.). Reiniger gibt hochinteressante, geistvoll durchgearbeitete Beispiele, wie er während des Krieges in der Volksschule unterrichtet und versucht hat die Gegenwart dem Kind lebendig zu machen. Aber er ist doch im Stofflichen steckengeblieben.

Alle hier berührten Probleme sind der Aufmerksamkeit der Parteigenossen dringend zu empfehlen. Denn wir sind in Erziehungsfragen noch immer nicht über ein gewisses Aufklärertum, ein gewisses Notstandsreformatorium hinaus. Wie gering muß überhaupt in sozialistischen Kreisen Deutschlands das Interesse an tiefgreifenden pädagogischen Fragen sein, wenn wir es während des Krieges, also in einer Zeit, die die Pädagogik, wie ich in dieser Rundschau zu zeigen versuchte, bis in die tiefsten Tiefen aufgerührt hat, zu einer einzigen selbständigen Publikation von 22 Seiten, eben jener Broschüre von Anna Blos, gebracht haben. Mir scheint darin der Beweis dafür zu liegen, wie sehr wir unsere agitatorische Aufgabe bisher verkannten; wir wollten nicht bilden sondern nur werben. Das jedoch muß uns schließlich zu noch viel gefährlicheren Kämpfen führen als der gegenwärtigen Parteikrisis, die letzten Endes auch nur möglich wurde, weil bei uns

zu wenig Gewicht auf Denkerziehung, zu viel auf Gesinnungsaufklärung gelegt wurde.

× Schulerziehung Darin liegt zugleich die Erklärung, weshalb wir anscheinend jetzt in der Jugendbewegung einer so schweren Krisis entgegengehen. Auch unsere proletarische Jugend hat in der Schule nur Wissen aufgenommen, nicht aber denken gelernt. Darf es uns wundernehmen, wenn unsere Parteijugend jetzt plötzlich, stolz auf ihre *wissenschaftliche* Bildung, unter Führung einiger suggestiver Persönlichkeiten auf eigene Faust Ausflüge ins Gebiet der Politik unternimmt? Um hier Wandel zu schaffen, ist es nötig, daß die Parteigenossen, die die eigentlichen Träger dieser Umkehr werden müssen, sich eingehender mit der Materie beschäftigen, und zu diesem Zweck müßten sie sich vor allem mit den wichtigsten Ergebnissen der Jugendkunde vertraut machen. Ohne sich von polemischen Augenblicksbedürfnissen beirren zu lassen, müssen sie vor allem sowohl die Entwicklung der Schulerziehung wie die der bürgerlichen Jugendbewegung gründlich studieren. In dieser Rundschau wird daher fortlaufend über die wichtigsten Neuerscheinungen auf diesen Gebieten berichtet werden, soweit sie geeignet sind die Parteigenossen tiefer in deren Verständnis einzuführen.

In dem Komplex der Bestrebungen, die wir zusammenfassend Jugendbewegung nennen, sind in erster Linie diejenigen zu beachten, die auf eine aktive Teilnahme der Jugend an der Arbeit der Schule hindrängen. Schon in der Arbeitsschule, einer alten sozialistischen Lieblingsidee, ist ja einer der bestimrenden Gedanken der, daß der Schüler im Unterricht nicht die Rolle des bloß Aufnehmenden, vielmehr die des selbst Schöpferischen spielen soll. In den Kreis dieser pädagogischen Ideen gehört in erster Linie auch die Beteiligung der Schüler an der Verwaltung der Schule und des Unterrichts. Diese Bestrebungen haben im Lauf der Zeit die verschiedenste Ausgestaltung erfahren, von der Junior Republic des Herrn George im Staat New York, die gefährdete Jugendliche retten soll, bis zu Wynekens Freier Schulgemeinde, die die sittliche Autonomie der Jugend zum Träger der Erziehung machen will. Eine interessante und ermutigende

Veröffentlichung zu diesen Ideen ist das Büchlein des Pfarrers Eduard Metzenthin Die Selbstbetätigung der Schüler auf dem Gebiet der Schulerziehung in früherer Zeit /Langensalza, Beyer/, eins der Hefte der ausgezeichneten Sammlung Friedrich Manns Pädagogisches Magazin. Es zeigt neben manchem andern, wie große Pädagogen in der Vergangenheit aus der Not eine Tugend zu machen wußten, wie sie zunächst aus Lehrermangel ältere Schüler zum Unterrichten der jüngeren heranzogen, dann aber allmählich den Eigenwert dieser Erziehung durch das Zusammenarbeiten in der Gemeinschaft ungefähr Gleichaltriger einsahen und diese Methode systematisch ausbauten. Gleich ausgezeichnet ist F. W. Foersters Autorität und Selbstregierung in der Leitung der Jugendlichen /Langensalza, Beyer/ und besonders verdienstlich in einer Zeit, die, in leichtsinniger Analogie zu der Notwendigkeit der Disziplin zur Erreichung militärischer Zwecke, nun auch in der Erziehung das bißchen Selbständigkeit, das die Schüler errungen hatten, wieder verschwinden lassen möchte. Es kann uns von bestem Nutzen sein, wenn gerade von dieser Seite und in dieser Zeit Worte ausgesprochen werden, wie das vom »Autoritätskrampf« in der Erziehung oder die folgenden: »Es wäre gegenüber dieser Neigung [beständig in die Selbsttätigkeit des Schülers einzugreifen] oft gerade der besten und gewissenhaftesten Erzieher von großer Bedeutung, wenn man einmal die wahre pädagogische Funktion der Autorität, das Problem der erzieherischen Führung, das heißt also die Bedingungen, unter denen die erzieherische Autorität allein pädagogisch wirken kann, gründlich durchdenken wollte. Da würde man sehen, daß gerade die Autorität, die wirklich führen und befruchten . . . will, um ihrer selbst willen, im Interesse ihrer führenden Funktion, ein sehr großes Maß von Selbstbetätigung und freier Initiative auf Seiten der Geleiteten be-willigen muß.«

× Kurze Chronik Der Chefredakteur des weltbekanntesten Meyerschen Konversationslexikons Julius Bornmüller ist im April in Leipzig gestorben. Er war mehr als 50 Jahre im Bibliographischen Institut zu Leipzig tätig und hat 5 Auflagen der genannten Enzyklopädie redigiert. × In Kamburg (Sachsen-Meiningen) starb

einer der ersten Vorkämpfer der Volksschule und des Volksschullehrerstandes, der frühere Redakteur des Schulblatts für Thüringen und Franken Tuisko Rotteck, im Alter von 79 Jahren. × Der Großindustrielle Dr. Wilhelm Merton hat zur Erinnerung an seinen auf dem westlichen Kriegsschauplatz gefallenen Sohn Dr. Adolf Merton, der sich besonders auch den Fragen der Volkserziehung gewidmet hatte, einen Betrag von 300 000 Mark zur Errichtung eines Lehrstuhls für Pädagogik an der Frankfurter Universität gestiftet. Sein erster Inhaber wird Professor Dr. Julius Ziehen.

× **Literatur** Zwei neue akademische Zeitschriften sind in den letzten Mona-

ten erschienen. Die eine, Der Freistudent, wendet sich in erster Linie an Züricher Studenten. Die andere erscheint unter dem vielversprechenden Titel Die neue Hochschule in Königsberg in Preußen. Sie wird von Erich Jenisch herausgegeben und sucht vom Standpunkt des linken Flügels der Freideutschen Jugend aus an einer Erneuerung der Hochschule von innen heraus mitzuarbeiten. Die bisher vorliegenden Hefte sind von erfreulicher Entschiedenheit und lassen für die Zukunft ebenfalls Gutes erwarten. × Eine Zeitschrift, die für die geistige Bewegung unserer Zeit, aus der sie erwuchs, von Bedeutung werden kann, ist Der Jude betitelt und hat im April im Verlag Löwit zu erscheinen begonnen. Sie wird von Martin Buber herausgegeben und will der »Erkenntnis und Förderung des lebendigen Judentums« dienen. Jedenfalls gibt es auch für den Nichtjuden kein besseres Mittel sich eine Anschauung von dem geistigen Reichtum, der im modernen Judentum lebt, anzuzeigen als die Lektüre dieser Monatsschrift. Besondere Erwähnung verdient in dieser Rundschau Siegfried Bernfelds Abhandlung Zum Problem der jüdischen Erziehung, die zum jetzt so aktuellen Thema der nationalen Erziehung, auch über den Kreis des Sonderfalls des Judentums hinaus, prinzipiell Wichtiges sagt. In jüdischen Kreisen wird vermutlich, je nach der Stellung des einzelnen, Zustimmung und Ablehnung wechseln, aber doch auf allen Seiten tiefe Anregung dankbar anerkannt werden. Da dem ganzen Unternehmen auch eine Erziehungstendenz (das Wort im höchsten geistigen Sinn

genommen) innewohnt, so wird auch an dieser Stelle über sein Fortschreiten wie über einzelne Arbeiten Bericht erstattet werden.

### Frauenbewegung / Wally Zepler

Braun † Am 8. August starb Lily Braun, nachdem sie eben ihr 51. Lebensjahr vollendet hatte. Ihr schicksals- und kampfreiches Dasein fand so ein jähes Ende. Für die Öffentlichkeit wob sich ein Zauber der Romantik um die Frau, die, aus den Kreisen des Militäradels stammend, zur radikalen Frauenführerin und dann gar zur sozialdemokratischen Agitatorin wurde, um sich schließlich von aller aktiven Mitarbeit in der Partei wieder zurückzuziehen.

Lily Braun wurde als Tochter des Generals von Kretschman, dessen recht interessante Briefe aus dem Krieg 1870-1871 sie später herausgab, am 2. Juli 1865 in Halberstadt geboren. Sie hat uns in ihren Memoiren einer Sozialistin in romanhafter Form selbst vieles aus ihrer Jugend- und Bildungsgeschichte enthüllt. Das wissens- und lebensdurftige, intelligente Mädchen konnte sich geistig den engefügten Schranken des heimischen Milieus nicht einordnen. Ihr scharfer Verstand wie ihr aktives Temperament wiesen sie fast mit Notwendigkeit in dieser Zeit tiefer innerer Revolutionierungen auf politisch und sozial radikale Anschauungen hin. Lily Braun durchlief auf ihre Art den geistigen Entwicklungsgang, den in dieser oder ähnlicher Form so viele begabte Frauen dieser Generation durchlaufen mußten. Er führte nicht, wie der reguläre Studienweg, der nun auch der Frau geöffnet ist, auf glatter Bahn zu dem erstrebten Geistesziel, aber er spannte vielleicht mehr als dieser alle persönlichen Geistes- und Seelenkräfte zu ihrer höchsten Leistung; denn er führte durch Kampf und Widerspruch zu eigenem Erleben. In Lily Brauns viel besprochenen Memoiren findet sich eine Stelle, die mit starkem Empfinden den tiefen Eindruck eines großen Arbeiterstreiks auf die junge Aristokratin schildert. Die Intensität dieses Eindrucks war typisch für ihr Wesen und vielleicht grundlegend für ihre ganze Zukunft.

Lily Braun war literarisch im Goethekreis zu Hause gewesen. Die Großmutter, der sie sich schon als Kind innerlich verwandt fühlte, Jenny von Gustedt, eine uneheliche Tochter Jérômes,

hatte selbst noch Goethe nahe gestanden. Diese Großmutter muß nach ihren von der Enkelin herausgegebenen Tagebüchern (zuerst als Jenny von Gustedts Erinnerungen aus Goethes Freundeskreisen, später erweitert unter dem Titel *Im Schatten der Titanen*) eine feine und geistvolle Natur gewesen sein. Aus diesen Klassikertraditionen fand Lily Braun den Weg in die damals revolutionäre moderne Dichtung; es war wohl nicht zuletzt auch der neue Frauentypus, der sie dorthin zog. Über die neue Frau in der Dichtung schrieb sie eine ihrer zahlreichen späteren Broschüren. Bald wurde überhaupt die Frauenfrage das eigentliche Lebensproblem für Lily Braun. Nachdem sie nach ihrer Heirat mit Georg von Gizycki gemeinsam mit diesem die Wochenschrift *Ethische Kultur* gegründet hatte, vereinigte sie sich 1892 mit Minna Cauer zur Herausgabe der *Frauenbewegung*. Als eine der Ersten in Deutschland wirkte sie hier wie in verschiedenen Schriften aus der Mitte der neunziger Jahre (Stellung der Frau in der Gegenwart, Die Bürgerpflicht der Frau, Zur Beurteilung der Frauenbewegung in England und Deutschland) für die Propaganda des Frauenstimmrechts. 1896 schloß sie ihre zweite Ehe mit Dr. Heinrich Braun und trat danach auch offiziell der Sozialdemokratie bei, der sie innerlich wohl schon vorher nahestand. In der Broschüre *Frauenfrage und Sozialdemokratie* fand ihr Beitritt zur Partei seinen literarischen Ausdruck. Lily Braun arbeitete dann mehrere Jahre auch praktisch, agitatorisch und rednerisch in der Sozialdemokratie. Ihr weitaus bedeutendstes Werk, *Die Frauenfrage /1901/*, fällt in diese Periode. Dieses mit außerordentlicher Gründlichkeit geschriebene umfangreiche Buch, das ganz auf dem Boden des historischen Materialismus steht, bildet eine unentbehrliche Hilfsquelle für alle Arbeiten auf dem Gebiet der Frauen- und Arbeiterinnenbewegung; man darf es zu den bisher besten nationalökonomischen Frauenleistungen zählen.

Nach einigen Jahren der Tätigkeit zog sich Lily Braun von der Parteitagitation völlig zurück. In den Memoiren einer Sozialistin, die eben deshalb in der bürgerlichen Welt lebhaft kommentiert worden sind, schilderte sie die inneren Konflikte wie die oft recht kleinlichen persönlichen Anfeindungen, die sie durchzukämpfen hatte und die sie schließlich der Bewegung entfremdeten. Doch

waren es wohl auch innere Wandlungen, die Lily Brauns leicht erregbare Natur in ihren letzten Lebensjahren auf andere Bahnen leiteten. Dafür sprechen wenigstens ihre rednerischen und schriftstellerischen Äußerungen während der Kriegszeit, deren Tendenz ich in dieser Rundschau (1915, 1. Band, pag. 367 f.) darzustellen versucht habe. In Lily Braun steckte neben der politischen Aktivität auch der heiße Wunsch das, was in ihr lebte und was sie suchte, künstlerisch zu gestalten. Sie suchte die Kunst, wie sie das Leben suchte, und man kann wohl in ihrem letzten Roman, der im vorigen Jahr erschien und dessen geistiger Inhalt hier in der Rundschau *Dichtkunst* (1916, 1. Band, pag. 66) behandelt wurde, eine Art Bekenntnisschrift sehen. Jetzt hat diese Lebenssucherin, in der so viel Lebenskraft steckte, ein allzu früheres *†* ereilt.

Unter den glänzenden Frauenerscheinungen unserer Zeit trat Lily Brauns Gestalt scharf umrissen hervor. Ihr Leben und ihre Leistung verdienten es wohl eine gesonderte, ausführliche Darstellung zu finden. Die alles zurückdrängende Kriegszeit läßt dazu keine Muße. In den kommenden Friedensjahren wird man dieser Kämpferin gedenken. Die Bewegung, die die Freiheit der Arbeiterklasse wie die Freiheit der Frau zum Ziel hat, verlor in Lily Braun einen Menschen, der ihre Ideen vertrat und auch in sich selbst verkörperte. Denn dem Frauenideal, das sie zuletzt theoretisch aufstellte, zum Trotz gehörte sie zu jenen Frauen, deren Lebenszentrum rastlose Arbeit und stets lebendige Energie des Strebens nach hohen Menschheitszielen war.

×  
**Eheförderung** Wie ersetzt Deutschland am schnellsten die Kriegsverluste durch gesunden Nachwuchs? Diese Frage, die die Geister vorläufig nicht ruhen lassen wird, behandelt Dr. M. Vaerting in einer größeren, recht originellen Auffassungen vertretenden Broschüre /München, O. Gmelin/. Das Urteil darüber, wie weit die physiologischen Anschauungen begründet sind, auf die sich der Verfasser stützt, muß freilich dem Biologen überlassen bleiben; unter allen Umständen ist es interessant sie kennenzulernen. Dr. Vaerting weist zunächst darauf hin, daß der Krieg an Zeugungskraft weit mehr vernichtet habe als sich in der bloßen Zahl der Gefallenen ausdrücke. Denn einmal handle es sich dabei ge-

rade um die im kräftigsten Alter stehenden Männer, und ferner werde bei vielen anscheinend gesund Heimkehrenden durch die allgemeine Körperschwächung, vor allem aber durch die, nach den Beobachtungen der Ärzte außerordentlich starke Zunahme der venerischen Erkrankungen die Zeugungsfähigkeit in hohem Maß herabgemindert sein. Dazu komme bei der nachfolgenden Generation die Konstitutionsschädigung durch die bei einer erheblichen Anzahl von Kriegsteilnehmern hervortretende nervöse Zerrüttung. Auch der bezahlte Sexualverkehr werde bei der Notlage vieler Frauen steigen, und »ein Anwachsen des Liebeskaufs und -verkaufs . . . bedeutet gleichzeitig eine Abnahme der Volksvermehrung«.

Unter den zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs vorgeschlagenen Mitteln finde sich nun kaum ein biologisches, während doch nur ein solches Erfolg verspreche. Als solch ein biologisches Mittel kommt nach dem Verfasser besonders eins in Betracht: die Verjüngung des Heiratsalters der Männer. »Wir haben eine ganze Reihe von Männerjahrgängen, die längst zeugungsfähig sind, aber nicht ehefähig, weder gesetzlich noch vom Standpunkt der materiellen Fundierung des ehelichen Haushalts. Diese Männer haben den stärksten Geschlechtstrieb und die größte Neigung und Lust zum Heiraten. Diesen Altersklassen muß mit allen Mitteln die Ehe ermöglicht werden, um die durch den Kriegsverlust entstandene Lücke in der Zahl der ehefähigen Männer auszufüllen.« Nach den Forschungen verschiedener Biologen, wie Rubin und Westergaard, sinke die Kinderzahl mit wachsendem Heiratsalter des Mannes. Gerade umgekehrt verhalte es sich bei der Frau (natürlich unter Berücksichtigung des an sich geringeren Durchschnittsheiratsalters). Bei Ehefrauen unter 25 Jahren sei die Konzeptionsfähigkeit gering, Fehl-, Früh-, Totgeburten häufig, die Säuglingssterblichkeit sehr hoch. Gaupp habe aus Peking berichtet, daß dort infolge der Jugend der Mütter 50 % der Säuglinge sterben. Entsprechende Erfahrungen habe man auch sonst gemacht. Zudem leide die Gesundheit zu junger Mütter in hohem Maß. Die Festsetzung der Mindestgrenze des gesetzlichen Heiratsalters auf 16 Jahre sei deshalb ein schwerer Fehler. »Obwohl alle Rassenbiologen, Sexualärzte und Frauenärzte heute einstimmig die Ehen zu junger Frauen aufs schärfste

verurteilen, ist im August dieses Jahres vom Justizminister ein Erlaß ausgegangen, der es den Mädchen ermöglichen soll sogar noch vor dem 16. Jahre zu heiraten. Die Rassenbiologen sagen auf Grundlage ihrer Erfahrungen, daß einer Frau vor dem 24. bis 25. Jahre die Fortpflanzung untersagt werden soll im Interesse der Rasse. Dem Gesetze genügt es nicht, daß 16jährigen Mädchen (also 8 bis 9 Jahre zu früh!) die Ehe erlaubt ist, sondern es will sogar noch die 15jährigen dazu anregen.«

Also nicht, wie man allgemein annehme, der Mann solle älter als die Frau sein, sondern gerade umgekehrt. »Auf die Tatsache, daß ein Altersübergewicht des Mannes in der Ehe nachteilig für die eheliche Fruchtbarkeit ist, hat schon Wappäus hingewiesen. Jetzt, wo das lebhafteste Interesse an dem Ersatz der verlorenen Menschenkraft bestehe, sei die Zeit zu einer Änderung der verfehlten Heiratsalterssitte. Daneben müsse natürlich Wert auf alle sonstigen Vorbeugungs- und Schutzmaßnahmen gelegt werden: auf Säuglingspflege (jede Frau solle obligatorisch vor der Heirat einen etwa 6 Wochen dauernden Abendkurs für Säuglingspflege mitnehmen), Abschaffung der Korsettracht, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, des Alkoholismus usw. Zur Ermöglichung der Ehen sehr junger Leute solle das gesetzliche Heiratsalter, das heute für Männer 21 Jahre betrage, heruntergesetzt und ihnen durch Lohnaufbesserungen und staatliche Heiratszuschüsse eine frühere Eheschließung ermöglicht werden. Auch der berufstätigen Frau müsse man durch Einführung der Halbtagsarbeit (mit 75 % des vollen Tagelohns) die Heirat erleichtern, statt sie durch Zwangszölibate von der Mutterschaft fernzuhalten.

Dr. Vaerting verspricht sich von der Durchführung der geforderten Reformen neben der Erhöhung der Geburtenzahl auch eine Verbesserung der körperlichen und geistigen Qualitäten der nachfolgenden Generationen. Es wäre zu wünschen, daß Psychologen und Biologen von Fach sich recht eingehend über die Behauptungen des Autors äußerten. Bei der Wichtigkeit des Problems hat die Öffentlichkeit ein Interesse an der Erörterung jedes ernstesten Vorschlags.

×

**Kurze Chronik** In Hamburg vollzog sich vor einiger Zeit eine Neugründung, die in ähnlicher Weise überall zu wünschen wäre. 46

ganz verschiedenen Zwecken dienende Hamburger Frauenvereine mit etwa 15 000 Mitgliedern schlossen sich zu einem Stadtbund Hamburgischer Frauenvereine zusammen, der die Arbeit aller dieser Frauenorganisationen in wechselseitige innere Verbindung bringen will. In verschiedenen Städten existiert eine organisatorische Konzentration der Frauenwohlfahrtsbestrebungen bereits seit Jahren. In Berlin hat man oft versucht das gleiche zu erreichen, bisher leider ganz ohne Erfolg. Eine Fülle von Arbeit und Geldmitteln geht dadurch alljährlich nutzlos verloren. × Ein neues, sehr weites Tätigkeitsfeld hat sich den Frauen der großen städtischen Gemeinden jetzt in der Mithilfe bei der Organisation der Massenspeisungen aufgetan. Ehrenamtliche und bezahlte Kräfte teilen sich in die Arbeit. Da es sich zum Beispiel in den Großberliner Gemeinden um die Herstellung vieler Zehntausender von MittagSPORTionen handelt, erfordert die von den Frauen zu leistende Arbeit nicht nur Fleiß sondern vor allem auch bedeutendes organisatorisches Geschick. × Für die englischen Munitionsarbeiterinnen wurde von dem Regierungsausschuß zum Studium der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Munitionsarbeiter die Anstellung gebildeter Frauen zur Überwachung der Betriebe gefordert; die Beamtinnen sollen sich auch um die Gesundheit, die Wohn- und sonstigen Lebensbedingungen der Arbeiterinnen kümmern.

## WISSENSCHAFT

### Exakte Naturwissenschaften / Bruno Borchart

**Fixsternbewegung** Die ersten Versuche Eigenbewegungen von Fixsternen der Messung zu unterwerfen rühren von Halley her, der sich schon vor 200 Jahren bemühte am Sirius, Arkturus und Aldebaran Ortsveränderungen festzustellen. Aber erst Bessel gelangen im Jahr 1838 genauere Messungen von solchen Bewegungen; an einem Stern im Sternbild des Schwans bestimmte er die periodische Ortsveränderung, in der sich bei ihm die jährliche Bewegung der Erde widerspiegelt. Die halbe große Achse dieser Ellipse, die sogenannte jährliche Parallaxe, war die erste bei einem Fixstern gemessene, und die Bestimmung dieser jährlichen Parallaxen, deren Größen auf das engste mit den Entfernungen der betreffenden Fix-

sterne von unserm Sonnensystem zusammenhängen, ist seitdem eine wichtige Aufgabe der Astronomie geblieben. Diese jährliche Parallaxe muß stets von der Bewegung eines Fixsterns in Abzug gebracht werden, wenn seine Eigenbewegung aus den Beobachtungen hervorgehen soll. Übrigens kommen zu diesen durch Ortsveränderungen bestimmten Eigenbewegungen der Fixsterne noch zahlreiche durch Spektralbeobachtungen festgestellte Geschwindigkeiten in der Gesichtslinie, die sogenannten Radialgeschwindigkeiten, die trotz erheblicher Größe keinen Einfluß auf die Stellung des Sterns am Himmel ausüben können. Aber auch die Eigenbewegungen der Fixsterne müssen noch eine gemeinsame Komponente enthalten, die von der fortschreitenden Bewegung unseres Sonnensystems im Raum herrührt, und es ist eine wichtige Aufgabe für die Astronomen geworden aus diesen Eigenbewegungen die Geschwindigkeit und die Richtung der fortschreitenden Bewegung unserer Sonne zu ermitteln. In der Nähe des Punktes am Himmel, auf den die Sonne zuwandert, des Apex, müssen die Sterne auseinanderzutreten scheinen, an der entgegengesetzten Seite des Himmels, am Antiapex, von dem sich die Sonne entfernt, müssen sie entsprechend näher zusammenrücken. Tatsächlich hat man eine solche gemeinsame Komponente in allen Sternbewegungen feststellen vermocht. Es geht daraus hervor, daß unser Sonnensystem sich mit einer Geschwindigkeit von 20 Kilometer in der Sekunde nach dem Punkt zu bewegt, der durch die Angabe  $270^\circ$  Rektaszension,  $+30^\circ$  Deklination bezeichnet wird. Diese gemeinsame Komponente aller Fixsternbewegungen, die als parallaktische Bewegung bezeichnet wird, muß von der Eigenbewegung in Abzug gebracht werden, wenn man die von der Erd- und Sonnenbewegung unabhängige wirkliche oder absolute Bewegung (soweit von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann) erhalten will. Sie wird als Spezialbewegung bezeichnet. Die Sichtung und Ordnung von mehreren Tausenden solcher Spezialbewegungen hat bereits im Jahr 1905 den englischen Forscher Kapteyn und den deutschen Astronomen Kobold zu der Erkenntnis geführt, daß auch in ihnen nicht völlige Regellosigkeit herrscht. Man erkannte 2 einander entgegenströmende Driften, zu deren einer (Drift II) die Sonne gehört.



In dem seither verflossenen Jahrzehnt ist das Beobachtungsmaterial in ganz ungeahnter Weise vermehrt und verbessert worden. Aus allen bis zum Jahr 1913 veröffentlichten Bestimmungen hat Dr. Robert Klumak die Zerlegung der Eigenbewegung in die parallaktische und die Spezialbewegung an 498 Sternen durchgeführt und hieraus bestimmte Gesetzmäßigkeiten abzuleiten vermocht. Die beiden Sterndriften sind in dem Raum, der unsere Sonne bis zu einer Entfernung von etwa 65 Lichtjahren umgibt, überall nachweisbar und durchdringen sich gegenseitig. Während in dem genannten Raum beide Driften unter den gemessenen Sternen ziemlich gleichmäßig vertreten sind, wird in weiterer Ferne bis zu den höchsten meßbaren (326 Lichtjahre, die einer jährlichen Parallaxe von 0,01" entsprechen) die erste Drift, der unsere Sonne nicht angehört, immer vorherrschender. Die Sterne in noch weiterer Entfernung, also die mit unmeßbar kleiner Parallaxe, gehören ausschließlich zu Drift I, in der sich auch große und abnorm große Geschwindigkeiten weit häufiger finden als in Drift II. Aber diese Abnahme der Drift II mit der Entfernung von der Sonne ist nur eine Folge des Ausleseprinzips der Parallaxensterne und daher keineswegs reell.

Hervorzuheben ist ferner, daß die Strenge der allgemeinen Richtungsbevorzugung ungemein stark für große und abnorm große Geschwindigkeiten wächst, und zwar so, daß das Verteilungsgesetz dieser Geschwindigkeiten durch keine der bisher dafür aufgestellten Hypothesen befriedigend darstellbar ist. Es ist weiter unmöglich die untersuchten Sterne derart in 2 Schwärme zu teilen, daß der Schwerpunkt des Systems in Ruhe bleibt, wie immer man auch die Stromgeschwindigkeit und die Sternzahl der beiden Driften annehmen mag.

Eine in sich geschlossene widerspruchsfreie Erklärung dieser Gesetzmäßigkeiten ist erst in den Anfängen vorhanden. Vorläufig bildet die Vermehrung und Verbesserung des Beobachtungsmaterials noch eine der Hauptaufgaben der Astronomen.

× **Sonnenrotation** Die Ermittlung der Rotation der Sonne aus der Bewegung der Sonnenflecke stößt auf große Schwierigkeiten, weil ja viele Flecke eine sehr merkliche

Eigenbewegung besitzen. Für Sonnenflecke am Äquator wurde eine Rotationsdauer von 25,1, für solche in 30° Breite eine Dauer von 26,5 Tagen ermittelt. Mit voller Bestimmtheit konnte aber erst aus der spektroskopischen Beobachtung und Geschwindigkeitsbestimmung entgegengesetzter Punkte des Sonnenrandes erkannt werden, daß die Rotationsdauer mit wachsender Breite zunimmt. In Ottawa sind, wie im *Astrophysical Journal* mitgeteilt wird, in den 4 Jahren 1910 bis 1913 solche Bestimmungen für verschiedene Sonnenbreiten in sehr großer Zahl gemacht worden. Es wurden 11 000 Linien in 834 verschiedenen Spektris durch mehr als 120 000 Einzelablesungen gemessen. Die gut zu einander stimmenden Ergebnisse können durch eine Formel für die Winkelgeschwindigkeit dargestellt werden, die die Abhängigkeit von der Breite deutlich zum Ausdruck bringt. Für den Sonnenäquator ergibt diese Formel eine Rotationsdauer von 25,3 Tagen, für 30° Breite bereits eine solche von 27 Tagen; bei 90° wächst sie bis zu 34,2 Tagen an.

Bemerkenswert ist, daß die Rotationsdauer sich während der ganzen 4jährigen Beobachtungszeit als konstant erwies. Irgendwelche Anzeichen für Geschwindigkeitsdifferenzen bei der Benutzung verschiedener Linien oder der Linien verschiedener Elemente zeigten sich nicht. Wenn sich an anderen Orten für die Geschwindigkeit am Äquator etwas abweichende Werte ergeben haben, so vermutet man die Ursache dieser Abweichungen in erster Linie in Beobachtungs- und instrumentellen Fehlern, in zweiter Linie in persönlichen Messungsdifferenzen.

× **Lichtmessung** Über die Abhängigkeit der Lichtstärke der Hefnerlampe (die bekanntlich die praktische Einheit bei allen photometrischen Bestimmungen bildet) von den atmosphärischen Zuständen hat E. Ott neue Versuche angestellt. Namentlich hat er die Änderung der Lichtstärke mit der des Luftdrucks in den Grenzen von 717 bis 816 Millimeter Quecksilber wie mit der Änderung des Gehalts der Atmosphäre an Kohlensäure und Wasserdampf verfolgt. Als Ergebnis sehr ausgedehnter Versuchsreihen konnte eine Formel abgeleitet werden, nach der sich der Einfluß des Barometerstands ebenso stark erweist wie nach der früher aufgestellten Formel von

Liebenthal, der Einfluß des Kohlen- säuregehalts aber als beträchtlich stärker, was auch andere Beobachter schon angegeben haben. Photometrische Bestimmungen sollten daher stets nur in gut gelüfteten Räumen vorgenommen werden, in denen eine Einwirkung des Kohlen säuregehalts auf die Helligkeit der Hefnerlampe nicht zu befürchten ist.

× Kurze Chronik Eine Reihe weiterer Kriessopfer ist zu beklagen. Der Würzburger

Extraordinarius für theoretische Physik Mathias Cantor, der als geborener Österreicher freiwillig ins österreichische Heer eintrat, ist seiner schweren Verwundung erlegen; er stand im 56. Lebensjahr. Der Observator der Universitätssternwarte zu Neubabelsberg bei Berlin Dr. Walther Zurbellen fiel als Vizefeldwebel, im Alter von 36 Jahren. Auf dem italienischen Kriegsschauplatz fiel der Professor der theoretischen Physik an der Technischen Hochschule zu Budapest Viktor Zemplen, 37 Jahre alt; er war korrespondierendes Mitglied der ungarischen Akademie der Wissenschaften. × Am 12. Mai starb Professor Karl Schwarzschild, der Leiter des Astrophysikalischen Observatoriums in Potsdam. Obwohl er nur ein Alter von 42 Jahren erreichte, hat er in fast allen Zweigen der Astrophysik, Astronomie und Mathematik fruchtbare Arbeit geleistet. In den letzten Jahren beschäftigte er sich viel mit stellarstatistischen Untersuchungen sowie mit den neuen physikalischen Theorien. In den Sitzungsberichten der Berliner Akademie der Wissenschaften ist erst ganz kürzlich eine Arbeit über die Quantentheorie von ihm erschienen. × Am 29. Mai starb der berühmte Senior der chemischen Industrie, Geheimrat Adolf Frank. Schon in jungen Jahren erwarb er sich besondere Verdienste um die Verwertung der Kalisalze, vornehmlich zur Düngung. Noch in hohem Alter machte er sich als Erfinder des Kalkstickstoffs verdient (siehe auch die Rundschau Technik, in diesem Band, pag. 883). × Am 23. Juli starb Sir William Ramsay, der Entdecker der Edelgase. Auch die Umwandlung der Elemente wird für immer mit seinem Namen verknüpft bleiben, wenn seine Arbeiten auf diesem Gebiet auch nicht völlig unbestritten waren. Während des Krieges wurden von diesem, gerade auch in Deutschland ganz beson-

ders hochgeschätzten Gelehrten merkwürdig chauvinistische und absprechende Äußerungen über die deutsche Wissenschaft bekannt; sie sind wohl nur auf nervöse Überreizung zurückzuführen. × Das am 3. April von Professor Wolf auf der Sternwarte Königsstuhl bei Heidelberg entdeckte Objekt, das zunächst für einen Planetoiden gehalten wurde (siehe die Rundschau, in diesem Band, pag. 600), ist inzwischen weiter beobachtet worden. Die Elemente seiner Bahn sind berechnet und ihr unzweifelhaft parabolischer Charakter festgestellt worden, so daß es jetzt außer Frage steht, daß das Objekt den Kometen zuzurechnen ist, zu denen es auch durch sein Aussehen bei den Beobachtungen der letzten Zeit gehört. Als der zweite Komet dieses Jahres ist es mit 1916 b zu bezeichnen. × Die Kaiserliche Akademie der Wissenschaften in Wien hat den Liebenpreis dem Assistenten am Institut für Radiumforschung Dr. Fritz Paneth für seine Arbeiten über Absorbierung und Fällung der Radioelemente verliehen und den Haittingerpreis dem außerordentlichen Professor für physikalische Chemie und Elektrochemie an der Wiener Technischen Hochschule Dr. Emil Abel für seine Arbeiten über Katalyse. × Zum Observator am Astrophysikalischen Observatorium in Potsdam wurde Dr. Erich Kron, der zurzeit als Oberleutnant und Batterieführer im Felde steht, ernannt. × An der Universität Münster habilitierte sich für das Fach der Chemie Dr. Erwin Ott; seine Probevorlesung behandelte die Chemie des Kautschuks.

### Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

1914 und 1789 Bismarcks heute wieder so aktuelles Wort, daß nie mehr gelogen werde als im Krieg, ließe sich mit gleichem Recht dahin ergänzen, daß wohl auch niemals mehr phantasiert wird als in solchen Zeiten. Indem die Nationen selbst kämpfende Parteien werden, und die Behauptung ihrer nationalen Existenz oder die Erweiterung nationaler Macht das Objekt des Kampfes bildet, potenzieren sich die Leidenschaften der Parteilichkeit, unterliegen weite Kreise, und nicht zuletzt diejenigen, von denen man erwarten sollte, daß ein wissenschaftlichen Beruf geschultes logisches Gewissen sie vor grotesker Tatsachenverzerrung bewahren müßte, kritiklos

jeder Suggestion der Stimmung. Namentlich im ersten Kriegsjahr erlebte man in allen Ländern eine Flut sinnloser, von jedem Bewußtsein allgemein kultureller Zusammenhänge und Verantwortung sich krampfhaft losreißender Dogmatik, die Gott und Welt in das Geschirr der eigenen Überheblichkeit spannen wollte. Der Titel des Sombartschen Pamphlets *Händler und Helden* wurde sozusagen Devise einer ganzen Gattung der Tagesliteratur. Sogar der Krieg als solcher, der Leben und Kultur zerstörende *Genius des Krieges*, als Äußerung eines blind instinktiven, aber eben in dieser seiner Unvernünftigkeit um so verehrungswürdigern Willens zur Macht hat seine herostratischen Bewunderer gefunden.

Indes, auch da, wo solche Regungen den Intellekt nicht verdunkeln, reizt die Ungeheuerlichkeit des Erlebnisses die Einbildungskraft zum Flug, weit über alle Grenzen des Gegebenen hinaus. Einem optimistisch starken Fortschrittswillen widerstrebt es im Vernichtungstoben nur eine fruchtlose Hinopferung von Hunderttausenden von Menschen und von Milliarden Werten zu sehen. Von dem Schweren, das dieses blutige Verhängnis dem Frieden vererben wird, von der Gefahr, daß die ins ungemessene erhöhte Steuerlast ein Aufbringen der für jede Erweiterung der sozialen und Kulturpolitik erheischten Summen aufs äußerste erschweren wird, wenden sich die Blicke gern neuer Hoffnung zu. Das Unglück soll geheime Kräfte in seinem Schoß bergen, die alle Schäden überstrahlen und triumphierend eine höhere Ära der sozialen Entwicklung verkünden. In der Erinnerung an den großen nationalen Aufschwung der Augusttage entstand das seither oft wiederholte Wort von den Ideen von 1914. Der schwedische Hochschullehrer R. Kjellén stellte schon vor einem Jahr diese den Ideen von 1789 entgegen (siehe die *Rundschau Geschichte*, 1915, 3. Band, pag. 1316 f.). Jetzt hat ein deutscher Gelehrter das gleiche Thema, aber in viel sympathischerer, nicht so enger Denkweise behandelt. Professor J. h. Plenge, über dessen weitschauend kühne Erweiterungspläne des akademisch ökonomischen Unterrichts und dessen Streitigkeiten mit dem widerstrebenden preußischen Kultusministerium neulich in dieser *Rundschau* (1916, 1. Band, pag. 404 f.) berichtet wurde, knüpft in seinem enthusiastischen, auch in der Willkür des Konstruierens noch

geistvollen Büchlein 1789 und 1914, die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes (Berlin, J. Springer) eine ganze, vielfach mit hegelisierenden Wendungen arbeitende Geschichtsphilosophie daran, die manche schon in seinen früheren Schriften angelegte Fäden weiterspinn.

Von reaktionären Vorurteilen ist der Verfasser frei. Er gedenkt in schöner Ehrfurcht der großen französischen Revolution von 1789 und zitiert darüber Hegels grandios monumentale Sätze: »Solange die Sonne am Firmamente steht, und die Planeten um sie herumkreisen, war das nicht gesehen worden, daß der Mensch sich auf den Kopf, das ist auf den Gedanken stellt und die Wirklichkeit nach diesem erbaut. Anaxagoras hatte zuerst gesagt, daß der  $\nu\omicron\varsigma$  die Welt regiert; nun aber erst ist der Mensch dazu gekommen zu erkennen, daß der Gedanke die geistige Wirklichkeit regieren solle. Es war dieses somit ein herrlicher Sonnenaufgang. Alle denkenden Wesen haben diese Epoche mitgefieiert. Eine erhabene Rührung hat in jener Zeit geherrscht, ein Enthusiasmus des Geistes hat die Welt durchschauert, als sei es zur wirklichen Versöhnung des Göttlichen mit der Welt nun erst gekommen.« Aber, fährt er, gleichfalls ganz im Hegelschen Sinn fort, die Freiheitsidee von 1789 sei nicht die Freiheitsidee schlechthin gewesen, nur eine Stufe dieser Idee, die in der Atomisierung der Gesellschaftsglieder steckenblieb. Die Freiheit müsse sich durch die Organisation ergänzen, und nirgends habe sich dies in solcher Tiefe und in solchem Umfang vollzogen als in dem Deutschland der letzten Jahrzehnte. »Ohne daß wir es eigentlich gemerkt haben, ist unser politisches Lebensganze in Staat und Wirtschaft auf eine höhere Stufe gestiegen. Staat und Volkswirtschaft sind zu einer neuen Einheit zusammengeschlossen.« Zu den Mächten, die auf diesem Weg vorwärtstrieben, habe sich nun, weit darüber hinausweisend, ein neuer Geist gesellt. »Die großen Interessen des Wirtschaftslebens, Organisationen der Industriellen, der Landwirte, die Verbände der Arbeiter mußten zu gemeinsamer Arbeit näher an die leitende Staatsstelle herantreten. Sie alle sind entstanden um des Interesses ihrer Mitglieder willen und hatten uns an die schreckliche Härte des modernen Interessenkampfes gewöhnt. Es schien, daß sie mit ihrem innern Übergewicht des

überwiegenden Privatinteresses eine Gefahr für den Staat werden könnten. Jetzt dringt das amtsmäßige volkswirtschaftliche Verantwortungsgefühl tief in sie alle hinein. Man darf es sagen, die großen in voller Selbständigkeit erwachsenen Interessenorgane der Volkswirtschaft sind jetzt ein für allemal organische Teile unseres Staates geworden. Unsere wirtschaftliche Kriegsverfassung ist ein Zusammenwirken von Staatsorganen und sachverständigen Fachorganisationen im Geiste des Gemeininteresses. . . Das Können gilt. Das Meinen verstummt. Wenn man vor dem Kriege zweifelnd fragen konnte, »wie kommt die Demokratie zum organisatorischen Sachverständnis, ohne daß das Sonderinteresse überwiegt?«, so sieht man jetzt einen Weg, wie ein gesundes Volk diese Frage lösen kann. Diese Vereinigung von Verwaltungserfahrung, von frei aus dem Wirtschaftsleben herausgewachsenem und zusammengeschlossenem Sachverständnis und der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung ist in ihrer gesunden Kraft, in ihrem Wissen und in ihrem Können schlechterdings die höchste staatliche Lebensform, die je auf Erden gewesen ist. . . Philosophisch darf man es so ausdrücken: wir mußten, ob wir wollten oder nicht, in den geschlossenen Handelsstaat Fichtes hinein, und wir haben ihn in seiner Grundanlage zu der höchsten Verwirklichung des Hegelschen Staatsgedankens aufgebaut. Ein starker Nationalstaat, in dem die selbe Kraft eines zu jedem Opfer bereiten Vaterlandsgefühls alle Teile durchdringt, und in dem alle Einzelglieder durch ihre in freiem Zusammenschluß geschaffenen Organisationen bei der Durchführung der nationalen Angelegenheiten mitwirken.« Ja, eigentlich sind wir nach Plenges Auffassung schon mitten drin in dem wahren Sozialismus. »Ich glaube«, sagt er, »daß sich so manche deutsche Arbeiter, deren Gewerkschaften mit so kluger Überlegung und so starkem Einfluß an der Erhaltung unseres Wirtschaftslebens mitarbeiten, ruhig gestehen werden: anders wie dieser neue deutsche Gemeinstaat kann auch der geträumte Zukunftsstaat nicht aussehen. Stark und frei, sozial und in höchstem Maße durch sein wissenschaftliches Denken bewußt: alle Merkmale treffen zu. . . Organisation ist Sozialismus. Der wirkliche Zukunftsstaat ist geboren als der gesteigerte deutsche Nationalstaat, der die Klasseninteressen durch das im

Kampf bewährte Einheitsbewußtsein nicht beseitigt (wie sollte das möglich sein?), aber durch eine höhere Idee überwindet, und der durch seinen gesteigerten Gehalt an sittlicher Kraft die Gewähr gibt, daß er auch der starke Träger einer neuen Humanität sein wird, um uns eine neue Kulturgemeinschaft mit den Gegnern von heute zu vermitteln.« Wie in dem Reich der Ideen Deutschland der überzeugteste Träger aller sozialistischen Träume war, so werde es in der Wirklichkeit der kraftvollste Erbauer der höchst organisierten Volkswirtschaft. Eine immanente Notwendigkeit verknüpfe die Entwicklung des Kapitalismus mit der Entwicklung der großen nationalen Staaten und ihres Weitererbestrebens. Die Männer aber, deren der durch die Kriegsepoche inaugurierte deutsche Zukunftsstaat zur Fortbildung seiner Organisationsarbeit bedürfe, seien ihm in der Ära des Hochkapitalismus erwachsen. »Der aufbauende Sozialismus aber ist der Sozialismus der sozialen Funktionen, jenes neuen Beamtentums, das wir mit der neuen Organisation des Wirtschaftslebens entstehen sehen. Dieses neue Beamtentum ist die aufsteigende Schicht. Im Großbetrieb und in den Interessenvertretungen, in den Vereinen der organisierten Arbeiter, sogar im Staate selbst bildet sich dieser neue Typ der Organisatoren mit weitem gesellschaftlichem Blickfeld und disziplinierter Tatkraft, Offiziere und Unteroffiziere der Arbeitsarmee, deren Kunst es ist, daß sie befehlen und anordnen können und sich in eine Organisation einzupassen verstehen. Das ist die Gruppe, die Marx nicht gesehen hat. Eine Gruppe, die gegenwärtig weniger weiß, was sie ist und was ihre Aufgaben sind, als je das Proletariat, weil sich auch in sie der Gedanke der bloßen Interessenpolitik hineinfrisßt. Schwankend zwischen den Herrengewohnheiten des kapitalistischen Unternehmers und dem Klassenbewußtsein eines auf den Löhnerstandpunkt herabgedrückten geistigen Proletariats, sehr viel Unteroffizierston im Sinne eines zu ungeschlachten Militarismus und die ständige Gefahr in die genügsame Schwerfälligkeit der autoritativen alten Bürokratie zu verfallen, das ist bei aller Tatkraft und Schaffensfreude das gegenwärtige Bild dieser Schicht, auf der unsere soziale Zukunft beruht.« Solche Zukunftsperspektiven harmonischen Zusammenschlusses denkt Plenge

an Stelle der von Marx dem Kapitalismus gestellten Prognose setzen zu können. Die Argumentation, von ihm nur in besonders eindringlich prägnanter Weise formuliert und vorgetragen, hat heute etwas Typisches. Anklänge daran wiederholen sich bei den verschiedensten Autoren. Der Schein zerfließt natürlich auf der Stelle, sobald man die Verknötung realistischer und ideologischer Momente, die dieser Konstruktion ihr eigentümliches Gepräge geben, analytisch auflöst.

Jene, unter dem Eindruck den Bestand der Gesellschaft erschütternder Handelskrisen von Marx und Engels am Ausgang der vierziger Jahre mit genialem Weitblick konzipierte Idee, wonach die Krisen, unabtrennbar in der kapitalistischen Produktionsweise wurzelnd, mit der Entwicklung der produktiven Kräfte naturnotwendig immer verheerender werden müssen und der gesellschaftlichen Entwicklung, wenn diese nicht in einem allgemeinen Bankrott endet, als einzige Rettungsmöglichkeit den Übergang zum Sozialismus lassen, ist durch die seitherige Erfahrung nicht bestätigt worden; darüber ist kein Zweifel möglich. Hand in Hand mit der erstaunlichen Erhöhung des technischen Niveaus ist, namentlich in Deutschland, jene nicht weniger erstaunliche Organisationsarbeit einhergegangen, von der Plenge redet. Gleichzeitig wurde der Staat, bei starker Ausdehnung der öffentlich-wirtschaftlichen Funktionen, in die Anfangsstadien einer sozialpolitischen Entwicklungsbahn gedrängt. Statt fortschreitender Verelendung konnte in weitem Umfang ein Aufstieg der Arbeiterklasse konstatiert werden, und die Krisen haben, trotz dem eminenten Fortschritt der Produktivität, zum Teil wohl infolge der Produktionsregulierung durch Kartelle, an Schärfe unverkennbar abgenommen. So erscheint die Bewegung zum Sozialismus nicht mehr als Bewegung, die durch die Selbstzersetzung des bestehenden ökonomischen Systems hindurchgeht, um dann im dialektischen Umschlag durch das zur politischen Diktatur gelangende Proletariat eine völlig neue Organisation hervorzuzaubern (eine im Grunde unausdenkbare Vorstellung), sondern als ein allmähliches, den Fortgang des Kapitalismus begleitendes Vordringen der arbeitenden Klassen, durch das sie auf verschiedenen Wegen und in verschiedenen Formen sich eine steigende Anteilnahme an den Früchten ihrer Arbeit

und der allgemeinen Kultur zu sichern suchen und in der alten organisatorische Ansätze einer neuen Ordnung ausbilden. Als ein Vordringen, dem, unter sonst gleichen Umständen, die möglichen Grenzen materieller Besserung jeweils weiter gezogen sind, je besser der Geschäftsgang in der ökonomischen Welt ist, und das aus diesem Grund schon bei aller sonstigen Gegensätzlichkeit der Arbeiter- und Unternehmerinteressen innerhalb gewisser Grenzen auch eine Gemeinsamkeit dieser Interessen anerkennen kann. Wie denn ja auch im Politischen, was die Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit der öffentlichen Verwaltung und eine ganze Reihe innerer und äußerer Staatsfunktionen anlangt, der Gegensatz des Klassenstandpunkts niemals ein unbedingter Gegensatz, ein Gegensatz in allen Punkten sein wird.

Was war natürlicher als daß die Notlage des Staates beim Ausbruch eines Krieges, der die Nation und alle Klassen in ihr gleichmäßig bedroht, das Gemeinsame in den Vordergrund des Bewußtseins drängte und, in Momenten wenigstens, den Anschein eines völligen Aufgehens im allgemeinen Staatsinteresse bot? Indes, wie kann man glauben, daß dieses Phänomen das Ende des Klassenkampfes überhaupt bedeutet? Gewiß, was seit Jahrzehnten vor dem Krieg unter dem richtunggebenden Zwang ökonomischer Verhältnisse begonnen hatte: jene vorwärtstreibende Tendenz der Organisierung, deren Schöpfungen Grundlagen für die Organisationsarbeit in der Kriegszeit wurden, wird nach dem Frieden aller Voraussicht nach ihr Tempo noch beschleunigen. Der verschärfte Kampf um das wirtschaftliche Dasein, die Schwierigkeit das vor dem Krieg erlangte Maß der Lebenshaltung annähernd zu behaupten muß das noch stimulieren. In noch schnellerem Fortschritt dürfte, bei der Notwendigkeit das mächtig angeschwollene Steuersoll, zum Teil wenigstens, durch öffentliche Monopole aufzubringen, sich das Hineinwachsen des Staates in das Wirtschaftsleben vollziehen: die Ausbildung eines weitschichtigen Staatskapitalismus, der dann Elemente einer Fortbildung zu einer Art von Staatssozialismus in sich trägt. Ebenso ist es möglich, daß als Folge des ungeheuren Krieges auch eine demokratische Massenbewegung von früher nicht gekannten Energien beginnen wird, kraftvoll genug mit vielem alten Schutt aufzuräumen.

Mit dem Erstarken des politischen wäre auch ein solches des realpolitischen Sinnes in der Sozialdemokratie zu erwarten, das zu einem Bruch mit Schlagwörtern führt, die in dem Lauf der Entwicklung ihren Sinn verloren haben und wesentlich nur noch die Wirkung üben den Gegnern, die die Partei durch Isolierung schwächen möchten, ihre Arbeit zu erleichtern. Die revolutionäre Geste des Zerstörenwollens, wo in dem gegebenen sozialen Zusammenhang der praktisch tätige Wille doch nur auf Umbau geht und gehen kann, muß auf die Dauer auch seine agitatorische Kraft verlieren. So mag der Klassenkampf sich wohl in seiner äußern Form modifizieren, doch nur in dieser. Daß aber das Aufgehen in ein Staatsbewußtsein jenen in der Tiefe der Gesellschaft verankerten Kampf seine Spitze abbräche, wie es Plenge vorschwebt, ist eine Luftspiegelung, die sich zur Wirklichkeit unserer Zeit verhält wie Fichtes Phantasieen in den Reden an die deutsche Nation zu der des damaligen Deutschlands. Im Nationalen wird das Übernationale, die Klassenscheidung, die jenes in seinem Schoß birgt und die, bewußt geworden, das Klasseninteresse der Arbeiter an Ideale des demokratisch-sozialen Fortschritts knüpft, was sie an richtunggebender Kraft einmal gewonnen, behaupten und weiterbilden. Darauf ruht auch die Hoffnung, daß es im Geist dieses Ideals einst gelingen werde das Verhältnis der Staaten zu einander auf ein neues, menschlich vernünftiges Fundament zu stellen.

×  
**Kurze Chronik** Am 20. Juli fiel auf dem Schlachtfeld an der Spitze seiner Kompanie der Bonner Privatdozent Dr. Emil Hammacher. Er war mit 24 Jahren zur Habilitation zugelassen worden. Seine beiden Hauptwerke, Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus und Hauptfragen der modernen Kultur, sind seinerzeit in dieser Rundschau (1909, 3. Band, pag. 1450 f., und 1915, 1. Band, pag. 414 ff.) besprochen worden. Den wissenschaftlichen Ernst und den großen Fleiß dieses Gelehrten, der jetzt mit 31 Jahren dahingerafft wurde, muß auch der Gegner seiner Auffassung anerkennen. × Am Hamburger Kolonialinstitut wird auf Wunsch der Kaufmannschaft eine ständige Professur für Versicherungswissenschaft eingerichtet. × Professor Dr. Karl Bücher legt vom Herbst ab seine Vorlesungstätigkeit

sowie auch die Leitung der Vereinigten staatswissenschaftlichen Seminare an der Universität Leipzig nieder. Er behält aber die Leitung des Instituts für Zeitungskunde, dem er sich fortan vorwiegend widmen will. × In der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster habilitierte sich Dr. Hans Teschemacher für Verwaltungslehre und Finanzwissenschaft; seine Probevorlesung am 27. Juni handelte von den Aufgaben der politischen Staatslehre.

## KUNST

### Bühnenkunst / Felix Stössinger

**Berlin: Spielzeit 1915-1916** Das Berliner Theaterjahr 1915-1916 charakterisiert sich durch den ungewöhnlich künstlerischen Inhalt seines Spielplans. Es gab im Winter Tage, an denen, wenn man die Schillertheater und Opernhäuser mitzählt, bis zu einem Dutzend klassischer oder moderner Werke von Wert gespielt worden sind. Nie hat eine Stadt quantitativ und qualitativ einen solchen Konsum an dramatischer Dichtung beansprucht. Und dabei wurde das Publikum durch keine einzige Sensation dazu gereizt. Der Ernst der Zeit hat es endlich gelehrt, daß nur die schwere Kunst den Menschen erhebt.

Sehen wir von der literarischen Form des Repertoires ab, so bleibt indessen das Resultat der drei führenden Theaterdirektionen hinter ihren Leistungen in anderen Jahren zurück. (Das Königliche Schauspielhaus zählt noch immer nicht mit, so sehr sich Dr. Reinhardt Bruck bemüht die Flucht der maßgebenden Hofkreise in die Privattheater aufzuhalten.)

Vor allem hat Barnowsky durchaus versagt. An bereitwilligem Entgegenkommen hat es ihm nicht gefehlt. Auch in dieser Rundschau (1913, 1. Band, pag. 71) ist bei der Übernahme des Lessingtheaters durch ihn die Hoffnung ausgesprochen worden, »daß mit ihm diese uns teure Bühne einer neuen Blüte entgegengehen« würde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Im Arbeitsquantum blieb Barnowsky freilich hinter Reinhardt und Bernauer nicht zurück. Es gab bei ihm 11, bei Bernauer 9, bei Reinhardt 20 Premieren, die allerdings nur zum Teil zählen. Aber während Barnowskys Konkurrenten nach allerlei Versuchen, Irrtümern und den unvermeidlichen Fehlschlägen ein Ge-

samtresultat erreicht und Einzelwerte geschaffen haben, stellt seine Saison eine Folge von Leeren dar, die ihn materiell ruiniert hätte, wenn ihn nicht bei seinem alten Glück ein Schwank von Presber und Stein im Künstlertheater und ein peinlicher, aber dank der Grüning und Vallentin stellenweise amüsanter Reißer von Sudermann gerettet hätten. Barnowsky kommt trotzdem bei der Kritik noch viel zu gut weg, die unbegreiflicherweise nicht Bernauer sondern ihn für ein Gegengewicht gegen Reinhardt hält. Barnowsky hat allerdings mehr Schauspieler als Bernauer, aber während Bernauer zu viel aus ihnen herausholt, läßt Barnowsky die seinen unbenutzt. Die Hauptsache ist aber, daß er keinen eigenen literarischen Charakter hat. Der aber entscheidet in Berlin. Nur der literarische Inhalt, der mimisch entsprechend ausgedrückt ist, macht hier die Bühnen groß. Brahm hatte Ibsen und Hauptmann, Reinhardt hat die modern gesehenen Klassiker und die Neuromantik, Bernauer hat Strindberg. Barnowsky hat Sudermann und einen Schnitzlerrest von Brahm geerbt und scheint eine neue Generation, wie die Verbindung mit Werfel, der Lichnowsky und Hasenclever andeutet, heranzuziehen. Nur wird wohl weder er noch Eloesser hoffen, daß aus dieser Richtung ein neues, bühnenstarkes Drama kommen kann. Wie er geistig einem großen Theater, ist er als Regisseur einem großen Raum und einem vielfältigen Personal nicht entfremdet gewachsen. Er hat einige ausgezeichnete Kräfte, aber kein Ensemble; einen guten Nachwuchs, aber keine Fähigkeit ihn zu verwenden. Die Schauspieler wachsen bei ihm nicht zusammen, weil keine stilistisch bindende Kraft in diesem Hause ist, in dem tatkräftige Berater verhindern müßten, daß Frau Bassermann die weiblichen Hauptrollen bekommt, und daß der (an sich sympathische) Theodor Loos die männlichen Hauptrollen auch dann spielen darf, wenn sie der Art seines Gestaltungsvermögens nicht entsprechen oder über dessen Umfang hinausreichen. An solcher Besetzung müßten alle guten Pläne scheitern, auch wenn in ihnen mehr Methodik läge und weniger Improvisation. Selbst seine wichtigste Aufführung, Die Troerinnen, entstand zufällig und mißlang schauspielerisch und szenisch.

Auch bei Bernauer ist nicht alles in Ordnung, da die Direktion den innern Spalt zwischen Strindberg und Wenn

zwei Hochzeit machen noch nicht überwunden hat. Bernauer hat sich aber bedeutend entwickelt, und sein großes Talent hat seinen Ehrgeiz belohnt. Die einzig denkwürdige Aufführung der Saison, die des Traumspiels, hat er geschaffen und sehr nahe bis zur Vollendung gebracht. Ihm fehlt freilich hier und in jedem andern Stück größern Umfangs die genügende Zahl von Schauspielern. Mit 4 vorzüglichen Kräften (Kayßler, Fehdmer, Triesch, Hartau) ist kein Theater zu führen, besonders dann nicht, wenn nicht einmal diese Vier ganz zusammenpassen. Bernauer braucht mindestens noch 10 Schauspieler von der Art des jungen Fritz Schultz und der sehr verwendbaren Frieda Richard, wenn er nicht monoton werden will.

Wieviel Farben hat dagegen Reinhardt: Pallenberg neben der Körner, Wegener neben der Höflich, Schildkraut neben der Lehmann und dazu fast für jeden erdenklichen Tonfall einen geeigneten Sprecher. Schon ist das Personal beisammen, mit dem Reinhardt einen neuen, klassischen Stil schaffen könnte, wenn ihm auch das noch gegeben sein sollte. Ihm fehlt nur noch eine komische Alte, die 1917 kommen wird, und ein wirklicher Held, damit er endlich Kleist, Heibel, Shakespeare vollständig spielen kann. Trotzdem war die Saison für das, was uns Reinhardt von ihm zu fordern gewöhnt hat, mäßig, obwohl er persönlich sehr viel gearbeitet hat. Nur fehlte seiner Arbeit ein Ziel, seinem Willen ein Stoff, seinen Plänen Überlegtheit. Die große Volksbühne hat ihn bis jetzt noch zu keiner Tat gereizt, wie er überhaupt zu einem gewissen Dutzend oft gespielter Stücke merkwürdig gern zurückkehrt. Die erste Hälfte der Saison wurde vertrödelt, in der zweiten fähig disponiert, und die ganze durch die verderblichen Gastreisen, die größtenteils Enttäuschungen bringen, unruhig gemacht. Der Biberpelz durfte nicht richtig gespielt, und die Aufführung von Brahm konnte daher nicht erreicht, geschweige denn überboten werden. Macbeth kam matt und überhastet, ohne Macbeth und mit einer irrefeleiteten Lady heraus, und auch dem Eingebildeten Kranken fehlte die letzte Rundung. Nur zuletzt raffte sich Reinhardt auf und beschloß das Jahr in der Vollkraft seiner Phantasie: mit dem Ballett Die grüne Flöte.

X

X

**Massenaufführung** Mit einer großen Wohltätigkeitsvorstellung im Stadion, halb Freilichtbühne halb Freilichtzirkus, schloß die Berliner Saison. 2000 Mitwirkende führten vor 40 000 Zuschauern die Festwiese aus den Meistersingern und Wallensteins Lager auf. Entgegen der Skepsis vieler Fachleute bewies die Aufführung, deren Regisseur Barnowsky war, daß das Stadion für Massenpantomimen Reinhardtischen Stils einen großartigen Rahmen abgibt und die Aufführungen, wenn sie von einer stärkern Potenz geleitet werden, künstlerisch ergiebig sein können. Ganz verfehlt war allerdings die Art, wie man das Spiel in die riesige, 245 Meter lange Fläche hineinstellte. Man spielte in der Mitte der Wiese, zusammengedrängt vor der Kaiserloge, so daß rechts und links von den Spielern die Hauptteile der innern Stadionellipse freibleiben. Auf diese freibleibenden Flächen hätten 10- bis 20 000 Statisten gehört. Die wenigen Hundert, die man beim Spiel selbst entbehren konnte, zeigten viel eher, wie leer, als wie belebt die Stadionwiese war. Das Gegebene wäre gewesen, nach dem Vorbild der Antike, nicht in dem ganzen Stadionraum sondern vor einem halben Kreis zu spielen und die Spitze des Ovals, aber ein gutes Drittel, durch eine Kulisse abzuschneiden. Die Griechen spielten ja auch nur in einem Halbrund, während ein elliptisches Stadion, wie der Circus maximus, keinen Theateraufführungen sondern dem Sport diente. Was das akustische Problem betrifft, so wurde es praktisch gelöst. Von der Festwiese ging fast nichts verloren, von Wallensteins Lager alles außer dem Kapuziner des energisch akzentuierenden Vallentin. In der Luft verliert sich der schnelle Ton, während der gedehnte konzentriert fortklingt. Hätten wir also eine Schauspielkunst großen Sprachstils, so wären antike Stilaufführungen durchaus möglich. Bis auf weiteres kommen aber für das Stadion nur Pantomimen in Frage.

× Oper Das Berliner Königliche Opernhaus hat seinem reichen Bestand an wunder-vollen Stimmen Meyerbeers Afrikanerin zur Entfaltung von Kraft- und Wohl laut unterschoben und damit einen starken äußern Erfolg gehabt. Nachdem uns das Opernhaus jahrelang die Freude an einigen Solisten von Rang durch deren Partner empfindlich ver-

dorben hatte, ist es jetzt der Initiative Leo Blechs, der bei Angelo Neumann Stimmen entdecken lernte, gelungen ein Ensemble von ungewöhnlicher Schönheit und Eigenheit zu vereinigen. Wie lange war es nicht für einen Berliner beschämend einen Fremden aus Dresden, Wien, München, von Paris und New York zu schweigen, ins Opernhaus zu führen. Davon kann keine Rede mehr sein, denn Berlin hat den Vorsprung, den die Kraft und Voraussetzung der Mahler, Schuch und Mottl gewann, in kurzer Zeit durch glückliche Umstände überholt. Nur ganz wenige Fächer sind unbefriedigend besetzt, andere aber sogar in beiden Schattierungen hervorragend, so das lyrische und heroische Baritonfach durch Schwarz und Bohnen. Und dabei haben wir nicht nur ein außerordentliches, führendes Personal sondern auch einen ausgezeichneten Nachwuchs. Nachdem dieser Tatbestand schon in zahlreichen Verdivorstellungen, besonders in Aida und Maskenball, festgestellt werden konnte, wurde endlich in der Afrikanerin eine Generalübersicht über die schönsten Stimmen gegeben. Die Begeisterung, die diese Oper auslöste, muß man der Interpretation zugute halten, obwohl diese natürlich mit dem Wert des Werkes wuchs. In der Kerkerszene ist noch etwas von Meyerbeers Genie, dennoch ist die Größe des 4. Hugenottenaktes nirgends erreicht. Meyerbeer hat sein Werk selbst nie gesehen, aber in den großen Zeiten der Pariser und Wiener Oper wird es nicht berauscher herausgekommen sein, obgleich man damals im Genuß der Stimmen durch die Musik nicht gestört sondern noch entflammt worden ist.

Nachdem Oskar Bie durch seine Bearbeitung Mozarts Gärtnerin aus Liebe (die schon im Jahr 1893 in Berlin auf die Bühne kam: in dem Hochbergschen Mozartzyklus des Königlichen Operhauses, dessen Aufführungen von denen, die damals dabei waren, unvergessen sind) wieder für einige Zeit lebendig gemacht hat, kann mit einer ähnlichen Wiederbelebung von Mozarts wohl ganz unbekanntem orientalischem Singspiel Saide gerechnet werden. Der Bearbeiter Anton Rudolf hat die Partitur und das Libretto im Geist Mozarts zu erneuern versucht, wobei er auf eine ältere Bearbeitung von André zurückgreifen konnte. In der neuen Fassung kommt dieses Salzburger Jugendwerk Mozarts am Hoftheater von Karlsruhe



heraus. Die Partitur erscheint bei Breitkopf & Härtel.

Weiter wäre zu berichten, daß Richard Strauß seine Ariadne auf Naxos umgearbeitet hat, um die Oper von Molières Bürger als Edelmann zu lösen. Das Werk beginnt jetzt mit einer neuen, 40 Partiturseiten langen Ouvertüre und einem szenischen Prolog, so daß es einen Theaterabend füllen wird. Die Umarbeitung war zu erwarten, da sich die Verbindung von Oper und Schauspiel zu einem Werk auf die Dauer weder praktisch noch künstlerisch bewährte. In der neuen Form kommt die Ariadne in Berlin und Wien im Herbst heraus. Die letzte Aufführung der ersten Fassung fand am 19. März im Königlichen Schauspielhaus statt.

× ×  
**Kurze Chronik** Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Bühnengenossenschaft und Bühnenverein, die, wie in dieser Rundschau (in diesem Band, pag. 676) bereits mitgeteilt, von beiden Vereinigungen beschlossen wurde, ist nunmehr verwirklicht. Seit einigen Wochen besteht wieder ein mündlicher und schriftlicher Verkehr zwischen den beiden Arbeitsausschüssen. × Nach dem Jahrbuch der Deutschen Shakespearegesellschaft wurden im Jahr 1915 von 94 Theatergesellschaften insgesamt 21 Werke Shakespeares 675mal gespielt, am meisten der Kaufmann von Venedig (98mal), am seltensten Maß für Maß (1mal). Aus der Zusammenstellung geht hervor, daß die deutschen Bühnendirektionen noch immer an Werken wie Troilus und Cressida, Timon von Athen und Cymbeline acht- und mutlos vorübergehen. × Infolge des Mangels an gewissen Rohstoffen und Fertigfabrikaten hat sich während des Krieges auch die Theaterindustrie nach Ersatzmitteln umsehen müssen. In einer theatertechnischen Ausstellung (in den Räumen der Textilmanufakturgesellschaft in Berlin) wurden zahlreiche Kriegserinnerungen der Theatertechnik vorgeführt. Mit Hilfe von Papier, Schwämmen und Schilfgras werden fehlende Stoffe für die Kulissen ersetzt. Eine neue Batiktechnik gestattet Samt und Seide täuschend nachzuahmen. Versatzstücke und Möbel werden aus Papier hergestellt und mit Hilfe eines Ventilators aufgeblasen. × Neue Kinoziele versucht Paul Wegener der Filmindustrie zu zeigen. Er hat über

sie in einem Vortrag in der Berliner Singakademie zusammenfassend berichtet. Wegener will den Film aus der Technik des Films heraus neu schaffen. Das ist nur das, was die Feinde des Kinos, angewidert durch die Pest der täglichen, ganz sinnlosen Filmdramen, immer schon gefordert haben. Aus den Bewegungen von Linien und Flächen soll eine Ornamentik entstehen, die Wegener optische Lyrik nennt. Als Beispiel für seine Theorie las Wegener ein neues Filmstück vor, das er selber verfaßt hat, Rübezahl und das Elfenchen. Dieses verzichtet zwar auf episch-dramatische Entwicklung noch keineswegs, nutzt aber das Wesen des Films zu zahlreichen geistreichen Effekten auf eine neue Weise aus. Der wichtigste Fortschritt dieses Filmdramas ist der, daß es ohne jeden erklärenden Text verständlich ist.

## KULTUR

### Technik / Heinrich Lux

**Blindenschrift** Die große Zahl der Erblindungen infolge des Krieges hat die Aufmerksamkeit von neuem auf die Beschäftigung der Erblindeten gelenkt. Einer der größten Fortschritte auf diesem Gebiet war die Erfindung der Brailleschen Blindenschrift. Sie besteht aus in starkes Papier eingepprägten Punkten, die je nach der Bedeutung des einzelnen Buchstabens kombiniert sind. Die Blinden tasten diese Punktbilder ab und lernen so rasch die einzelnen Buchstaben unterscheiden. Die Braillesche Schrift hat jedoch noch große Mängel. Sie verlangt so bedeutenden Raum, daß beispielsweise die Übertragung eines Reklamhefts in Blindenschrift den Umfang eines Lexikonbandes einnähme. Auch ist die Herstellung sehr teuer. Die Blindenliteratur ist aus diesen Gründen wenig umfangreich. Von zwei Seiten liegen nun Vorschläge zur Vereinfachung der Blindenschrift vor. Dr. Bruno Thierbach (Berlin-Marienfelde) gibt in der Elektrotechnischen Zeitschrift ein System an, das an den Siemensschen Schnelltelegraphen anknüpft. Bei diesem werden die Buchstaben als feine Löcher von bestimmter Anordnung in einen schmalen Streifen aus dünnem Papier eingestanz. Dieser Streifen wird durch den Telegraphenapparat der Ausgabestelle durchgebekurbelt. Je nachdem hierbei gelochte oder ungelochte Teile des Papierstreifens an

den Kontakträdchen vorbeistreichen, werden Ströme geöffnet und geschlossen; sie setzen am Empfangsort einen Buchstabendrucker in Bewegung, so daß das fertige Telegramm in Schreibmaschinenschrift erscheint. Dieses System ist ohne weiteres auf die Lochanordnung der Blindenschrift zu übertragen. Nur gestaltet sich der Apparat hier wesentlich einfacher, da man statt des Buchstabendruckers nur 6 kleine, den Buchstaben der Blindenschrift entsprechende Stifte durch das Schließen und Öffnen des elektrischen Stroms in Bewegung zu setzen hat. Der Blinde, der seine Fingerspitzen auf die 6 beweglichen Stifte legt, empfängt dann von jedem Buchstaben den gleichen Eindruck wie beim unmittelbaren Abtasten der Punkt-schrift. Das Lesen wird noch dadurch erleichtert, daß man nicht nur eine Fingerspitze sondern alle 5 Finger und einen Punkt der Handfläche benutzt. Der Blinde legt seine Fingerspitzen und die Handfläche auf 6 bewegliche Stifte, die an kleinen Tasten enden, und kann dann leicht unterscheiden, in welcher Zusammenstellung diese Punktzeichen auf ihn einwirken. Die Tasten können auf elektromagnetischem Weg, oder durch Druckluft, in ähnlicher Weise wie bei mit Lochstreifen arbeitenden Klavieren, bewegt werden; man könnte auch direkt elektrische Impulse, unter Ersparung der Tastenbewegung, von den Stiftenden auf die Hände übertragen. In jedem Fall treten an Stelle der unhandlichen dicken Bücher schmale Schriftrollen aus dünnem Papier, und vor allem läßt sich der einmal hergestellte Lochstreifen auf rein mechanischem Weg billig vervielfältigen, die in Lochstreifen übersetzten Werke könnten also in beliebiger Auflage erscheinen. Um gewinnstüchtige Unternehmer fernzuhalten, sucht Dr. Thierbach möglichst zahlreiche und verschiedenartige Persönlichkeiten für die Durchführung seiner Pläne zu interessieren, hauptsächlich Blindenlehrer und Leiter von Anstalten, elektrischer und mechanischer Fabriken und selbstlose Menschenfreunde, Einen andern Apparat schlägt Dr. Max Herz (Wien) in Elektrotechnik und Maschinenbau vor. Nach Analogie des Morseklopfers soll nicht der Tastsinn sondern das Gehör zum Lesen der Blindenschrift herangezogen werden. An Stelle eines Klopfers kann natürlich auch ein Telephon treten, bei dem kürzere und längere Geräusche nach Art des Morsealphabets zu Buchstaben zu-

sammengesetzt werden. Das Abhören von Telegrammen geht in der Praxis bekanntlich ebenso mühelos vor sich wie das Lesen von Morsezeichen. Ein in der Herzschen Blindenschrift geschriebenes Buch würde also direkt abgehört werden können. Bei der Konstruktion seines Apparats lehnte sich Herz an das Grammophon an. Über der Grammophonplatte ist an einer Telephonmembran, über der sich ein Elektromagnet befindet, das schreibende Messer angebracht. Bei Stromschluß gelangt in den Magneten ein rasch oder langsam unterbrochener Strom, der die Membran und das Messer in Schwingungen versetzt. Die Schriftzeichen bestehen dann aus längeren oder kürzeren Strichen in einer einzigen Zeile, die auf der Grammophonplatte die Gestalt einer sehr eng gewundenen Spirale hat. Von den beschriebenen Grammophonwachsscheiben wird auf galvanischem Weg ein Negativ angefertigt, von dem mittels einer Presse beliebig viele Abzüge auf ein entsprechend präpariertes Papier gemacht werden können. Nach dieser Methode ließe sich auf einem Quartblatt der Inhalt eines ganzen Druckbogens wiedergeben; eine derartige Bibliothek nähme also erheblich weniger Raum ein als unsere gegenwärtigen.

Die praktische Durchführung ist durch den Erzherzog Karl Stephan und den Verein die Technik für die Kriegsinvaliden gesichert. Es steht nichts im Weg im Fall des Gelingens den *Klang-schrift-druck* auch für normalsichtige Menschen in Anwendung zu bringen. In Zukunft würden dann Bücher nicht mehr mit den Augen gelesen sondern abgehört werden.

× In einem merkwürdigen  
Gas-undElektri- zitätsverbrauch Gegensatz zu der Tatsache, daß die Gasabgabe im allgemeinen einen sehr erheblichen Zuwachs erfahren hat, scheinen die Resultate einer Untersuchung von F. Ross in der Elektrotechnischen Zeitschrift zu stehen.

Daß der Gasmotor gegenüber dem Elektromotor an Bedeutung erheblich verloren hat, ist bekannt. Überraschen dürfte aber doch, daß in den 12 größten städtischen Gasanstalten Deutschlands nach der Statistik von 1914-1915 nur insgesamt 25 700 Pferdestärken Gasmotoren angeschlossen waren, während in den selben Städten nach der Statistik von 1912-1913 320 500 Pferdestärken Elektromotoren liefen. Der Gasmotor

hat also bereits aufgehört eine Rolle im städtischen Wirtschaftsbetrieb zu spielen.

Bei der Beleuchtungsfrage war die Vergleichung schwieriger, da nur noch ein Teil der Gasanstalten Sonderpreise für Leuchtgas hat. Aus der Zusammenstellung der Betriebsergebnisse von 13 Gasanstalten für 3, je 10 Jahre auseinanderliegende Betriebsperioden sind aber doch zuverlässige Schlüsse zu ziehen: Zunächst betrug die Gesamtabgabe für den Kopf in Kubikmeter: 1894-1895 53,6; 1904-1905 72,7. Das ist eine Zunahme von 35,6 %. In der Periode 1914-1915 war der Gasverbrauch 92,6 Kubikmeter, die Zunahme also 27,3 %. Für Beleuchtungszwecke allein wurden abgegeben 1894-1895 30,8, 1904-1905 31,5 Kubikmeter; die Zunahme beträgt also hier noch 2,2 %. 1914-1915 wurden aber nur noch 21,5 Kubikmeter auf den Kopf der Bevölkerung abgegeben, das ist bereits eine Abnahme um 31,8 %. In den gleichen Städten wurde 1914-1915 zu Beleuchtungszwecken auf den Kopf schon 13,8 Kilowattstunden Strom abgegeben. Bei der Annahme eines Einheitspreises von 16 Pfennig für den Kubikmeter Gas und 40 Pfennig für die Kilowattstunde Strom entfielen 1914-1915 auf den Kopf der Bevölkerung 3,44 Mark für Gas und 5,52 Mark für Elektrizität. Das heißt, die elektrische Beleuchtung wird immer mehr der Gasbeleuchtung vorgezogen. Da dennoch der gesamte Gasverbrauch absolut und relativ zugenommen hat, muß Gas in steigendem Maß zu Koch- und Heizzwecken verwandt worden sein. Dabei haben sich die Erträge der Gasanstalten nicht unwesentlich gehoben. Vor allem ist aber auch die Nutzungsdauer gestiegen. Berechnet man diese für das höchst abgegebene Kubikmeter, so findet man für 1894-1895 1584 Stunden, für 1904-1905 1950 und für 1914-1915 2413 Stunden. Eine steigende Nutzungsdauer bedeutet aber zugleich auch eine bessere Ausnutzung, also auch eine höhere Rentabilität der Anlagen. Im Interesse der städtischen Verwaltungen wie der Bevölkerung liegt es also die Verwendung von Gas zu Beleuchtungszwecken zu beschränken, dagegen zu Heiz- und Kochzwecken möglichst zu fördern.

× **Luftsprengverfahren** ×  
 Die Benutzung flüssiger Luft zu Sprengzwecken führt sich immer mehr ein. Am besten haben sich Patronen aus Ruß- und Korkkohle, aus Sägespännen,

aus Petroleum, gemischt mit Kieselgur bewährt, die kurz vor der Verwendung mit flüssiger Luft getränkt werden. Nach Schießversuchen und Betriebsergebnissen in einer großen Zahl von Bergwerken sind folgende Werte ermittelt worden: 1 Kilogramm Luftsprengstoff erzielt etwa die selbe Wirkung wie 2,2 Kilogramm Gelatinedynamit, 6 Kilogramm Sprengpulver, 3 Kilogramm Chedit. Nach anderen Ergebnissen stellt sich das Verhältnis etwas ungünstiger, und zwar Luftsprengstoff zu Dynamit wie 1 : 1,6. Das Kostenverhältnis beträgt dabei 1,10 : 2,10. Freilich ist wegen der raschen Verdunstung der flüssigen Luft eine besondere Schulung des Arbeitspersonals erforderlich. Die Herstellung größerer Vorratsmengen flüssiger Luft ist nicht möglich, die Verflüssigungsanlagen sind deshalb an die nächste Nähe der Sprengorte gebunden. Und schließlich ist das Verfahren der Luftsprengung noch nicht schlagwettersicher.

× **Kurze Chronik** ×  
 Der ordentliche Professor für Elektrotechnik an der Wiener Technischen Hochschule Dr.-Ing. Karl Czeija ist als Oberleutnant auf dem Schlachtfeld gefallen. Er war mehrere Jahre Assistent an der Hochschule in Karlsruhe und wirkte von 1904 bis 1912 in den Berliner Siemens-Schuckert-Werken. × Am 2. Mai starb in seinem 81. Lebensjahr Johannes Gaedicke, einer der Pioniere der wissenschaftlichen Photographie, um die er sich als Gelehrter, Schriftsteller und Erfinder große Verdienste erworben hat. × Der Begründer der deutschen Kaliindustrie, Professor Dr. Adolf Frank, ist am 29. Mai, 82 Jahre alt, in Charlottenburg gestorben. Er hat die erste Chlorkaliumfabrik in Staßfurt ins Leben gerufen und im Verein mit Landwirten Düngungsversuche mit dem Kalisalz angestellt. Die großartige Entwicklung der Kalidüngung ist auf den Verstorbenen zurückzuführen. Ein weiteres großes Verdienst hatte der Verstorbene um die Entwicklung der Azetylenindustrie. Bei seinen Versuchen mit Kalziumkarbid kam er dann, gemeinsam mit Professor Dr. N. Caro, auf die Erfindung des Kalkstickstoffs, bei dessen Darstellung Luftstickstoff direkt gebunden wird. × In Dresden starb der Professor an der Technischen Hochschule Dr.-Ing. Rudolf Heyn im Alter von 80 Jahren. Er ist durch sein

Werk über Perspektive in Fachkreisen bekannt geworden. × Am 17. Juni starb in Charlottenburg der Professor für Wasserkraft- und Dampfmaschinenteknik an der Berliner Technischen Hochschule Heinrich Ludewig im Alter von 78 Jahren. × Der bedeutendste deutsche Papiertechniker der Gegenwart Dr.-Ing. Carl Hofmann ist am 18. Juli in Berlin gestorben. Er ist 81 Jahre alt geworden. Die Papierfabrikation verdankt ihm eine große Reihe von Verbesserungen sowie die Einführung der sogenannten Papiernormalien. × Die Zahl der deutschen Patentanmeldungen ist während des Krieges erheblich zurückgegangen. Im Jahr 1915 liefen 21 041 Anmeldungen ein (1914 36 772, 1913 49 532). × Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft hat ein Projekt zur Ausnutzung der Wasserkräfte der untern Isar mit 80 000 Pferdekraften ausgearbeitet. Die in Niederbayern liegende Isarstrecke ist etwa 86 Kilometer lang. Zur vollen Ausnutzung der Arbeitsleistung der Strecke sollen 2 Stauwehre in die Isar eingebaut werden. Die nach dem Projekt zwischen Moosburg und der Donau zu erschießenden Wasserkräfte sind vor allem zur Fabrikation von chemischen Rohprodukten bestimmt. × Der Amerikaner E. Cerio hat den Entwurf für ein Revolvertorpedoausstoßrohr veröffentlicht, das das Abschießen von 6 Torpedos in sehr kurzen Zwischenräumen ermöglicht. Jeder Torpedo hat seine eigene Luftausstoßpatrone. Der Erfinder will diese Einrichtung in erster Linie auf Unterseebooten verwenden. × Die Weltkupfernerzeugung wird nach amerikanischen Quellen auf 913 162 Tonnen im Jahr 1914 geschätzt. Sie ist gegen das Vorjahr um 9% zurückgegangen. Hiervon entfallen auf die Vereinigten Staaten 515 000, auf Japan rund 68 000, auf Spanien und Portugal rund 47 500, auf Chile rund 38 000, auf Mexico rund 35 000, auf Canada rund 33 000, auf Australien rund 34 000, auf Rußland 32 000, auf Deutschland 32 000 Tonnen. × In der Electrical World beschreibt T. W. Reynolds eine eigenartige Methode der Aschenentfernung bei Feuerrohrkesseln mit mechanischen Feuerungen, wie sie in einem Elektrizitätswerk in Jefferson City (Missouri) angewandt wird. Vor der Kesselbatterie ist ein 153 Millimeter weites Rohr angeordnet, von dem

Zweigrohr in den Aschenfall jedes Kessels ausgehen. Das Rohr mündet in einen Aschenbehälter, aus dem die Asche abgeführt wird. Zur Bewegung der Asche bläst in einen aufsteigenden Teil des Rohres Dampf von 7,5 Atmosphären Überdruck ab; hierdurch entsteht im Rohr eine Luftverdünnung, so daß die Asche aus den einzelnen Kesselfeuerungen herausgesaugt und in den Aschenbehälter gefördert wird. Zur Förderung von 1 Tonne Asche werden 150 Kilogramm Dampf gebraucht. × Professor Walter Ernest hat eine neue Dampfampe patentieren lassen, die für photographische Zwecke verwandt werden soll. Der Lichtbogen wird, mit ähnlicher Wirkung wie bei der Quecksilberhochdrucklampe, in einer Atmosphäre von Zinkchlorid oder Zinkbromid gezogen. Noch besser geeignet ist Titantetrachlorid. × Zur Gewinnung von deutschem Platin wurde vor dem Krieg in der Gemeinde Wenden (Westfalen) die Gewerkschaft Schlägelsberg gegründet. Jetzt ist dort eine Aufbereitungsanlage errichtet worden, um die besten Gewinnungsmethoden zu erproben. × Kurz vor dem Ausbruch des Weltkriegs ist in Haifa nach 4jähriger Arbeit das Jüdische Institut für technische Erziehung in Palästina (um dessen Unterrichtssprache sich der bekannte Sprachenstreit drehte) gebaut worden. Es wird die erste und vorläufig einzige technische Schule in der Türkei sein; es kann durch Heranbildung der technischen Kräfte, die die Türkei für die Aufgaben ihrer nächsten Zukunft dringend braucht, eine große Bedeutung erlangen. Wann es seinen Betrieb wird eröffnen können, läßt sich freilich zurzeit noch nicht sagen. × Von der Philosophischen Fakultät der Universität Straßburg ist Graf Georg von Arco für seine Verdienste um die technische Durchbildung der modernen Funkentelegraphie zum Ehrendoktor ernannt worden. × Der Vorsteher der Schiffsbauabteilung der Königlichen Versuchsanstalt für Wasserbau und Schiffsbau Karl Schaffran hat sich als Privatdozent für das Lehrfach Luft- und Wasserpropeller an der Berliner Technischen Hochschule habilitiert. An der gleichen Hochschule habilitierten sich Dr. Martin Igel für das Fach Maschinelle Bahnhöfeinrichtungen und Dr. Max Herrmann für das Fach Radiologie, Elektronik und Ionisation.